IMT Nuremberg Archives

H – 1494 A-H

International Court of Justice

H1494 – 0001

H1494-0001A

Filed Feb. 18, 1946
[illegible]
Secy.

Международный военный трибунал

H-1494 a

ДОКУМЕНТЫ ОБВИНЕНИЯ

ПО ДЕЛУ № 1

Главный обвинитель
от СССР

СССР № 212

082511

H1494 – 0002

A082512

(11)

Настоящим подтверждаю, что фото точно воспроизведено с подлинника.

Фотоснимок аутентичен подлиннику который хранится в делах Чрезвычайной Государственной комиссии в г. Москве

Уполномоченный Чрезвычайной Государственной комиссии.

15.01.46 г.

С. Смирнов

H1494 – 0003

A 082513

H1494 – 0004

A 082514

А 082515

H1494 – 0005

Настоящим подтверждаю,
что дело точно воспроизведено
с подлинника

Относящееся аутентичен
подлинному, который хранится
в делах Чрезвычайной Государ-
ственной Комиссии в г. Москве

Уполномоченный Чрезвычайной
Государственной Комиссии

15.01.46 г.

H1494 – 0006

A 082516

А 082517

H1494 – 0007

(10) Настоящим подтверждаю, что прилагаемая фото копия воспроизведено с подлинного фото аутентично подлинному, которая хранится в делах Чрезвычайной Государственной Комиссии в гор. Москве.

Уполномоченный Чрезвычайной Государственной Комиссии.

15/I-46г. Б. Сергеев

Фотоснимок аутентичен подлиннику который хранится в делах Чрезвычайной Государственной комиссии г. Москве

Настоящий подтверждаю, что фото точно воспроизведен с подлинника

Уполномоченной Чрезвычайной Государственной Комиссии

15.01.46г.

Чрезвычайная Государственная Комиссия

А 082518

H1494 - 0008

H1494 – 0009

Повешенные немцами в гор.Львове советские граждане.

/Немецкий снимок/.

Чрезвычайная Государственная Комиссия

A082518/1

H1494 - 0010

Filed Feb. 25, 1946
H B Willey
Secy.

Международный военный трибунал

H-1494-b

ДОКУМЕНТЫ ОБВИНЕНИЯ

ПО ДЕЛУ № 1

218

Главный обвинитель
от СССР

СССР № 218

A 082519

H1494-0010A

13. pago.

H1494 – 0011

СЕКРЕТНО
С-т т. Лозовского
вх. № 7396
„12" XII 1945 г.

Секретно
экз. № 1

В. Срочно

ЗАМЕСТИТЕЛЮ НАРОДНОГО КОМИССАРА ИНОСТРАННЫХ ДЕЛ СОЮЗА ССР

тов. ЛОЗОВСКОМУ С.А.

Направляю Вам документы, обнаруженные в архиве фон Дирксена в его имении в Верхней Силезии.

Документы представляют собой копии телеграмм, писем, докладных записок и отчетов представителя министерства иностранных дел при главном командовании 17 армии /позднее - южной группы войск/ Пфлаидерера, касающиеся положения, экономики и политических проблем на оккупированных территориях СССР и некоторых других вопросов.

Документы относятся к периоду июль 1941г.-май 1942 г.

Приложение - 22 документа на 117 листах.

НАЧАЛЬНИК 7 УПРАВЛЕНИЯ
ГлавПУРККА /М. БУРЦЕВ/

"12" декабря 1945г.

№ 237/65

INTERNATIONAL MILITARY TRIBUNAL
NURNBERG, GERMANY
USSR Exhibit 218
Filed Feb 26, 1946

A 082520

H1494 – 0012

Отп. 2 экз.
Исп. Никитин
12. XII. 45 1350
ea

A 082521

H1494 – 0013

USSR - 218.

A b s c h r i f t

Abwehr II
bei
Heeresgruppe Süd

O.U., den 28. Oktober 1941

(Voraussetzungen für die Sicherheit des Nachschubes und die Gewinnung höchster Ernährungsüberschüsse in der Ukraine.)

1.) Stimmung und Lage beim Einmarsch der deutschen Truppen.

Westlich der polnisch russischen Grenze von 1920 wurde der deutsche Soldat als Befreier vom bolschewistischen Joch begrüsst. Trotz der Vernichtung eines grossen Teiles der ukrainischen Intelligenz unter der Bolschewikenherrschaft trat allerdings der vor allem in der Jugend vorhandene ukrainische Nationalismus mit radikalen politischen Forderungen an uns heran. Ostwärts dieser Grenze war die Haltung der Bevölkerung abwartend; die Herrschaft des Kommunismus hatte gute Vorbedingungen für den Aufbau einer deutschen Verwaltung geschaffen: Die Bevölkerung war gewohnt zu gehorchen, sie erhob keine national-politischen Forderungen, sie hatte durch die Fünfjahrespläne einen ausserordentlich tiefen Lebensstandart und fügte sich somit leicht in die harten Kriegsnotwendigkeiten. Die Bevölkerung kannte Hunger und Not, bei entsprechender Behandlung und Propaganda war sie bereit, viel zu ertragen, wenn ihr eine neue rote Herrschaft erspart blieb. Wir kamen nach den Worten unserer eigenen Propaganda als Befreier in dieses Land. In der Westukraine knüpfte man an unser Kommen grosse Erwartungen; in der Ostukraine waren 8 Jahre Hasspropaganda seit 1933 nicht ohne Wirkung geblieben, aber man war nicht direkt gegen uns. Diese abwartende Haltung war vor allem in der älteren Generation vertreten, ferner unter den Bauern, die eine Abschaffung des Kollektivsystems erhofften und unter allen denen, die unter dem Bolschewismus Unrecht und Verfolgung erlitten hatten. Auch ein grosser Teil der Jugend war trotz rein kommunistischer Erziehung nicht gegen uns eingestellt. Man kann den Anteil der Bevölkerung mit abwartender Haltung auf 90 bis 95 % schätzen. Gegen uns waren Juden, höchstens 10 %. Verglichen mit der gegen uns arbeitenden radikalen Propaganda müssen die Stimmung und die Voraussetzungen für eine positive Aufbauarbeit beim Einmarsch der deutschen Truppen als sehr günstig bezeichnet werden.

2.) Möglichkeiten der Behandlung der Bevölkerung.

Für jede Verwaltung ergab sich die Aufgabe, den abwartenden Teil der Bevölkerung zu voller Mitarbeit zu gewinnen und auch die restlichen 5 bis 10 % allmählich auf unsere Seite zu ziehen. Nach Unrecht, Druck und Not des Bolschewismus war das durch eine gerechte, psychologisch geschickte Verwaltung leicht zu erreichen. Die grosse Mehrheit der Bevölkerung tut dann von selbst alles, um die kleine Minderheit zu erledigen, die den alten Unterdrücker verkörpert. Aktive Gegner müssen unnachsichtlich bekämpft werden. In dem geschickten Heranziehen der Masse und in der erbarmungslosen Vernichtung

A 082522

H1494 - 0014

Vernichtung der Partisanen als Volksschädlinge liegt der Erfolg. Bei geschickter Behandlung hat das Partisanentum keinen Boden mehr, die Verwaltung kommt mit wenigen Kräften aus, die Landwirtschaft kann reiche Überschüsse an das Reich abliefern und die Bevölkerung wird mit ihrer Arbeitskraft willig alles tun, um die Lasten des Krieges, den sie als den ihren ansieht, mit uns gemeinsam zu tragen. Die entscheidend wichtige Sicherung der bedeutenden Ernährungs-Überschüsse des Landes kann nur durch willige Mitarbeit aller landwirtschaftlichen Berufstätigen gewährleistet werden. Die bolschewistischen Erfahrungen zeigen, dass auch die schärfsten Druckmassnahmen nicht zu gleichen Erfolgen führen, wie freiwillige Mitarbeit. Die Beibehaltung der Kolchose und der kriegsbedingte Mangel an Konsumgüter kann der Bevölkerung durch Propaganda leicht verständlich gemacht werden, da ihr diese Erscheinungen aus Sowjetzeiten gewohnt sind. Jedermann muss allerdings wissen, warum er Mangel leidet oder Übernormal arbeitet, ebenso eine zeitliche Begrenzung der Mangelperiode sehen. Nie sind die Grundlagen für eine erfolgreiche Verwaltung nach der Misswirtschaft des Bolschewismus günstiger, selten ein Volk bei richtiger Behandlung zur Mitarbeit bereiter gewesen. Wenn auch Notzeiten nicht geeignet sind Menschen zu gewinnen und gleichzeitig hohe Überschüsse aus einem Lande herauszuholen, so ist das hier doch bei richtiger Verwaltung ohne ernste Widerstände möglich.

3.) Stimmung und Lage der Bevölkerung Ende Oktober 1941.

Die Stimmung der Bevölkerung hat sich meist schon wenige Wochen nach dem Einrücken der deutschen Truppen wesentlich verschlechtert. Woran liegt das ? Wir zeigen - nicht nur durch die Kampfmethoden der Bolschewisten verbittert - eine innere Abneigung, ja einen Hass gegen dieses Land und eine Überheblichkeit gegen dieses Volk, die jede positive Zusammenarbeit von selbst ausschliessen. Dass wir im dritten Kriegsjahr stehen und in einem unwirtlichen Lande den Winter über bleiben müssen, bringt manche Schwierigkeiten mit sich, die durch Haltung und Selbstdisziplin zu überwinden sind. Wir dürfen aber nicht unsere Missstimmung über dieses Land an eine Bevölkerung auslassen, die vor der Sorge um die nackte Existenz steht und einem schweren Winter entgegengeht. Es kann festgestellt werden, dass von uns häufig Juden und Ukrainer verwechselt werden, dass die gegenüber den Juden angewandte Behandlung häufig auf die Ukrainer übertragen wird und dort zu einer ernsten Verbitterung wird. Gewiss muss die Bevölkerung jede Übertretung unserer Gesetze fürchten. Aber wir behandeln sie häufig so, als wenn sie alles vor Furcht aus Strafe tun sollten - wie im Bolschewismus. Die Folge davon ist, dass der Erfolg der für uns notwendigen Arbeit nicht allzu gross ist, abgesehen davon, dass uns die Bevölkerung bald hassen muss. Gewiss sind Fälle vorgekommen, wo deutsche Soldaten zu unserem Schaden zu vertrauensselig waren, wieviel häufiger waren aber die Fälle, in denen wir unspychologisch gehandelt haben und durch leicht zu vermeidende Fehler alle Sympathien bei der Bevölkerung verloren haben. Das Erschiessen von Gefangenen, die nicht weiterlaufen können, mitten in

A 082523

H1494 - 0015

in Dörfern und grösseren Ortschaften und dds Liegenlassen der Leichen sind Tatsachen,die die Bevölkerung nicht verstanden Hat und die schlimmsten Zerrbilder der feindlichen Greuelpropaganda bestätigen.Die Aufklärung der Truppe über die Behandlung der Bevölkerung ist völlig ungenügend.Der Erlass über die Kolchose ist der Mehrzahl der Offiziere nicht bekannt.Die Bevölkerung auf dem Lande ist über ihre Zukunft völlig im ungewissen.Der Erlass über die Kolchose wurde häufig negativ ausgelegt.Statt zu betonen,dass wir das Privateigentum wieder aufbauen wollenwenn auch erst später,wurde der Wunsch der Bauern auf Vergrösserung des Eigenlandes als aussichtslos bezeichnet.Die Beschaffung der Lebensmittel führte auch zu grossen Schwierigkeiten.Da die AVL der Truppe die Besorgung der Lebensmittel weitgehend überlassen, sind die Kolchose in der Nähe der grossen Heerstrassen und der grösseren Städte bereits meist ohne Zuchtvieh,ohne Saatgetreide und ohne Saatkartoffel.(Poltawa) Natürlich steht die Versorgung der eigenen Truppe an erster Stelle,aber die Art,wie sie gedeckt wird,ist nicht gleichgültig.Die Requisition des letzten Huhnes ist psychologisch genau so unklug wie das Abschlachten tragender Säue und der letzten Kälber volkswirtschaftlich unklug ist.Wir Sabotieren hier die Massnahmen unserer eigenen Landwirtschafts-verwaltung.Niemand denkt daran,dass die an sich stark zerstörte Wirtschaft dieses Landes unsere Wirtschaft ist,die unbedingt aufgebaut werden und mit deren Hilfsmitteln und Beständen sparsam umgegeangen werden muss,wenn sie im nächsten Jahr die Armee ernähren und namhafte Überschüsse in die Heimat abgeben soll.Die Versorgung der grösseren Städte ist nur sehr beschränkt möglich.Gerade hier war unsere Propaganda unzureichend.Statt die Bevölkerung über die Schwierigkeiten aufzuklären und sie zur Selbsthilfe aufzufordern- war es nicht möglich,in einer Stadt wie Poltawa eine ukrainische Zeitung herauszugeben,weil kein Zensuroffizier die Verantwortung übernehmen wollte.Die Bevölkerung,die bisher straff geführt wurde und gewohnt ist geführt zu werden,ist führerlos.Sie steht abseits; sie fühlt,dass wir auf sie herabsehen,dass wir in ihrem Arbeitstempo und in ihren Arbeitsmethoden Sabotage sehen,ja,dass wir garnicht den Versuch machen,den Weg zu ihr zu finden.Unter diesen Umständen wirkt auch der Lebensmittelmangel in den Städten als Anklage gegen uns.Die Ukrainer haben den Sowjets die Hungersnot von 1933 heute noch nicht vergessen.Die Bevölkerung glaubt zu sehr an unser Organisationstalent und kann daher nicht verstehen,dass nach einer guten Ernte trotz aller Kriegszerstörungen eine Stadt wie Kiew nicht notdürftig ernährt werden könnte.Eine Hungersnot grossen Ausmasses in Kiew wird uns das Ukrainertum nicht vergessen,einen grossen Teil der Bevölkerung unseren Gegnern in die Hände spielen und der Zulauf zu den Partisanen eine ernste Gefährdung unserer Nachschub-wege verursachen.Die aus der Stadt aus Hunger aufs Land getriebenen Ukrainer werden unter der für uns so wichtigen Landbevölkerung ernst zu nehmende Propagandisten gegen uns sein.Zusammenfassend ist zu sagen:Wir haben in wenigen Wochen viele Sympathien im Lande

A 082524

H1494 – 0016

Lande verloren.Je kritischer wir unsere eigene Stellung und unsere Massnahmen der vergangenen Wochen in ihrer Wirkung auf die Bevölkerung sehen,umso leichter ist es,die Gefahren daraus zu erkennen und Abhilfe zu schaffen.

.) Gefahren wachsender Not und Missstimmung in der Bevölkerung.

Behandeln wir die Bevölkerung nicht als Mitarbeiter an der grossen Aufgabe,sondern als Ausbeutungsobjekt,wie es der Bolschewismus tat,so wird der in der Bolschewistenzeit zähe aktive und auch passive Widerstand bei der Ausdehnung des Landes und den vorhandenen Verkehrsschwierigkeiten zu einer ernsten Gefahr.Die Bevölkerung ist illegalen Widerstand seit langem gewohnt.(Das Partisanentum besteht hier seit Jahrhunderten).Ein Partisanentum,dasvon der örtlichen Bevölkerung unterstützt wirdoder sich sogar aus ihr rekrutiert und durch bolschewistische Agenten geschickt gelenkt wird,kann auf die Dauer nicht wirksam bekämpft werden.Es kann durch Sprengungen von Brücken und Eisenbahnen,Überfälle auf Autos, Zerstörung von landwirtschaftlichen Maschinen und Vorräten u.a. grossen Schaden anrichten.Die feindliche Propaganda wird nichts unversucht lassen,den Widerstand der Partisanen anzufachen,um dadurch unsere Nachschubwege zu stören.Bei einer möglichen russische Abwehrfront an Wolga und Kaukasus ist die Sicherheit des Nachschub eine absolute Notwendigkeit.Der Feind kann sich bei der Propaganda des passiven und aktiven Widerstandes verschiedener Tatsachen bedienen,die ihm bei dieser Arbeit zu Hilfe kommen.
Diese sind :

1.) Der durch den Krieg gegebene Mangel an Lebensmitteln und Konsumgütern aller Art.
2.) Fehler,die von uns in der Behandlung der Bevölkerung gemacht werden und die sich ungewollt daraus ergeben, dass die wenigsten Deutschen Volk,Land und Sprache kennen.
3.) Der Nationalismus der Russen,Ukrainer,Polen und Tschechen.
4.) Der Panslawismus,der in der letzten Zeit eine Aktivierung erfahren hat.
5.)Unsere durchs Kriegsnotwendigkeit gegebenen Fehler im Jahre 1918

Zu 3.) und 4.):
Beide Tatsachen werden bei der im östlichen Menschen liegenden Veranlagung zur ideologischen Begründung keine geringe Wirkung haben.Die These,dass die mit Polen und Russen verfeindeten Ukraineraufgedeih und Verderb auf Deutschland angewiesen seien, ist eine Selbsttäuschung.Bei hartem Druck finden sich auch alte Feinde wieder zusammen.

Hat diese Propaganda Erfolg und wird der Widerstand allgemein,so ist zu einer wirksamen Bekämpfung soviel Polizei und Truppe notwendig,dass starke eigene Kräfte im Lande gebunden werden,ohne die Gewähr der Sicherheit zu geben.Auch die beste Polizei kann den vollen Schutz derNachschubwege nicht gewährleisten.
Neben der Sicherung der Nachschubwege besteht die zwingende Notwendigkeit,aus dem Lande alles für die Sicherstellung der deutschen Ernährung herauszupressen.Hier ist viel gefährlicher als der aktive Widerstand des Partisanentums der passive Widerstand,,die

A 082525

H1494 - 0017

die Sabotage der Arbeit, die mit noch weniger Aussicht auf Erfolg bekämpft werden kann. Durch keine Abwehrmassnahmen gegen den passiven Widerstand ist zu erreichen, dass die gleichen Mengen an landwirtschaftlichen Erzeugnissen geliefert werden, die bei freiwilliger Abgabe dem Reich zur Verfügung gestellt werden können. Wenn auch die Mechanisierung der Landwirtschaft den Einfluss der menschlichen ~~XXXXXX~~ Massenarbeit herabsetzt und die Erfassung der Ernte erleichtert, so sind wir doch in den nächsten Jahren auf Hand und tierische Arbeit angewiesen. Hier sind die Möglichkeiten des passiven Widerstandes besonders gross. Der Bolschewismus bietet das beste Beispiel. Jede Unterdrückungspolitik muss in diesem Lande mit einem ungeheueren Beamtenapparat, mit einem lückenlosen Kontrollsystem und mit geringsten wirtschaftlichen Leistungen enden. Dieses warnende Beispiel geringsten Erfolges bei höchstem Aufwand sollte uns davor bewahren, da zu zwingen, wo wir freiwillig mit geringstem Einsatz an eigenen Menschen höchste Leistungen erzielen können.

5.) Notwendige Massnahmen.

a) Innerhalb der deutschen Truppe und Verwaltung.
b) Gegenüber der ukrainischen Bevölkerung.

a) Die Truppe und zwar Offiziere und Mannschaften wie besonders alle Mitglieder der deutschen Verwaltung müssen eingehend über die Verhältnisse dieses Landes aufgeklärt werden. In Vorträgen vor Offizieren und Merkblättern muss auf die Gefahren des aktiven und passiven Widerstandes durch falsche Behandlung der Bevölkerung aufmerksam gemacht werden. Jeder Deutsche in diesem Lande muss darüber belehrt werden, dass er in der hiesigen Bevölkerung nicht nur Bolschewisten sehen darf - wie das leider häufig geschah - denn sie hat ja zum grossen Teil heldenhaft gegen den Bolschewismus gekämpft und durch ihn Furchtbares erduldet. Er muss lernen, sich nicht durch Äusserlichkeiten täuschen zu lassen, sondern die Folgen der letzten 2o Jahre zu verstehen. Die Bevölkerung ist als Folge dieser letzten 2o Jahre arm, also schlecht gekleidet, sie arbeitet immer nur für andere, ist also nicht so fleissig wie wir, sie war immer unterdrückt, ist also nicht selbständig und aktiv. Man darf diese Verhältnisse nicht mit den Unseren vergleichen. Es ist schwer, für die Behandlung der Bevölkerung feste Richtlinien zu geben. Die Herrschaft in diesem Land verpflichtet uns zu Leistung, Gerechtigkeit und Härte gegen uns selbst. Jede, auch die geringste Handlung jedes Deutschen in diesem Land wird dauernd beobachtet und wirkt für uns oder gegen uns, sie macht die feindliche Propaganda unmöglich oder gibt ihr Ansatzpunkte, sie steigert die wehrwirtschaftliche Leistung dieses Landes oder schwächt sie. Daran muss jeder Deutsche dauernd denken, wenn er seine Aufgabe hier erfüllen will. Wer diese klare Einstellung nicht findet, muss ausgeschaltet, wer aus Egoismus die Grundlage der Wirtschaft zerstört oder durch Misshandlung der Bevölkerung das Deutsche Ansehen schädigt, muss streng bestraft werden. Geschieht das nicht, so muss die moralische Rückwirkung dieses Landes auf uns selbst verheerend sein. Die Gefahr besteht, dass die negativen Rückwirkungen dieser Fehler auf uns selbst viel grösser sind als auf die Bevölkerung

A 082526

H1494 - 0018

Insofern haben wir, abgesehen von der Sicherung der Nachschubwege und der landwirtschaftlichen Überschüsse, aus eigenstem Interesse allen Grund dazu, unsere innere Einstellung zu Volk und Land zu ändern.

b) Für die zu ergreifenden Massnahmen ist davon auszugehen, dass wir Menschen sparen müssen und das der willige Arbeitseinsatz der ukrainischen Bevölkerung für die Erreichung unserer Ziele eine absolute Notwendigkeit bedeutet. Da die drei sichersten Ordnungsfaktoren: Arbeit, Brot und Konsumgüter in nächster Zeit nicht in genügender Menge zur Verfügung stehen, muss versucht werden, alles auszuschalten, was ausser den unumgänglich notwendigen Lasten der Bevölkerung das Leben schwer macht, bezw. muss man bemüht sein, diese Lasten durch kleine Hilfen tragbarer zu gestalten. Als erste Voraussetzung wäre es notwendig, jede Massnahme auf ihre Wirkung auf lange Sicht zu prüfen und festzustellen, ob der Augenblickserfolg in einen Verhältnis zu der möglichen Dauerschädigung steht. Folgende Massnahmen werden vorgeschlagen:

1.) auf nationalem und kulturellem Gebiet:

a) Propaganda

1.) Über das Leben in Deutschland (dieses würde der Feindpropaganda viele Möglichkeiten nehmen, z.B. Greuellügen über die Rassegesetze).
2.) Begründung der Kriegsnotwendigkeiten und ihre Folgen für die Ukrainer.
3.) Propaganda in der Landfrage, um Höchstleistungen zu erzielen.
4.) Grossraumpropaganda " die Ukraine in Europa ".

b) Förderung des Schulwesens, vor allem der Volks- Landwirtschafts- und Gewerbeschulen, um die halbwüchsige Jugend von der Strasse in feste Erziehung zu bringen.

c) Bildung von Hilfsverbänden, z.B. den des "Roten Kreuzes" durch die ein Teil der stark politisierten weiblichen Intelligenz gebunden wird.

2.) auf wirtschaftlichem Gebiet.

a) Weckung der persönlichen Initiative, Einrichtung von selbständigen Handwerksbetrieben in den Städten.

b) Prämiensystem für alle Leistungen die der persönlichen Initiative Einzelner entspringen. Öffentliche Bekanntgabe solcher Prämien.

c) Grosszügiges Kreditwesen zur Wiederingangsetzung des städtischen gewerblichen Lebens.

d) Schnelle Verschickung von Spezialarbeitern nach Deutschland. Ausnutzung derselben für Propagandazwecke, dadurch dass man ihnen reichliche Postgelegenheit gibt.

e) Beitreibung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse auf dem Lande nicht durch Deutsche, sondern durch Einheimische. Auch hier wirtschaftliche Besserstellung dieser Helfer und weitgehendes Prämiensystem.

3.)

A 082527

H1494 -0019

3.) Auf dem Gebiet der Sicherheit.

a) Weitgehender Durchbau der ukrainischen Hilfpolizei in Art wie bei 454.Sich.Div.eingerichtet.Kasernierung,Uniformierung und Bewaffnung.Verwendung für alle Sicherheitsaufgaben auf dem Land.

b) Organisation des Partisanen-Meldedienstes nach bekanntem A-B-C- scheme auch im Armeegebiet.Wirtschaftliche Besserstellung aller Elemente,die sich für Zwecke der Sicherung der deutschen Herrschaft zur Verfügung stellen.

Bei schneller Durchführung dieser Massnahmen kann viel erreicht werden,um das sinkende Vertrauen wieder herzustellen.Die Sicherung der Nachschubwege und der Ernährungsüberschüsse verlangen zwingend, einer Gefahr zu begegnen,die auf kurze wie auf lange Sicht katastrophale Folgen haben kann.Ehre und Ansehen des deutschen Volkes verlangen ausserdem,dass einVolk,dass in keiner Weise feindlich gegen uns eingestellt ist,eine Behandlung erfährt,die es ihm ermöglicht mit uns aus Überzeugung zusammenzuarbeiten und die Vergangenheit innerlich zu überwinden.

gez. Oberländer, Oblt.

A 082528

H1494 – 0020

Hptm.Pfleiderer
VAA.bei AOK 17

Armeehauptquatier,den 13.Nov.1941

Nr.93.

Inhalt: Denkschrift des Oblt. Prof.Dr. Oberländer über die Sicherheit des Nachschubs und die Gewinnung der Ernährungsüberschüsse.

Streng vertraulich !

1 Anlage
2 Durchschläge.

An
das Auswärtige Amt
in B e r l i n

Dem IcAO des hiesigen AOK war von der Heeresgruppe für einige Zeit der in der Ostpolitik tätige Prof.Dr. Oberländer (früher Königsberg jetzt Prag)zugeteilt gewesen.Oberländer hat zum Abschluss seiner Tätigkeit eine Denkschrift über die"Voraussetzung für die Sicherheit des Nachschubs und die Gewinnung höchster Ernährungsüberschüsse in der Ukraine"ausgearbeitet. Die Denkschrift soll,wie ich erfahre,zahlreichen Stellen zugehen.Da die Ausführungen von Dr.Oberländer in mancher Beziehung bemerkenswert sind und auch Punkte berühren,die vom Standpunkt der Aussenpolitik Beachtung verdienen,habe ich mich ermächtigen lassen, sie dem Auswärtigen Amt bekannt zu geben. Indem ich hiermit eine Abschrift vorlege,bitte ich,folgende Stellungnahme beifügen zu dürfen:

I. Es ist zutreffend,dass der deutsche Soldat den Osten wenig liebt.Erbittert durch die Kampfesweise der Roten Armee,abgestossen von der Armut der Bevölkerung,angewidert von allem,was Bolschewismus heisst,bleibt ihm seine ukrainische Umgebung fremd und zwar umsomehr,als er auch sprachlich keine Brücke zu ihr findet.Während er an Frankreich zurückdenkt wie an ein verlorenes Paradies,sieht

A 082529

H1494 - 0021

sieht der "Landser" in der schweren schwarzen Erde der Ukraine nicht den fruchtbaren Boden, der seinem Lande die ersehnte Wahrungsfreiheit bringen soll, sondern die "verfluchte Sch..sse", in der sein Wagen stecken bleibt.

Oft konnte ich feststellen, dass aufklärende Worte über die Bedeutung der Ukraine deutsche Soldaten zu einer anderen Einstellung gebracht haben. Es wäre deshalb auch denkbar, dass eine Aufklärung im Rahmen der "geistigen Betreuung" während des Winters manches bessern könnte. Besonders aufgeschlossen erweisen sich Soldaten für Ausführungen, die ihnen zeigen, wo ihre Anstrengungen in dem aussenpolitischen Gesamtrahmen dieses Krieges eingeordnet sind. Deshalb könnten sich gerade die VAA hier mit Nutzen betätigen. Immerhin wird man von deutschen Soldaten selbst nach solcher Aufklärung nicht allzu viel Diplomatie im Verkehr mit den Ukrainern erwarten dürfen. Der Krieg im Osten hat ein hartes Gesicht. Auch sind Fehler im zivilen Verkehr oft nur Schattenseiten der militärischen Tapferkeit und nicht zu vermeiden. Ganz anders verhält es sich mit der Verwaltung. Sie wird in Ziff. 5a der Denkschrift wohl zu Unrecht in einem Atemzuge mit der Truppe genannt. Die Truppe rückt vor, die Verwaltung bleibt. Was man dem Soldaten verzeiht, verzeiht man nicht dem Beamten. Im Gegenteil: Wenn jener verwundet, soll dieser heilen. Vom deutschen Beamten wird es abhängen, wie sich die Ukraine auf die Dauer zu Deutschland einstellt. Die Grundschwierigkeit für unsere Verwaltung besteht darin, dass wir in der Ukraine alles brauchen und alles nehmen und nichts von dem liefern können, was das Land sich wünscht. Sicher sind die in der Denkschrift unter Ziff. 5b gemachten Vorschläge geeignet, diesen Schwierigkeiten entgegen zu wirken. Volle Abhilfe bringen sie aber nicht. Ich möchte daher nochmals auf die Bedeutung hinweisen, die der Wiederherstellung des bäuerlichen Privateigentums in diesem Zusammenhag zukommt. Erhält der Bauer Land, dann wird er uns seine Erzeugnisse noch am ehesten abliefern, auch wenn wir ihm die benötigten Gebrauchsgüter noch nicht dafür geben können.

(vergl. Bericht vom 14. Okt. - Nr. 68 -)

A 082530

H1494 - 0022

II.

Von einer falschen Behandlung der Ukrainer befürchtet die Denkschrift schädliche Rückwirkungen für die Sicherheit d des Nachschubs und auf die Gewinnung der Ernährungsüberschüsse. Man kann aber von der Sicherheit und von der Ernährung aus noch einen Schritt weitergehen und unter den Gesichtspunkten der Aussenpolitik aufzeichnen, um was es sich in der Ukraine insgesamt handelt. Am deutlichsten wird die Lage bei einem Vergleich der Ukraine mit Frankreich: Im Westen wie im Osten ein reiches, fruchtbares Land, das aus einem besetzten Gebiet ein politischer Partner werden soll. Im Westen wie im Osten ein Land, das unentbehrlich ist für die Neuordnung Europas durch das Reich. Dort wie hier die schwierige Lage, dass das Neue aus den Zerstörungen und den Entbehrungen des Krieges entwickelt werden muss. Dort wie hier aber auch das gemeinsame Ziel, vom Kaukasus bis zum Atlantik ein Reich zu schaffen, das unangreifbar und sich selbst genügend, über allen Reichtum und alle Macht verfügt. Während nun aber Frankreich unter dem Schutze der Wehrmacht auf aussenpolitischem Wege dem neuen Europa gewonnen wird, sind wir in der Ukraine genötigt, gewissermassen innerpolitisch aufzutreten und das Land in eigene Verwaltung zu nehmen. Diese Aufgabe erfordert nicht weniger Diplomatie als die in Frankreich gestellte; auch bedarf die Ukraine als Brückenkopf gegen Vorder- und Mittelasien eine ständige Beobachtung durch die Aussenpolitik. Die neue Verwaltung wird daher, ähnlich wie etwa der indische Dienst bei den Engländern, in Arbeitweise und Blickrichtung die Wage zwischen Innerem und Auswärtigem zu halten haben. Das Auswärtige Amt muss daher von vornherein entsprechend beteiligt werden.

Von dieser Warte aus sind es drei Punkte, auf die zur inneren Gewinnung und zur Erhaltung der Ukraine zu dringen ist:

1: Die deutsche Verwaltung in der Ukraine darf sich nicht übernehmen. Wir kommen in einem Zeitpunkt in das Land, in dem unsere eigene Verwaltung an Übersetzung leidet.

A 082531

H1494 - 0023

Selbstprüfung und Selbstbeschränkung sind daher doppelt nötig.Nicht jeder Lebensvorgang braucht durch Gesetze geregelt und durch besondere Stellen betreut zu werden.Man kann auch nicht in jedes dieser wegelosen Dörfer einen deutschen Vollstreckungsbeamten legen.Die Denkschrift hat daher Recht,wenn sie fordert,dass die landwirtschaftlichen Erzeugnisse nicht durch Deutsche sondern durch Einheimische beigetrieben werden. Dieses Beispiel mag für viele andere stehen.

2.(Nach den bisherigen Beobachtungen ist anzunehmen, dass verschiedene deutsche Verwaltungszweige in der Ukraine ihren eigenen Unterbau schaffen werden.) Dies bringt die Gefahr mit sich,dass die Befugnisse der örtlichen Beamten der allgemeinen staatlichen Verwaltung ausgehöhlt werden.Dem sollte man vorbeugen.Der örtliche Vertreter der deutschen Hoheitsgewalt muss alles übersehen,lenken und auf einander abstimmen können, was in seinem Amtsbezirk geschieht.An seinen Machtbefugnissen darf kein Zweifel aufkommen.

3. Mit Überlegung und sicherer Hand ist daran zu arbeiten,dass die Ukraine einen gewissen eigenen Umriss als politisches Gebilde erhält.Es muss eine Form geprägt werden, in die das zurückkehrende und neu erwachende Nationalgefühl hineinwachsen kann.Das Land bedarf einer Form,in der sich der Ukrainer im Verhältnis zu Deutschland und im Verhältnis zur übrigen Welt zurechtfindet und wohlfühlt;einer Form auch, in der die Ukraine für aussenpolitischen Einsatz verwendbar wird.

III.

Von der reichen Ernte des Jahres 1941 sind erhebliche Teile zu Grunde gegangen.Grosse Mengen werden laufend für Deutschland und von den Armeen im Lande benötigt;auch sorgt sich jeder Soldat,wo er kann,für ein Huhn im Topf.Für eine ordnungsmässige Verteilung des Restes fehlen die Verkehrsmittel. An vielen Orten der Ukraine sind die Lebensmittel jetzt schon knapp.Die Herbstbestellung 1941 ist äusserst mangelhaft.Selbst wenn die Witterungsverhältnisse im kommenden Jahre wiederum so günstig sein sollten wie sie es in diesem und im letzten Jahre waren,so wird wegen der Mängel der Bestellung die Ernte

A 082532

H1494 – 0024

Ernteim Jahre 1942 grosse Ausfälle erleiden.Und doch soll von der ukrainischen Ernte des Jahres 1942 der von uns geführte europäische Raum bis zur Ernte 1943 seinen Zuschussbedarf decken,sollen die Ostarmee und die Ukrainer selbst leben.Es wird für die Ukraine wenig übrig bleiben.Das reiche Land wird auf mindestens zwei Jahre zwischen Knappheit und Hunger schwanken.X

In Anbetracht dieser Schwierigkeiten bedarf es einer doppelt geübten Hand,um die hiesigen Verhältnisse zu gestalten Denkschriften wie die vorgelegte wollen rechtzeitig auf Gefahren hinweisen und für Abhilfe sorgen.Auch die beigefügte Stellungnahme möchte dazu beitragen,dass nicht aus Anlässen die zunächst geringfügig erscheinen,unabsehbarer Schaden entsteht.

gez.Pfleiderer

A 082533

415

Международный военный трибунал

IT-1494c

ДОКУМЕНТЫ ОБВИНЕНИЯ

ПО ДЕЛУ № 1

Главный обвинитель
от СССР

2,223

СССР №~~489~~

H1494 – 0025

USSR 2,223

H1494-0025A

USSR 2,223

H1494 – 0026

OFFICE OF CHIEF OF COUNSEL FOR WAR CRIMES

EVIDENCE DIVISION

Date: 2./12./45

I certify that Document Number 2233-PS was introduced into evidence as Exhibit Number USSR-223 in the Trial by the International Tribunal of Hermann GOERING, et al, which commenced on 20 November 1945, and that the attached photostat is a true and correct copy of the original.

Fred Niebergall

FRED NIEBERGALL
Chief, Document Control Branch

DCB-36 (102447)

C

2233-PS (USSR 223)

AUSZÜGE
AUS DEM TAGEBUCH

VON

HANS FRANK

H1494 – 0027

2233-PS (USSR) 223
2

H1494 – 0028

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Ein in Leinen gebundener Band mit dem Titel „Tagebuch 1939“	5
„ „ „ „ „ „ „ „ „Abteilungsleitersitzungen 1939/40“	5
„ „ „ „ „ „ „ „ „Arbeitssitzungen“	9
„ „ „ „ „ „ „ „ „Tagebuch 1940/I“	9
„ „ „ „ „ „ „ „ „Tagebuch 1940/III“	9
„ „ „ „ „ „ „ „ „Tagebuch 1940/IV“	10
„ „ „ „ „ „ „ „ „Arbeitssitzungen 1941 Januar—Oktober“	10
„ „ „ „ „ „ „ „ „Tagebuch 1941/IV“	10
„ „ „ „ „ „ „ „ „Regierungssitzungen 1941 März—Oktober“	11
„ „ „ „ „ „ „ „ „Regierungssitzungen 1941 Oktober bis Dezember“	11
„ „ „ „ „ „ „ „ „Tagebuch 1941/I“	11
„ „ „ „ „ „ „ „ „Tagebuch 1941/III“	12
„ „ „ „ „ „ „ „ „Tagebuch 1942/I“	13
„ „ „ „ „ „ „ „ „Tagebuch 1942/II“	14
„ „ „ „ „ „ „ „ „Tagebuch 1942/III“	14
„ „ „ „ „ „ „ „ „Tagebuch 1942/IV“	16
„ „ „ „ „ „ „ „ „Arbeitssitzungen 1942“	16
„ „ „ „ „ „ „ „ „Regierungshauptabteilungs-Sitzungen 1942“	17
„ „ „ „ „ „ „ „ „Arbeitssitzungen 1943“	17
„ „ „ „ „ „ „ „ „Regierungssitzungen 1943“	19
„ „ „ „ „ „ „ „ „Tagebuch 1943/I“	20
„ „ „ „ „ „ „ „ „Tagebuch 1943/III“	21
„ „ „ „ „ „ „ „ „Tagebuch 1943/IV“	21
„ „ „ „ „ „ „ „ „Tagebuch 1943/V“	21
Leitz-Ordner-Band vom 1. Januar bis 28. Februar 1944	21
Leitz-Ordner vom Februar 1944 begonnen	22
Leitz-Ordner-Band vom 1. März bis 31. Mai 1944	23
Leitz-Ordner-Band vom 1. August bis 14. Dezember 1944 mit dem Titel „Tagebuch“	23
Auszug aus der Zeugenaussage des Hans Frank	24

(USSR) 223 2233-PS
3

Im Mai 1945 hat der Leutnant der 7. amerikanischen Armee, Walter STEIN, 36 Bände der Akten des Generalgouverneurs von Polen, die sogenannten „Tagebücher von Frank" in seinem Hause in der Pension „Berghof" bei Neuhaus (in Bayern) vorgefunden.

Die Bände enthalten die Protokolle der Sitzungen der Regierung und der Versammlungen der nationalsozialistischen Partei im Generalgouvernement sowie auch die Tagebücher des Generalgouverneurs.

In den Protokollen der Sitzungen steht in der Liste der Anwesenden die eigenhändige Unterschrift von Frank.

Die Dokumente sind mit Schreibmaschine abgeschrieben.

Die 31 Bände sind in Leinen gebunden, und nur fünf sind in Leitz-Ordnern aufbewahrt.

Die Dokumente umfassen die Zeit von 1939 bis 1945.

Die Reden und Äußerungen des Generalgouverneurs bilden den größten Teil dieser Dokumente. Das von dem Angeklagten Frank und seinem Sekretär von Tag zu Tag in einer für die Nazi-Häuptlinge üblichen Form geführte Tagebuch klärt sein Verhalten zu den vielen Fragen auf, die von dem Internationalen Militärgerichtshof untersucht werden.

Es läßt sich feststellen, inwieweit er nach seinen eigenen Behauptungen, die er unter verschiedenen Umständen und zu verschiedenen Zeitpunkten äußerte, für die von den Nazi-Verschwörern auf dem Gebiet des Generalgouvernements Polen verübten Greueltaten verantwortlich ist.

Die Auszüge aus dem Tagebuch wurden von dem Vertreter der polnischen Regierung, Herrn PIOTROWSKY, und dem Offizier aus der Delegation des Hauptanklagevertreters der UdSSR, Major KWESSELAWA, gemacht.

Die Auszüge aus dem Tagebuch von Frank werden beigelegt.

Hauptanklagevertreter der UdSSR:

Generalleutnant R. RUDENKO

H1494 – 0029

(USSR 223) 2233-PS
4

Ein in Leinen gebundener Band mit dem Titel „Tagebuch 1939"

Tagebuch des Herrn Generalgouverneurs für die besetzten Gebiete

1. Band vom 25. 10. bis 15. 12. 1939

S. 1, 25. 10. Ende der Militärverwaltung. Unmittelbar dem Führer unterstellt.

S. 18, 31. 10. Dr. Frank: Die Arbeitspflicht der Polen habe ihre Grundlage in der Verschleppung des polnischen Geldes in das Ausland und in der Wiedergutmachung der Schäden, die die Polen angerichtet haben.

S. 21. Dr. Frank in Anwesenheit von Dr. Goebbels: Den Polen durften nur solche Bildungsmöglichkeiten zur Verfügung gestellt werden, die ihnen die Aussichtslosigkeit ihres völkischen Schicksals zeigten. Es könnten daher höchstens schlechte Filme oder solche, die die Größe und Stärke der Deutschen vor Augen führen, in Frage kommen.

S. 20. Dr. Frank: Ganz klar müsse der Unterschied zwischen dem deutschen Herrenvolk und den Polen herausgestellt werden.

S. 38, 4. 10. Berlin: Besprechung mit dem Führer. Der Führer besprach mit Herrn Generalgouverneur die Gesamtlage, billigte die Arbeit des Generalgouverneurs in Polen, insbesondere die Niederlegung des Schlosses in Warschau und den Nichtwiederaufbau dieser Stadt, die Überführung der Kunstschätze.

S. 39, 7. 10. Krakau: Gouverneur, Dr. Fischer. Er betont, daß für die Juden ein besonderes Ghetto gebildet werden müsse. Herr Generalgouverneur billigt diese Maßnahmen.

S. 52, 10. 11. Herr Generalgouverneur empfing den Distriktchef Dr. Wächter, der das Ankleben von Hetzplakaten zum 11. 11. (polnischer Freiheitstag) in einigen Gegenden meldete. Herr Generalgouverneur ordnete an, daß in jedem Haus, in dem ein Plakat angehängt bleibt, ein männlicher Einwohner erschossen wird. Diese Anordnung wird durch den Polizeichef durchgeführt. Dr. Wächter hat in Krakau 120 Geiseln vorsorglich festgenommen.

S. 53, 10. 11. Herr Generalgouverneur ordnet an: Ferner soll eine Kennzeichnung der Juden (weiße Armbinde mit blauem Davidstern) eingeführt werden, die von allen Juden und Jüdinnen vom 12. Lebensjahr ab zu tragen sei. Jede Zuwiderhandlung müsse entsprechend bestraft werden.

S. 78/79, 1. 12. Herr Generalgouverneur empfing den Ministerialrat Wille mit Oberregierungsrat Ganscher. Ministerialrat Wille berichtete über Justizangelegenheiten und über die Frage, wem das Gnadenrecht bei Urteilen der Wehrmachtgerichte zusteht. Herr Generalgouverneur erklärte hierzu: Er behalte sich auch die Überprüfung der Vollstreckung der Urteile der Wehrmachtsgerichte vor. Es müsse auf jeden Fall die Möglichkeit einer Überprüfung der Kriegsgerichtsurteile geschaffen werden. Die Möglichkeit einer Überprüfung kriegsgerichtlicher Urteile erfolge daraus, daß er in seiner Eigenschaft als Generalgouverneur als unmittelbarer Vertreter des Führers in diesem Gebiet gelte.

S. 101, 14. 12. Landrat Dr. Siebert legt dem Herrn Generalgouverneur die von ihm angeordnete Verordnung betreffend Erstreckung der Arbeitsdienstpflicht auf die Altersklassen vom 14. bis zum 18. Lebensjahr vor und bittet um nochmalige Unterzeichnung der Verordnung über Arbeitslosenbriefe, an der auf Wunsch des Herrn Reichsministers Seyß-Inquart Änderungen vorgenommen wurden. (Lodsch, den 31. 10. 1939. S. 19. Reichsminister Seyß-Inquart wies darauf hin, daß die Arbeitslosen auf die Fürsorgeleistungen der Arbeitsämter keinen Anspruch erhalten dürfen.)

S. 105, 15. 12. Herr Generalgouverneur warnt nachdrücklichst vor der Gefahr, daß die Polen irgendeine Möglichkeit bekommen, sich zu organisieren. Zur Verhütung dieser Gefahr ordnet der Herr Generalgouverneur an, daß der Organisationsplan des polnischen Hilfswerkes in Verbindung mit dem höheren SS- und Polizeiführer aufgestellt und dann ihm, dem Generalgouverneur, zur Genehmigung vorgelegt wird. Es dürfte nicht aus dem Auge gelassen werden, daß eiserne Härte erforderlich sei, und daß mit allen Mitteln dafür gesorgt werden müsse, daß nicht unter irgendeiner Form der Tarnung Versuch zur Bildung einer Art Gemeinschaftsordnung von seiten der Polen gemacht werde.

Ein in Leinen gebundener Band mit dem Titel „Abteilungsleitersitzungen 1939/40"

Protokoll über die Konferenz der Abteilungsleiter am 2. Dezember 1939 in Krakau

Anwesend: Dr. Frank, Dr. Seyß-Inquart und andere.

S. 1. Generalgouverneur Reichsminister Dr. Frank eröffnet die Konferenz mit grundlegenden Ausführungen über die Aufgaben der Regierung des Generalgouvernements. Es sei unbedingt erforderlich, daß der Primat der politischen Aufgaben im Generalgouvernement vor den rein formellen Verwaltungsbelangen aufrecht erhalten werde. Hierzu brauche man Männer, die den Mut haben, eine neue Aufgabe auf völlig neuartige Weise zu lösen, die sich von jeder Schablone und jeder Übung frei machen, die sie vielleicht von irgendwoher mitgebracht haben. Was im Reich stimme, brauche im Generalgouvernement noch lange nicht zu stimmen. Im Generalgouvernement gelte das, was im Reichsgesetzblatt stehe, nicht, es sei denn, daß es in Anwendung der Führerverordnung vom 12. 10. 1939 geschehe und die Vollmacht hierzu habe nur der Vorsitzende des Ministerrates für die Reichsverteidigung, und von dieser Vollmacht werde er nur im Einvernehmen mit dem Generalgouverneur Gebrauch machen. Die endgültige Struktur des Generalgouvernements sei noch nicht bekannt, ebensowenig wisse man, ob es dauernd Generalgouvernement bleibe. Maßgebend für die Regierungstätigkeit im Generalgouvernement sei der Wille des Führers, daß dieses Gebiet das erste Kolonialgebiet der deutschen Nation sei. Im Generalgouvernement habe der Standpunkt des Deutschtums zu gelten.

H1494 – 0030

2233-PS (USSR 273)

H1494 – 0031

S. 2. Grundsätzlich sei noch über die Verwaltung des Generalgouvernements zu sagen: Dieses Gebiet sei als Ganzes eine Beute des Deutschen Reiches, und daher sei es nicht angängig, daß dieses Gebiet in seinen einzelnen Teilen ausgebeutet werde, sondern das Gebiet als Ganzes müsse der wirtschaftlichen Verwertung zugeführt werden und in seinem ganzen wirtschaftlichen Wert dem deutschen Volke zugute kommen. Die Verurteilung eines Erzbischofs und eines Bischofs zur Todesstrafe geben Veranlassung zu der grundsätzlichen Bemerkung, daß ein totaler Kampf gegen jede Art von Widerstand im Generalgouvernement geführt werde. Die beiden Bischöfe seien zu Recht verurteilt worden, da bei ihnen Waffen gefunden wurden. Wenn trotzdem ihre Begnadigung zur Zuchthausstrafe erfolgte, so seien dafür gewisse andere Erwägungen maßgebend gewesen. Unerwünscht seien Presseverlautbarungen über die Erschießung von Juden mit der Begründung, durch solche Verlautbarungen die Juden abzuschrecken.

S. 5. SS-Obergruppenführer Dr. Krüger bezeichnet es als zweckmäßig, wenn über Vorfälle wie die bereits erwähnte Verurteilung der beiden Bischöfe nicht gesprochen würde, denn es bestehe sonst die Gefahr, daß sich Gerüchte bilden und weit höhere Zahlen genannt werden, als tatsächlich in Frage stehen.

Protokoll über die zweite Konferenz der Abteilungsleiter am 8. Dezember 1939 in Krakau

Anwesend: Dr. Frank, Dr. Seyß-Inquart und andere.

S. 1. Generalgouverneur Reichsminister Dr. Frank berichtet über seine Unterredung mit Herrn Generalfeldmarschall Göring. Diese Ernennung des Generalgouverneurs zum Bevollmächtigten des Beauftragten für den Vierjahresplan habe zur Folge, daß im Generalgouvernement künftig wirtschaftspolitisch nichts geschehen könne, ohne daß der Generalgouverneur seinen fördernden oder hemmenden Einfluß geltend mache. Aufgabe des Generalgouverneurs sei es, das Beste und dem Reiche Nützlichste aus der Wirtschaft des Generalgouvernements herauszuholen.

S. 3. SS-Obergruppenführer Krüger: Seit dem 1. Dezember laufen täglich mehrere Züge mit Polen und Juden aus den neu zum Reiche gekommenen Gebieten im Bereich des Generalgouvernements ein, Diese Transporte werden etwa bis Mitte Dezember andauern.

S. 4. Dr. Wahlbaum teilt mit, daß vor wenigen Tagen ein Transport schwer seuchenkranker Kinder aus den jetzt zu Deutschland gekommenen ostoberschlesischen Gebieten unangemeldet im deutschen Krankenhaus eingetroffen sei.

Generalgouverneur Dr. Frank verfügt die Vorlage einer ergänzenden Verordnung, durch die die Arbeitspflicht auf die Jahrgänge vom 14. bis zum 18. Lebensjahr erstreckt wird.

Abteilungsleitersitzung am 19. 1. 1940 in Krakau

Anwesend: Dr. Frank und andere.

S. 2. Dr. Frank. Aber eins ist sicher: aus der deutschen Machtsphäre wird dieses Gebiet nicht entlassen werden... Wir alle mußten schon umdenken lernen; wir mußten uns loslösen aus dem Reichsdenken, vor allem dem Reichsverwaltungsdenken, um den eigenartigen Kolonialcharakter und -bereich unseres Generalgouvernements mit zielklarer Vorstellung zu erfassen.

S. 4. Am 15. 9. 1939 erhielt ich den Auftrag, die Verwaltung der eroberten Ostgebiete aufzunehmen, mit dem Sonderbefehl, diesen Bereich als Kriegsgebiet und Beuteland rücksichtslos auszupowern, es in seiner wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen, politischen Struktur sozusagen zu einem Trümmerhaufen zu machen. Heute sehe man in dem Gebiet des Generalgouvernements einen wertvollen Bestandteil des deutschen Lebensraumes.

S. 9. Ein sehr erfreuliches positives Moment in dieser schweren Zeit ist die Rückführung der Wolhyniendeutschen. Wenn der Polenkrieg keinen anderen Segen gebracht hätte als die Rückführung von weit über eine viertel Million wertvoller Deutscher, so wäre das allein schon Segen und Gewinn gewesen.

S. 11/12. Mein Verhältnis zu den Polen ist dabei das Verhältnis zwischen Ameise und Blattlaus. Wenn ich den Polen förderlich behandle, ihn sozusagen freundlich kitzele, so tue ich das in der Erwartung, daß mir seine Arbeitsleistung zugute kommt. Dies handelt sich nicht um ein politisches, sondern um ein rein taktisch-technisches Problem ... Wo trotz aller dieser Maßnahmen die Leistung nicht steigt, oder wo der geringste Akt mir Anlaß gibt, einzuschreiten, werde ich allerdings auch vor drakonischen Maßnahmen nicht zurückschrecken.

S. 14. Reichsminister Seyß-Inquart als mein Stellvertreter hat von mir seine Funktionen erhalten. Zunächst ist er für den Fall meiner Abwesenheit oder Verhinderung mein Vertreter. Diese Vertretungsbefugnis hat er auch schon ausgeübt. Zweitens aber hat er in meinem Namen Sonderaufträge durchzuführen, die ich ihm gegebenenfalls erteile. Ich weise ihm bestimmte Komplexe zu, mit dem Ersuchen, die Sachlage zu klären und mir darüber Vortrag zu halten.

Im übrigen aber bitte ich Sie, den Amtschef Min.-Dir. Dr. Bühler als den unmittelbar mit Ihnen zusammenarbeitenden Leiter des Gesamtbereiches der Verwaltung des Generalgouvernements anzusehen, der mir und meinem Stellvertreter unmittelbar unterstellt ist.

Ich muß Sie daher bitten, künftig Entwürfe und Planungen immer zuvor mit dem Amtschef Dr. Bühler zu besprechen, ehe Sie sie mir vortragen. Gleiches gilt in Angelegenheiten der Polizei für den höheren Polizeiführer SS-Obergruppenführer Krüger. Die Autorität des Amtes wird repräsentiert durch den Amtschef, der als solcher vom Führer eingesetzt ist und daher auch die Autorität der gesamten Verwaltung zu repräsentieren hat.

Protokoll über die Besprechung der Abteilungsleiter am 15. 2. 1940 in Krakau

S. 2. General Bührmann berichtet über die Besprechung des Generalgouverneurs mit Generalfeldmarschall Göring am 12. 2. 1940 in Karin-Hall. Der Generalfeldmarschall habe strengste Anweisung erteilt, daß alle Verhandlungen irgendwelcher Reichsstellen mit Dienststellen im Generalgouvernement nur über den Generalgouverneur zu führen seien. Unmittelbare Anweisungen von Behörden im Reich an Dienststellen im Generalgouvernement seien ausdrücklich verboten.

Abteilungsleitersitzung am 8. 3. 1940 in Krakau

Anwesend: Dr. Frank und andere.

S. 5. Das eine ist sicher. Die Autorität des Generalgouverneurs als Repräsentanten des Führers und Reichswillens in diesem Gebiet ist allerdings stark, und ich habe niemals darüber einen Zweifel gelassen, daß ich mit dieser Autorität nicht spielen lasse. Ich habe das jeder Stelle in Berlin dann auch erneut erklären lassen, besonders nachdem Herr Generalfeldmarschall Göring am 12. 2. 1940 von Karin-Hall aus sämtlichen Dienststellen des Reiches mit Einschluß der Polizei, mit Einschluß sogar der Wehrmacht, verboten hat, sich in die dienstlichen Angelegenheiten des Generalgouvernements irgendwie einzumengen.

(USSR 223) 2233-PS

Das gleiche gilt für den Versuch, den die SS einmal am 15. oder 16. Dezember gemacht hat, wo der Reichsführer der SS auch mit Wirkung für das Generalgouvernement verfügen wollte, daß die gesamten Kunstschätze und sonstigen Werke der SS zugesprochen würden. Auf meine Beschwerde hin ist auch diese Verfügung aufgehoben worden.

S. 7. Der Führer hat auf der gleichen Linie am 30. 1. 1940 eine wichtige Entscheidung getroffen. In Berlin war es einigen Dienststellen etwas unheimlich geworden, daß der Generalgouverneur das Gnadenrecht im totalen Umfang haben sollte. Auf die schüchterne Frage ängstlicher Gemüter hat der Führer zu allem Überfluß auch noch schriftlich niedergelegt und am 30. 1. eine bereits im Reichsgesetzblatt veröffentlichte Verfügung erlassen, nach welcher der Generalgouverneur das gesamte Gnadenrecht im besetzten polnischen Gebiet zusammen mit dem Recht der Weiterübertragung auszuüben hat.

Es gibt hier im Generalgouvernement keine Autorität, die an Rang höher, an Einfluß stärker und an Autorität größer wäre als die des Generalgouverneurs. Auch die Wehrmacht hat hier keinerlei Regierungs- und Amtsfunktionen, sie hat hier Sicherungsfunktionen und die allgemeinen soldatischen Aufgaben, sie hat keinerlei politische Macht. Dasselbe gilt für die Polizei und SS. Es gibt hier keinen Staat im Staate, sondern wir sind hier Repräsentanten des Führers und Reiches. Das gilt endlich auch für die Partei, sie hat hier keinerlei weiterreichenden Einfluß, es sei denn, daß älteste Nationalsozialisten und bewährte Vorkämpfer des Führers die allgemeinen Angelegenheiten führen.

S. 12. Ich habe zu diesem Zwecke auf ausdrücklichen Befehl des Führers auch die unmittelbaren Exekutionen von meiner vorherigen Genehmigung abhängig gemacht. Es gibt keine Vollstreckung des Todesurteils eines Standgerichtes ohne vorherige Genehmigung. Massenweise Exekutionen sollen hinfort unterbleiben.

Wir werden das Fachschulwesen des polnischen Volkes wieder in dem Umfange in Kraft setzen, daß es etwa die tiefste Stufe der deutschen technischen Mittelschulen erreicht.

S. 13. Ebenso ist klar, daß diese Maßnahmen nicht bedeuten dürfen, daß wir den polnischen Elementen auch nur den geringsten Anteil an der Führung und den Machtfunktionen im Generalgouvernement geben.

Im allgemeinen kann man sagen, daß wir in zunehmendem Maße aus den Kreisen der Intelligenz, der Kirche und der früheren Offiziere mit Widersetzlichkeit zu rechnen haben werden. Es sind bereits organisatorische Formen vorhanden, die gegen unsere Herrschaft hier im Land gerichtet sind. Bei dem geringsten Versuch des Polentums, etwas zu unternehmen, würde es zu einem ungeheuren Vernichtungsfeldzug gegen die Polen kommen. Dann würde ich vor keinem Schreckensregiment und seinen Auswirkungen zurückschrecken. Ich habe Befehl gegeben, daß einige hundert Mitglieder von solchen Geheimorganisationen auf drei Monate sichergestellt werden, damit in der nächsten Zeit nichts passiert. Das letzte Wort des Führers, was er mir auf den Weg gab, war: Sorgen Sie dafür, daß drüben absolute Ruhe ist, ich kann nicht brauchen, was im Osten die Ruhe stört. Dafür werde ich sorgen.

Abteilungsleitersitzung am 12. 4. 1940 in Krakau

Anwesend: Dr. Frank und andere.

S. 6. Allerdings werde er nicht die Gründung einer großen völkischen Gemeinschaftsorganisation der Ukrainer zulassen, jedoch könnte für eine größere Anzahl von Ukrainern eine Art Selbsthilfe und Betreuungsorganisation geschaffen werden. Im übrigen werde es sich empfehlen, daß man im Generalgouvernement dem Grundsatze huldige: Divide et impera ...

S. 8. Die Politik im Sinne einer reibungslosen Eindeutschung könne für das Generalgouvernement erst dann beginnen, wenn der Warthegau, Westpreußen, Danzig, der Südostraum und Oberschlesien in dem durch den Führerbefehl bezeichneten Sinne deutsch geworden seien.

S. 10. Er (Frank) habe gestern mit einigen Generälen über diese Frage gesprochen und dabei festgestellt, daß Generäle, die Divisionen kommandierten, angesichts der Notlage auf dem Wohnungsmarkt gezwungen seien, in Häusern zu wohnen, die außer dem General nur noch Juden als Mieter hätten.

Das gelte übrigens auch für alle Kategorien von Beamten. Dieser Zustand sei auf die Dauer vollkommen unerträglich. Wenn die Autorität des nationalsozialistischen Reiches aufrecht erhalten werden solle, dann sei es unmöglich, daß die Repräsentanten dieses Reiches gezwungen seien, beim Betreten oder Verlassen des Hauses mit Juden zusammenzutreffen, daß sie der Gefahr unterlägen, von Seuchen befallen zu werden. Er beabsichtige deshalb, die Stadt Krakau bis zum 1. November 1940 soweit irgendmöglich judenfrei zu machen und eine große Aussiedlungsaktion der Juden in Angriff zu nehmen, und zwar mit der Begründung, daß es absolut unerträglich sei, wenn in einer Stadt, der der Führer die hohe Ehre zuteil werden lasse, der Sitz einer hohen Reichsbehörde zu sein, Tausende und aber Tausende von Juden herumschlichen und Wohnungen innehätten. Die Stadt Krakau müsse die judenreinste Stadt des Generalgouvernements werden.

S. 15. Im Distrikt Lublin habe man den Nachweis erbringen können, daß die Pfarrer von den Kanzeln die Bevölkerung aufgehetzt hätten. Man habe diese Pfarrer eingesperrt und acht Tage später sei die Situation schon wesentlich besser geworden.

S. 16. Standartenführer Schulz bemerkt, daß Verhaftungen in großer Zahl vorgenommen worden seien. Die Verhafteten seien den zuständigen Gerichten übergeben worden, was gegen sie erfolgt sei, sei ihm noch nicht bekannt.

S. 23. Der Generalgouverneur geht danach auf die Fragen der Arbeitsdienstpflicht der Polen ein. Auf den Druck des Reiches hin sei nunmehr verfügt worden, daß, da sich genügend Arbeitskräfte nicht freiwillig zum Dienst im Deutschen Reich meldeten, ein Zwang ausgeübt werden dürfe. Dieser Zwang bedeute die Möglichkeit der Inhaftnahme von Polen männlichen und weiblichen Geschlechts. Dazu sei es zu einer gewissen Unruhe gekommen, die sich nach einzelnen Berichten sehr stark ausbreitet und die zu Schwierigkeiten auf allen Gebieten führen könnte. Der Herr Generalfeldmarschall Göring habe seinerzeit in seiner großen Rede auf die Notwendigkeit hingewiesen, eine Million Arbeitskräfte nach dem Reich zu verschicken. Geliefert seien bisher 160000. Eine Verhaftung von jungen Polen beim Verlassen des Gottesdienstes oder der Kinotheater werde zu einer immer steigenden Nervosität der Polen führen. An sich habe er gar nichts dagegen einzuwenden, wenn man das arbeitsfähige herumlungernde Zeug von der Straße weghole. Der beste Weg wäre aber die Veranstaltung einer Razzia, und es sei durchaus berechtigt, einen Polen auf der Straße anzuhalten und ihn zu fragen, was er tue, wo er beschäftigt sei usw. Herr Generalgouverneur weist darauf hin, daß die Polen aus dem Warthegau nach Möglichkeit gleich ins Reich verschickt würden.

Abteilungsleitersitzung am 14. 6. 1940 in Krakau

Anwesend: Dr. Frank und andere.

Dr. Frank: Frankreich stirbt und muß sterben, weil es dem Leben zu wenig vertraute und der Reform sich wider-

H1494 – 0032

2233-PS (USSR 223)
7

H1494 – 0033

setzte. Aber auch das englische Weltreich steht vor seinem Ende . . . es ist die größte Stunde des Deutschtums, die nun anhebt.

Abteilungsleitersitzung am 12. 7. 1940 in Krakau

Anwesend: Dr. Frank und andere.

S. 1. Dr. Frank: Der Führer hat mir gesagt, daß er keinen Quadratkilometer dieses Gebietes hergeben wird. Ebenso ist einleuchtend, daß die volle Autorität in diesem Gebiet ausschließlich beim Generalgouverneur liegt und daß keinerlei Reichszentralstellen hier unmittelbar hineinzuregieren vermögen. Für die Stadt Warschau hat der Führer bestimmt, daß ein Wiederaufbau der Stadt Warschau als polnische Metropole in keinerlei Weise in Frage kommt. Der Führer wünscht, daß im Zusammenhang mit der Gesamtentwicklung die Stadt Warschau auf den Rang einer Provinzstadt herabsinkt.

S. 4. Sehr wichtig ist auch die Entscheidung des Führers, die er auf seinen (Dr. Franks) Antrag gefällt hat, daß keine Judentransporte ins Generalgouvernement mehr stattfinden. Ich möchte allgemeinpolitisch dazu sagen, daß geplant ist, die ganze Judensippschaft im Deutschen Reich, im Generalgouvernement und im Protektorat in denkbar kürzester Zeit nach Friedensschluß in eine afrikanische oder amerikanische Kolonie zu transportieren, man denkt an Madagaskar, das zu diesem Zweck von Frankreich abgetreten werden soll; hier wird auf einer Fläche von 500000 qkm reichlich Gelände für ein paar Millionen Juden sein. Ich habe mich bemüht, auch die Juden des Generalgouvernements dieses Vorteils teilhaftig werden zu lassen, sich auf neuem Boden ein neues Leben aufzubauen. Das wurde akzeptiert, so daß in absehbarer Zeit auch hier eine kolossale Entlastung gegeben sein wird.

Abteilungsleitersitzung am 12. 9. 1940 in Krakau

Anwesend: Dr. Frank und andere.

S. 1. Dr. Frank: Das Generalgouvernement wird nicht mehr als besetztes Gebiet behandelt, sondern als Teil des Deutschen Reiches. Der Führer hat mir, als er diese Entscheidung traf, erklärt, daß er es mir anheimstelle, weitere Anträge bei ihm zu stellen, die der noch weiteren endgültigen Verschmelzung dieses Gebietes mit dem Reich dienen sollen. Ich habe vom Führer volle Freiheit des Termins. Ich habe im Zusammenhang damit mit Ermächtigung des Führers das Amt des Generalgouverneurs mit der Bezeichnung „Regierung des Generalgouvernements" versehen.

S. 5. Es gibt keine Dienststelle des Reiches, die direkt oder indirekt in dieses Gebiet hineinregieren könnte. Befehle erteile nur der Generalgouverneur in unmittelbarer Vertretung des Führers, sonst niemand.

S. 6. Ich selbst habe mit Polen noch keinen Kontakt aufgenommen und bitte auch Sie, keinen anderen Kurs zu gehen. . . Es kann sich hier nur um ein Entweder-Oder handeln. Das Schicksal hat entschieden, daß wir hier die Herren, die Polen aber die uns anvertrauten Schutzunterworfenen sind. Ich bitte Sie, meine Herren, den Empfang von Polen, von Bittdeputationen usw. auf das dienstlich unbedingt notwendige Maß zu beschränken. Es ist auch nicht möglich, daß wir den Polen den Lebensstandard der Deutschen geben. Es muß ein Unterschied zwischen dem Lebensstandard des Herrenvolkes und dem der Unterworfenen sein.

Die Polen müssen die Grenzen ihrer Entwicklungsmöglichkeiten einsehen. Der Führer hat erneut auf meine ausdrückliche Frage entschieden, daß es bei der von uns getroffenen Beschränkung zu bleiben hat. Kein Pole soll über den Rang eines Werkmeisters hinauskommen, kein Pole wird die Möglichkeit erhalten können, an allgemeinen staatlichen Anstalten sich eine höhere Bildung anzueignen. Ich darf Sie bitten, diese klare Linie einzuhalten. Aus vielen Anlässen heraus muß ich mit allem Nachdruck diese ernste Mahnung an Sie richten.

S. 7. Was die Behandlung der Juden anbelangt, so habe ich genehmigt, daß in Warschau das Ghetto geschlossen wird, vor allem weil festgestellt ist, daß die Gefahr von den 500000 Juden so groß ist, daß die Möglichkeit des Herumtreibens unterbunden werden muß.

S. 10. Im übrigen liegt uns nichts an der Blüte dieses Landes. Es ist vielleicht das schwerste Wort, das wir sagen müssen. Uns liegt nichts daran, daß etwa die Polen reicher oder sicher werden, oder sich in ihrem Eigentum immer beweglicher zeigen. Uns liegt nur daran, die deutsche Autorität in diesem Raum aufzurichten. Wir können dieses Werk nicht danach bemessen, wieviel individuelles Glück wir den einzelnen Polen nach der Auffassung der Regierungen früherer Jahrhunderte vermitteln werden, sondern wir messen diese Leistung danach, je unmöglicher die Aussichten werden, daß sich Polen jemals wieder aufrichtet. Das möge hart und grausam klingen, aber im Völkerringen um Jahrtausende und Jahrmillionen kann es eine andere Entscheidung nicht geben. Es ist ganz klar, daß man für diese Arbeit nur ganz starke und harte Charaktere gebrauchen kann. Wer für diese Arbeit nicht geeignet ist, hat sich schon längst aus unserer Mitte entfernt oder ist sonst auf irgendeine Art von uns gegangen. Wir denken hier imperial im größten Stil aller Zeiten.

Dem Imperialismus, wie wir ihn entwickeln, ist kein Vergleich gegönnt mit jenen kläglichen Versuchen, die frühere schwache Regierungen von Deutschland in Afrika unternommen haben . . . Der Führer hat auch vorgestern ausdrücklich erklärt, daß dieses Nebenland des Deutschen Reiches die harte Aufgabe zu erfüllen hat, um jeden Preis mit den Polen fertig zu werden, daß es auch von jeder Verpflichtung zu einer Verdeutschungspolitik frei sein soll. Der Führer hat weiter ausdrücklich gesagt, daß er dem Generalgouverneur keinerlei Verpflichtungen für eine deutsche Gestaltung des Lebens hier auferlegt, daß auch keinerlei Germanisierungstendenzen hier Raum hätten. Dieses Gebiet ist dazu berufen, das Arbeiterreservoir im großen Sinne zu sein. Wir haben hier lediglich ein gigantisches Arbeitslager, wo alles, was Macht und Selbständigkeit bedeutet, in Händen der Deutschen ist.

Abteilungsleitersitzung am 19. 12. 1940 in Krakau

Anwesend: Dr. Frank und andere.

S. 2. Dr. Frank: Sämtliche Hoheitsrechte des Reiches werden im Namen des Führers hier durch den Generalgouverneur und seine Regierung ausgeübt.

S. 12. Meine Herren, ich möchte Sie sehr davor warnen, sich durch die Ruhe Ihrer dienstlichen Bereiche einlullen zu lassen. Dieses Land ist nicht befriedet! In diesem Land muß der sehr harte Zug einer entschlossenen Führung herrschen. Der Pole hier muß spüren, daß wir ihm keinen Rechtsstaat aufbauen, sondern daß es für ihn nur eine Pflicht gibt, nämlich zu arbeiten und brav zu sein. Es ist klar, daß dies manchmal zu Schwierigkeiten führt, aber Sie müssen in Ihrem eigenen Interesse darauf sehen, daß alle Maßnahmen rücksichtslos ergriffen werden, um diesen Dingen Herr zu werden. Sie können sich dabei auf mich unbedingt verlassen.

S. 14. In zunehmendem Maße beobachte ich, daß die Kirche anfängt, unangenehm zu werden. Während bisher dieser mächtigste Gesinnungsblock des Polentums sich

(VSSQ 223) 2233-PS

merkwürdigerweise sozusagen loyal verhielt, fängt nunmehr – offenbar unter der Versteifung gewisser politischer Situationen auf diesem Kontinent – die Kirche da und dort an unangenehm zu werden. Ich möchte schon jetzt betonen, daß ich hier vor gar nichts zurückschrecken werde und selbst Bischöfe sofort verhaften lasse, wenn das Geringste passiert. Ich ersuche Sie in diesem Zusammenhang, strengstens dafür zu sorgen, daß der Besuch polnischer Kirchen während eines Gottesdienstes durch Beamte in Uniform strengstens verboten wird.

Ein in Leinen gebundener Band mit dem Titel „Arbeitssitzungen"

Aussprachen des Generalgouverneurs Februar–November 1940

Arbeitstagung am 25. 2. 1940 in Radom

Anwesend: Dr. Frank und andere.

S. 19. Das zweite, was in Berlin sehr gewünscht wurde, war, daß die Exekutionen der Standgerichte von der vorherigen Einwilligung des Generalgouverneurs abhängig gemacht werden. Ich habe diesen Befehl des Führers bereits an den Höheren SS- und Polizeiführer gegeben, der ihn an die Polizeistellen weitergeleitet hat. Ich darf Sie bitten, daß Sie Ihre Polizeiführer erneut auf diesen Erlaß aufmerksam machen. Auch die anderen Standgerichte dürfen Todesurteile mit meiner ausdrücklichen schriftlichen oder im äußersten Fall telegraphisch zu erteilenden Genehmigung vollziehen. Wenn die Sicherheitspolizei merkt, daß Geistliche politisch irgendwie abgleiten, dann darf hier keine Schonung Platz greifen.

S. 20. Überwachen Sie die Predigten und das Wirken der Geistlichen und greifen Sie ein, wenn Sie irgendeinen Verdacht haben, daß die Kirche irgendwie mißbraucht wird.

Eine Steigerung des Bildungsniveaus des polnischen Volkes liegt auf keinen Fall in unserem Interesse ... Mögen auch einige Herren anderer Meinung sein, ich glaube jedenfalls, daß die Polen das Opfer bringen müssen.

Sitzung des Reichsverteidigungsausschusses am 2. 3. 1940 in Warschau

Anwesend: Dr. Frank und andere.

S. 9. Dr. Frank: „. . . so haben wir doch die ungeheure Verantwortung, daß dieser Raum fest in der deutschen Macht bleibt, daß die Polen für alle Zukunft das Rückgrat gebrochen erhalten und daß niemals wieder aus diesem Gebiet auch nur der geringste Widerstand gegen die deutsche Reichspolitik bestehen kann."

S. 11. Der Generalgouverneur steht hier an des Führers Stelle. Die einzig reale Regierung des polnischen Volkes, die es zur Zeit auf der Welt gibt, ist die des vom Führer eingesetzten Generalgouvernements.

Vergessen Sie nicht, daß Deutschland nunmehr vor dem Schritt in das Weltreich steht.

S. 20. Wir werden, wenn nötig, alle Maßnahmen ergreifen, um den Lebensstandard des polnischen Volkes so zu gestalten, daß er gerade noch das Leben sicherstellt, aber eine absteigende Linie aufweist gegenüber der Lage im Deutschen Reich.

S. 30. Für das, was seit dem 11. 10. 1939 geschah, trage ich die Verantwortung, ganz gleichgültig, was geschah, wie und von wem es geschah. Ich trage die Verantwortung und wälze sie auf niemanden ab. Und daher möchte ich auch betonen, daß diese Verantwortung getragen werden kann. Wo es da und dort zu sozusagen allgemein menschlich bedauerlichen Vorfällen kam, müssen wir erst recht die Verantwortung tragen.

Ein in Leinen gebundener Band mit dem Titel „Tagebuch 1940/I"

Gespräch mit dem Gesandten Wühlisch am 16. 3. 1940 in Krakau

S. 217. Der Herr Generalgouverneur bemerkt, daß er in Berlin lange Verhandlungen mit den Vertretern des Finanzministeriums und Reichsernährungsministeriums gehabt habe. Man habe dort die dringende Forderung gestellt, daß die polnischen Landarbeiter in größerer Zahl nach dem Reich geschickt würden. Er habe in Berlin die Erklärung abgegeben, daß er, wenn man das von ihm verlange, selbstverständlich einen Zwang etwa in der Weise ausüben könne, daß er von der Polizei ein Dorf umstellen lasse und die in Frage kommenden Männer und Frauen zwangsweise heraushole und dann nach Deutschland bringen wird.

Ein in Leinen gebundener Band mit dem Titel „Tagebuch 1940/III"

Eine Ansprache am 25. 7. 1940 in Krakau

S. 702/703. Dr. Frank: Der Führer hat weiter verfügt, daß Juden in das Generalgouvernement nicht mehr hereintransportiert werden. Im Gegenteil, auch die Juden, die im Generalgouvernement wohnen, werden sämtlich auf Grund eines besonderen Programms einheitlich behandelt, so daß auch das Generalgouvernement in absehbarer Zeit judenfrei wird. Sobald der Überseeverkehr die Möglichkeit des Abtransportes der Juden zuläßt (Heiterkeit), werden die Juden Stück um Stück, Mann um Mann, Frau um Frau, Fräulein um Fräulein, abtransportiert werden. Ich nehme an, daß ich Sie darum nicht zu sehr zu beklagen brauche (erneute Heiterkeit). Ich glaube also, daß wir, wie man so sagt, durch den dicksten Dreck hindurch sind, und daß es nunmehr möglich ist, hier wirklich eine anständige dienstliche, berufliche und auch menschliche Stadt für deutsche Volksgenossinnen und Volksgenossen zu errichten. Wenn wir das schon geschaffen haben, dann können wir auch noch weiteres erreichen.

Dieser Raum wird in den kommenden Jahrzehnten in zunehmendem Maße mit Angehörigen des deutschen Volkes durchsetzt werden.

H1494 – 0034

2233-PS (USSR 223)
9

H1494 – 0035

Ein in Leinen gebundener Band mit dem Titel „Tagebuch 1940/IV"

Eine Rede am 7. 10. 1940 in Krakau

S. 943. Dr. Frank: Meine lieben Kameraden! Es ist klar, daß sich da und dort vielleicht noch eine Erziehung notwendig machen wird, es ist weiter klar, daß die Gegenleistung für diese aufgeschlossene Kameradschaftlichkeit, für diese gemeinschaftliche Kontakthaltung darin bestehen muß, daß im Innerdienstlichen die Autorität restlos gewahrt wird. Wir können aus den Büros sich keine 5-Uhr-Tee-Stuben entwickeln lassen. Selbstverständlich ist aber, daß wir hier als deutsche Menschen so gestellt sein müssen, daß der Geringste von uns noch weitaus höher steht als der höchste Pole in diesem Raum.

Am 26. 10. 1940 in Krakau

S. 1021. Stabschef Lutze: Ich habe den Herrn Generalgouverneur SA-Obergruppenführer Dr. Frank gebeten, die Betreuung aller SA-Männer im Generalgouvernement zu übernehmen, und der Herr Generalgouverneur hat mir sein Jawort gegeben.

Am 13. 12. 1940

S. 1126. Der Herr Generalgouverneur bespricht dann noch Fragen des Verhältnisses zwischen Polizei und Verwaltung. Auf keinen Fall werde er dulden, daß die Einheit der Verwaltung irgendwie gesprengt werde. In naher Zukunft werde sich die Durchführung einer außerordentlichen Befriedungsaktion als notwendig erweisen.

Der Führer habe für dieses Vorgehen in jeder Weise Verständnis.

Eine Rede am 19. 12. 1940 in Krakau

S. 1158. Dr. Frank: Und noch eins hat mir der Führer vor wenigen Tagen in vollem Ernst gesagt, daß das alte japanische Sprichwort seine Geltung behalten soll, das da lautet: Nach dem Siege bindet den Helm fester. Kameraden, wir werden niemals wieder ein schwaches Reich sein. Die Wehrmacht wird die Krönung der Gemeinschaftserziehung darstellen. So, wie die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei die Krönung der sozialen, der politischen, der weltanschaulichen Führung ist, so wird auch die Wehrmacht der Inbegriff der Wehrerziehung, der stolzen und sauberen Haltung unseres Volkes sein. Und ihr könnt sagen: ihr seid als Soldaten dabei gewesen. Ich bin sehr glücklich über diese Stunde der Wehrmacht; denn sie verbindet uns alle. Von euch hat der eine seine Mutter, seine Eltern, der andere seine Frau, seine Braut, seinen Bruder, seine Kinder zu Hause. Die werden nun in allen diesen Wochen an euch denken und werden sich sagen: mein Gott, da sitzt der nun drüben in Polen, wo es so viele Läuse und Juden gibt, vielleicht hungert und friert er, er getraut sich vielleicht nicht zu schreiben ... Da wäre es vielleicht ganz nett, wenn wir den Lieben zu Hause ein Bild schicken und ihnen sagen würden: nun, es ist hier im Generalgouvernement schon etwas anders und besser geworden. Freilich, in einem Jahre konnte ich weder sämtliche Läuse noch sämtliche Juden beseitigen (Heiterkeit). Aber im Laufe der Zeit und vor allem dann, wenn ihr mir helft, wird sich das schon erreichen lassen. Es ist ja auch nicht notwendig, daß wir alles in einem Jahr und alles gleich tun, denn was hätten sonst diejenigen, die nach uns kommen, noch zu schaffen?

Am 20. 12. 1940 in Krakau

S. 1170/71. Der Herr Generalgouverneur begibt sich in Begleitung des Polizeiobersten Müller zum Fest der Ordnungspolizei in deren Unterkunft in einem ehemaligen Priesterseminar. Dr. Frank: Kameraden der Polizei! Als ihr von der Heimat Abschied nahmt, da mag manche besorgte Gattin zu euch gesagt haben: Was, zu den Polen gehst du, wo es lauter Läuse und so viele Juden gibt? Man kann natürlich in einem Jahre nicht sämtliche Läuse und Juden hinaustreiben, das wird im Laufe der Zeit geschehen müssen.

S. 1174. Wenn euch das Priesterseminar nicht genügt, dann gebe ich euch das Haus des Erzbischofs oder des Fürstbischofs. Und wenn es euch sonst nach irgend etwas gelüstet, was euch den Dienst erleichtern könnte – ich bin gerne bereit, solche Wünsche zu erfüllen.

Ein in Leinen gebundener Band mit dem Titel „Arbeitssitzungen 1941 Januar—Oktober"

Arbeitssitzung zur Besprechung von Fragen der Einsiedlung von Polen und Juden in das Generalgouvernement am 15.1.1941 in Krakau

Anwesend: Dr. Frank und andere.

S. 9. Staatssekretär Dr. Bühler erklärt, daß er es für unmöglich halte, 1 Million Menschen in der beabsichtigten Weise auf das Gebiet des Generalgouvernements aufzuteilen. Die Belastung in sicherheitsmäßiger, seuchenpolizeilicher und ernährungspolitischer Beziehung sei derart groß, daß man auf die Dauer ohne Unruhen nicht auskommen werde ... Der Herr Generalgouverneur erwidert, daß gegen Unruhen mit den schärfsten Mitteln vorgegangen werde.

Anlage: Bericht über die Besprechung betreffend Umsiedlung von Polen und Juden in das Generalgouvernement im Reichssicherheitshauptamt Berlin, am 8. Januar 1941.

Im Jahre 1941 sind insgesamt 831000 Menschen aus den reichsdeutschen Ostgebieten in das Generalgouvernement umzusiedeln, hierzu kommt die Umsiedlung innerhalb des Generalgouvernements mit rund 180000 Menschen.

S. 15. Der Herr Generalgouverneur will die Entscheidung darüber, ob das Warschauer Ghetto beibehalten oder wieder aufgelöst werden soll, von dem Ergebnis seiner demnächst dort stattfindenden Besichtigung abhängig machen. Auf keinen Fall könne er es zulassen, daß eine Stadt wie Warschau völlig verpestet werde.

Ein in Leinen gebundener Band mit dem Titel „Tagebuch 1941/IV"

Regierungssitzung am 15. 10. 1941

S. 945. Der Herr Generalgouverneur ist der Auffassung, daß für die jüdische Bevölkerung weitere Lebensmittel nicht zur Verfügung gestellt werden könnten.

(USSR 223) 2233-PS

10

Ein in Leinen gebundener Band mit dem Titel „Regierungssitzungen 1941 März—Oktober"

Regierungssitzung am 25. 3. 1941 in Krakau

Anwesend: Dr. Frank und andere.

S. 2. Dr. Frank: Gemäß den mir am 17. 3. übertragenen Vollmachten unterstehen sämtliche Dienststellen der Wehrmacht ausschließlich dem Befehl des Generalgouverneurs. Es gibt nur diese zwei Machtpositionen: Wehrmacht und Generalgouvernement. Etwas Drittes gibt es nicht. Ich verbiete daher mit sofortiger Wirkung die Befolgung irgendwelcher Anordnungen einer anderen Stelle, ganz gleich, woher sie kommen.

S. 27. Vor allem dürften auch die Beziehungen zu den Wojds amtlich nicht so gepflegt werden, daß der Wojd gewissermaßen in eine gesellschaftlich gehobene Kategorie komme. Er sei Pole und habe als solcher nur die Befehle entgegenzunehmen, er habe sich nicht in die absolut gehobene Zone des Führermaterials des Generalgouvernements emporgehoben zu fühlen.

Dr. Fischer, Gouverneur: Bemerkenswert sei in der letzten Zeit das Auftreten der Widerstandsbewegung. Drei Terrorakte seien zu verzeichnen: die Erschießung eines Volksdeutschen in Warschau, die Verletzung eines Soldaten in Lowicz und eines Soldaten in Kielce. Er bitte den Herrn Generalgouverneur, mit aller denkbaren Schärfe gegen solche Terrorakte vorgehen zu dürfen. Vor allem müßten auch die Strafmaßnahmen der Bevölkerung öffentlich bekanntgegeben werden. Diese Methode wirke sehr abschreckend und werde gewisse Elemente dazu zwingen, von solchen Terrorakten abzusehen.

Dr. Frank: Ich mache daher noch einmal mit aller Schärfe auf das zu Anfang dieser Sitzung Gesagte aufmerksam. Das Generalgouvernement ist ein in sich geschlossener Bestandteil des großdeutschen Machtbereiches. Es gibt hier nur zwei Zuständigkeiten: die der Wehrmacht und die des Generalgouverneurs. Ausnahmen hiervon gibt es nicht. Ich betone: Ich werde von keinem Beamten und Angestellten die geringste Widersetzlichkeit dulden.

Regierungssitzung am 5. 9. 1941 in Warschau

Anwesend: Dr. Frank und andere.

S. 32. Auf eine Frage des Herrn Gouverneurs erwidert Oberregierungsrat Reeds, daß bisher insgesamt 1,4 Millionen polnischer Arbeiter ins Reich verschickt worden seien. Zur Zeit werde es nicht möglich sein, für den Straßenbau außerordentliche Arbeitskolonnen nach Galizien zu schicken.

Regierungssitzung am 15./16. 10. 1941 in Warschau

Anwesend: Dr. Frank und andere.

Referat des SS- und Polizeiführers im Distrikt Warschau, SS-Oberführers Wigand: In den letzten 2 Jahren mußten wegen der politischen und kriminellen Delikte etwa 7000 Personen in die Konzentrationslager überführt werden. In den hiesigen Gefängnissen sitzen zur Zeit 2811 Häftlinge, davon wegen politischen Vergehens 1290 Männer und 268 Frauen.

Ein in Leinen gebundener Band mit dem Titel „Regierungssitzungen 1941 Oktober—Dezember"

Regierungssitzung am 17. 10. 1941 in Lublin

S. 39/40. (Aus Niederschrift über den Bericht des Stadthauptmannes Saurmann, Lublin.) Die Stadt Lublin zählte Ende 1939 rund 40000 Juden. Es sind davon im Laufe der Zeit etwa 12000 ausgesiedelt worden, aber fast dieselbe Anzahl ist bis heute wieder zugewandert. Zwar sind die Juden alle auf einen alten Stadtteil zusammengepfercht, dessen Grenze sie nicht ohne Genehmigung überschreiten dürfen, ein geschlossenes Ghetto gibt es bis heute jedoch nicht. Eine der wichtigsten Zugangsstraßen vom Osten her führt mitten durch diesen Stadtteil, so daß erst eine Umgehungsstraße gebaut werden mußte, die dieser Tage fertig wird, um dann das Ghetto mit Stacheldraht einzuzäunen und vollkommen abzuschließen. Man hätte von dieser Maßnahme auch noch weiterhin absehen können, nachdem bereits über ein Jahr kein Jude mehr in den übrigen Stadtteilen wohnt und kein jüdisches Geschäft sich mehr außerhalb des Ghettos befindet, wenn nicht die zuwandernden Juden in hohem Maße Flecktyphus und andere Krankheiten eingeschleppt hätten und dauernd Träger dieser Seuchen wären. Eine Klärung der Judenfrage wird natürlich endgültig erst dann zu erreichen sein, wenn der vollkommene Abtransport aller Juden bewerkstelligt werden kann. Das wird auch für die Stadt Lublin erst der Zeitpunkt sein, wo sich eine wesentliche Entspannung der augenblicklichen Wohnungsnot bemerkbar machen könne.

Regierungssitzung am 16. 12. 1941 in Krakau

Anwesend: Dr. Frank und andere.

S. 35. Dr. Frank: Gegen das Verlassen des Ghettos durch Juden müsse und werde mit aller Schärfe vorgegangen werden. Die aus diesem Grunde gegen Juden verhängte Todesstrafe müsse fürderhin schnellstens vollstreckt werden.

Ein in Leinen gebundener Band mit dem Titel „Tagebuch 1941/I"

Besprechung mit SS-Obergruppenführer Krüger und Oberlandrat Westerkamp am 11. 1. 1941 in Krakau

S. 19. Gegenstand der Besprechung ist die Frage der Einsiedlung von etwa 800000 Polen und Juden ins Generalgouvernement. Die Frage des Generalgouverneurs, ob die für diese Einsiedlung notwendigen Voraussetzungen hinsichtlich der Ernährung, der Bekleidung usw. dieser einzusiedelnden Massen von seiten des Reiches erfüllt wurden, glaubt SS-Obergruppenführer Krüger verneinen zu müssen.

H1494 – 0036

2233-PS (USSR 223)

11

H1494 – 0037

Parteikundgebung am 22. 1. 1941 in Lublin

S. 106/107. Dr. Frank: Solange die Juden hier sind, sollen sie arbeiten, freilich nicht in dem Sinne, wie die Juden es früher getan haben. Hier appelliere ich an Ihre Entschlossenheit. Wir haben immer noch Reste von Humanitätsphantasten und solche, die aus lauter echt deutscher Gemütlichkeit die Weltgeschichte zu verschlafen pflegen. Das kann man von uns nicht verlangen, die wir mit dem Führer seit 20 Jahren in diesem Kampfe stehen, daß wir noch irgendwelche Rücksicht auf die Juden nehmen . . . Wenn heute die Juden in der Welt um Mitleid bitten, so läßt uns das kalt.

Ein in Leinen gebundener Band mit dem Titel „Tagebuch 1941/III"

Am 9. 9. 1941

S. 830. Obermedizinalrat Dr. Walbaum äußert sich zu der Gesundheitslage der polnischen Bevölkerung. Untersuchungen, die von seiner Abteilung angestellt worden seien, hätten ergeben, daß der größte Teil der Polen nur etwa 600 Kalorien zu sich nehmen, während der Normalbedarf eines Menschen 2200 Kalorien betrage. Die polnische Bevölkerung sei so weitgehend entkräftet, daß sie eine leichte Beute des Fleckfiebers werde. Die Zahl der erkrankten Polen betrage heute bereits 40%. In der letzten Woche allein seien 1000 neue Fleckfiebererkrankungen amtlich festgestellt worden. Das sei die bisher höchste Ziffer. Diese gesundheitliche Lage stelle eine große Gefahr für das Reich und für die in das Generalgouvernement kommenden Soldaten dar. Eine Verschleppung der Seuche in das Reich sei leicht möglich. Auch das Ansteigen der Tuberkulose sei besorgniserregend. Wenn die Lebensmittelrationen noch verkleinert würden, könne man eine gewaltige Steigerung der Erkrankungsziffer voraussagen.

Seine Verordnung, mit welcher jeder Jude, der außerhalb angetroffen werde, hinzurichten sei, müsse unbedingt durchgeführt werden. Notfalls müsse eben eine Vereinfachung des Verfahrens vor dem Sondergericht eintreten.

S. 39. In diesem Zusammenhang erklärt der Herr Generalgouverneur, daß er das ihm vom Führer übertragene Begnadigungsrecht in Fällen, wo Juden vor den Sondergerichten und Standgerichten zum Tode verurteilt würden, auf die Gouverneure übertragen werde.

S. 44. Hauptabteilungspräsident Dr. Frauendorf: Von sämtlichen fremdvölkischen im gesamten großdeutschen Reich befindlichen Arbeitskräften seien 47% Polen. Darüber hinaus hätten die Arbeitsämter des Generalgouvernements noch 230000 Menschen monatlich, etwa 8000 pro Tag vermittelt. Diese Zahl werde noch durch die in Galizien gewonnenen Arbeitskräfte erhöht, von denen auch wieder 35000 ins Reich gegangen seien. Auch sei es gelungen, die angeforderte Zahl von Bergarbeitern in kurzer Frist zu stellen, und zwar 11000 Mann für den Ruhrbergbau, weitere für den Kohlentransport und Kohlenhandel.

S. 53. Dr. Schöngarth, Oberst der Polizei: Die Zahl der augenblicklich in den Gefängnissen befindlichen Personen wegen Teilnahme an der Widerstandsbewegung sei außerordentlich hoch.

S. 65/66. Amtschef in Warschau, Dr. Hummel: Die Gefahren des Fleckfiebers hätten sich infolge Nachlassens der Widerstandskraft der Bevölkerung und insbesondere der der Jugend vergrößert. Die Ernährung der Ghettobewohner sei unzureichend. Hinzu komme der Mangel an Reinigungsmitteln und das enge Zusammenwohnen. Der gemeldete Fleckfieberstand im Ghetto betrage heute 2405 Fälle. Der tatsächliche Stand sei aber viel höher. In Warschau habe man 503, in den Kreishauptmannschaften 589 an Fleckfieber erkrankte Polen feststellen können. An sich sei der Zusammenschluß der Juden im Ghetto ein Segen. Wichtig sei jetzt die vollkommene Abschließung des Ghettos. Dankbar habe man einen Schießbefehl des BdO, auf Grund dessen auf Juden auf den Landstraßen geschossen werden dürfe, begrüßt. Dr. Hummel berichtet dann über die praktische Auswirkung der Verhängung der Todesstrafe bei widerrechtlichem Verlassen des Ghettos. In Warschau habe man bis jetzt trotz Hinzunahme einer dritten Kammer erst 45 Todesurteile fällen können, und von diesen wären erst 8 vollstreckt worden, da über jeden einzelnen Fall die Gnadenkommission in Krakau die letzte Entscheidung treffen müsse. Weitere 600 Anträge auf Verurteilung liegen vor. Im Wege des Sondergerichtsverfahrens sei eine wirksame Absperrung des Ghettos unmöglich. Das Verfahren bis zur Liquidierung sei zu langwierig, es sei mit zu viel Formalitäten belastet und müsse vereinfacht werden.

S. 74. Dr. Frank: Sie dürfen sich nicht wundern, meine Herren, wenn ich in nächster Zeit die Zügel gegenüber dem Polentum etwas schärfer anziehe, als es bis jetzt der Fall war. Ich muß gestehen, daß ich mir manchmal Gedanken darüber mache, ob ich nicht eine besondere Aktion einleiten soll, mit der den Polacken, die deutschen Offizieren nicht ausweichen oder sie bewußt anrempeln, mit einem besonderen Strafkodex entgegengetreten wird.

S. 76. Mit den Juden – das will ich Ihnen auch ganz offen sagen – muß so oder so Schluß gemacht werden. Der Führer sprach einmal das Wort aus: Wenn es der vereinigten Judenschaft wieder gelingen wird, einen Weltkrieg zu entfesseln, dann werden die Blutsopfer nicht nur von den in den Krieg gehetzten Völkern gebracht werden, sondern dann wird der Jude in Europa sein Ende gefunden haben. Ich weiß, es wird an vielen Maßnahmen, die jetzt im Reich gegenüber den Juden getroffen werden, Kritik geübt . . . Bewußt wird – das geht aus den Stimmungsberichten hervor – immer wieder versucht, von Grausamkeit, von Härte usw. zu sprechen. Ich möchte Sie bitten: einigen Sie sich mit mir zunächst, bevor ich weiterspreche, auf die Formel: Mitleid wollen wir grundsätzlich nur mit dem deutschen Volke haben, sonst mit niemandem auf der Welt. Die anderen haben auch mit uns kein Mitleid gehabt. Ich muß auch als alter Nationalsozialist sagen: wenn die Judensippschaft in Europa den Krieg überleben würde, wir aber unser bestes Blut für die Erhaltung Europas geopfert hätten, dann würde dieser Krieg doch nur einen Teilerfolg darstellen. Ich werde daher den Juden gegenüber grundsätzlich nur von der Erwartung ausgehen, daß sie verschwinden. Sie müssen weg. Ich habe Verhandlungen zu dem Zwecke angeknüpft, sie nach dem Osten abzuschieben. Im Januar findet über diese Frage eine große Besprechung in Berlin statt, zu der ich Herrn Staatssekretär Dr. Bühler entsenden werde. Diese Besprechung soll im Reichssicherheitshauptamt bei SS-Obergruppenführer Heydrich gehalten werden. Jedenfalls wird eine große jüdische Wanderung einsetzen. Aber was soll mit den Juden geschehen? Glauben Sie, man wird sie im Ostland in Siedlungsdörfern unterbringen? Man hat uns in Berlin gesagt: Weshalb macht man die Scherereien, wir können im Ostland oder im Reichskommissariat auch nichts mit ihnen anfangen, liquidiert sie selber. Meine Herren, ich muß Sie bitten, sich gegen alle Mitleidserwägungen zu wappnen. Wir müssen die Juden vernichten, wo immer wir sie treffen und wo es irgend möglich ist, um das Gesamtgefüge des

Reiches hier aufrechtzuerhalten. Das wird selbstverständlich mit Methoden geschehen, die anders sind als diejenigen, von denen Amtschef Dr. Hummel gesprochen hat. Auch die Richter der Sondergerichte können nicht dafür verantwortlich gemacht werden, denn das liegt eben im Rahmen des Rechtsverfahrens. Man kann bisherige Anschauungen nicht auf solche gigantischen einmaligen Ereignisse übertragen. Jedenfalls müssen wir aber einen Weg finden, der zum Ziele führt, und ich mache mir darüber meine Gedanken. Die Juden sind auch für uns außergewöhnliche schädliche Fresser. Wir haben im Generalgouvernement schätzungsweise 2,5, vielleicht mit den jüdisch versippten und dem, was alles daran hängt, jetzt 3,5 Millionen Juden. Diese 3,5 Millionen Juden können wir nicht erschießen, wir können sie nicht vergiften, werden aber doch Eingriffe vornehmen können, die irgendwie zu einem Vernichtungserfolg führen, und zwar im Zusammenhang mit den vom Reich her zu besprechenden großen Maßnahmen. Das Generalgouvernement muß genau so judenfrei werden, wie es das Reich ist. Wo und wie das geschieht, ist eine Sache der Instanzen, die wir hier einsetzen und schaffen müssen und deren Wirksamkeit ich Ihnen rechtzeitig bekanntgeben werde.

Ein in Leinen gebundener Band mit dem Titel „Tagebuch 1942/I"

Am 13. 3. 1942 in Krakau

S. 162/163. Dr. Frank an den Reichsführer SS Himmler: „. . . auf Grund der Erfahrungen, die Ihre Männer im Lande und die wir in der Regierung und der Verwaltung gemacht haben, nunmehr heute geglückt ist, zu einem endgültigen vollen Übereinkommen über die Zusammenarbeit von Polizei und Verwaltung zu kommen. Ich erinnere mich als Generalgouverneur bei dieser Gelegenheit mit besonders herzlicher Dankbarkeit der hervorragenden Leistungen, die die Männer aus ihrem Geist und auf Grund der von der SS und Polizei gegebenen Richtlinien hier vollbracht haben . . . hingemordet von einem Volkstum, das wir im Interesse der Besiedelung dieses Landes durch das Deutschtum für die Zukunft zurückzudrängen haben."

Arbeitstagung der Distriktstandartenführer der NSDAP am 17. 3. 1942 in Krakau

S. 185/186. Dr. Frank: Wie Sie wissen, bin ich Fanatiker der Einheit der Verwaltung . . . deshalb ist es klar, daß der Höhere SS- und Polizeiführer mir unterstellt, daß die Polizei Bestandteil der Regierung, daß der SS- und Polizeiführer im Distrikt dem Gouverneur unterstellt ist, und der Kreishauptmann auch die Kommandogewalt über die Gendarmerie in seinem Kreise haben muß . . . das hat der Reichsführer SS anerkannt, in dem schriftlichen Übereinkommen sind alle diese Punkte wortwörtlich aufgeführt und unterzeichnet . . . es ist ja auch selbstverständlich, daß wir hier nicht einen abgeschlossenen Laden herstellen können, der nach kleinstaatlich überkommener Weise behandelt werden kann. Es wäre z. B. lächerlich, wenn wir hier eine eigene Sicherheitspolitik gegen unsere Polen im Lande aufbauen wollten, während wir wissen, daß die Polacken in Westpreußen, in Posen, im Wartheland und in Schlesien eine und dieselbe Widerstandsbewegung haben. Der Reichsführer SS und Chef der deutschen Polizei muß also die Möglichkeit haben, die das Reichsinteresse im ganzen angehenden Polizeiangelegenheiten mit seinen Instanzen durchzusetzen. Das geschieht allerdings in der Form, daß ich von den zu ergreifenden Maßnahmen zu verständigen bin und nur dann, wenn ich meine Zustimmung dazu gebe. Im Generalgouvernement ist die Polizei die Wehrmacht. Infolgedessen wird von mir auch der Leiter dieses Polizeiwesens in die Regierung des Generalgouvernements berufen, er untersteht mir bzw. meinem Stellvertreter als Staatssekretär für das Sicherheitswesen.

Am 24. 3. 1942 in Krakau

S. 246. Der Herr Generalgouverneur unterzeichnet eine Anordnung betreffend die neue Stellung des Sonderdienstes, deren wesentlichster Inhalt besagt, daß sich der Herr Generalgouverneur die ausschließliche Führung des Sonderdienstes vorbehält . . .

Am 26. 3. 1942 in Krakau

S. 256. Präsident Dr. Frauendorfer führt aus, daß die Einsatzzahl der Polen im Reich die Höhe von 1,1 Millionen erreicht habe, von denen von der Hauptabteilung Arbeit allein 630000 vermittelt worden seien . . . heute gingen noch 7000–8000 Polen wöchentlich ins Reich.

Am 27. 3. 1942 in Krakau

S. 270. Generaldirektor Budin als Leiter großer Werke im Reich habe vorgeschlagen, aus dem Werk Kamienna einige 1000 Arbeiter für seinen Betrieb herauszunehmen und nach Deutschland zu verschicken. Man sei dann dazu übergegangen, den Arbeitern von Kamienna eine Arbeitsverpflichtung zuzustellen. Aber auch dann hätten sich nur etwa 800 Arbeiter zu ihrer Verschickung nach dem Reich bereitgefunden, die restlichen 1200 Arbeiter sollten nur durch eine polizeiliche Aktion erfaßt werden. Er (Kapitän Gartzke) halte eine solche Aktion aber nur auf legaler Grundlage für möglich.

Am 10. 4. 1942 in Krakau

S. 284. Ministerialrat Dr. Siebert: Es sei ja auch im Punkt 7 des Führererlasses über Einrichtung der Zivilverwaltung in den besetzten polnischen Gebieten bestimmt, daß der Verwaltungschef, also der Generalgouverneur, die dem Reichsführer SS übertragenen Aufgaben führe.

Der Herr Generalgouverneur geht mit diesem Standpunkt völlig einig . . . der SS-Obergruppenführer könne als Staatssekretär für das Sicherheitswesen im Generalgouvernement nur im Auftrag des Generalgouverneurs, nicht in dem des Reichsführers SS handeln.

Pressebesprechung am 14. 4. 1942 in Krakau

S. 307. Dr. Frank: Zur polnischen Pressepolitik sei grundsätzlich gesagt, die Polen müssen den Eindruck haben, daß sie in der Presse nicht wie Schweine behandelt werden, sondern als Europäer und Menschen . . . wir geben uns schon so viel mit den Polen ab, daß man sagen muß: der Pole lebt im Generalgouvernement, trotzdem es ihm hundeschlecht geht, besser als der Italiener oder der Grieche in Griechenland, der Serbe in Serbien usw.

S. 309. Dr. Frank: Und wenn, wie behauptet wird, der Katholizismus tatsächlich eine Schande ist für ein Volk, um so mehr Katholizismus muß ich dem Polentum wünschen . . ., wenn der Katholizismus ein Gift ist, dann kann man dieses Gift nur den Polen wünschen. So geht es mit anderen Dingen auch.

H1494 – 0038

2233-PS (USSR 223)
13

H1494 – 0039

Besprechung mit Obergruppenführer Krüger am 21. 4. 1942 in Krakau

S. 389. Der Herr Generalgouverneur legt dann in großen Zügen seine Einstellung zum SS- und Polizeiproblem dar; er betont insbesondere, daß in jedem Fall die Polizei nur die Exekutive einer Regierung sei und nicht umgekehrt die Regierung sich irgendwie der Polizei neben- oder unterordnen könne. Im übrigen bezieht sich der Herr Generalgouverneur für die künftige Stellung des höheren SS- und Polizeiführers Krüger und der SS und Polizei im Generalgouvernement auf sein Übereinkommen mit Reichsführer SS Himmler. Der Herr Generalgouverneur verfügt, daß dieses Übereinkommen, das folgenden Wortlaut hat, zum Bestandteil des Tagebuches gemacht wird:

S. 390. Zur endgültigen Beruhigung des Problems des Verhältnisses von Staatsverwaltung und Polizei-SS im Generalgouvernement wird folgendes vereinbart:

I.

Der höhere SS- und Polizeiführer im Generalgouvernement tritt als Staatssekretär für das Sicherheitswesen in die Regierung des Generalgouvernements ein. Die Überweisung von Dienstgeschäften erfolgt nach dem besonderen, von beiden Seiten genehmigten Plan.

II.

Der höhere SS- und Polizeiführer (Staatssekretär) für das Sicherheitswesen untersteht unmittelbar und direkt dem Generalgouverneur, im Falle von dessen Behinderung dessen Stellvertreter.

III.

Der Reichsführer kann entsprechend dem kommenden Führererlaß dem Staatssekretär unmittelbar Weisungen erteilen. Der Staatssekretär stellt vor Vollzug das Einverständnis des Generalgouverneurs fest im Sinne des Führererlasses. Umgekehrt wird das Einverständnis des Reichsführers bei Weisungen des Generalgouverneurs festgestellt.

IV.

Der SS- und Polizeiführer im Distrikt ist in entsprechender Weise wie der Staatssekretär für das Sicherheitswesen dem Generalgouverneur, so dem Gouverneur persönlich und unmittelbar unterstellt.

V.

Dem Kreishauptmann untersteht der Kreisgendarmerieführer.

Krakau, den 14. 3. 1942.

gez.: Frank. gez.: Himmler.

Offizielle Sitzung der Internationalen Rechtskammer am 25. 4. 1942 in Berlin

S. 415. Dr. Frank, der Präsident der Internationalen Rechtskammer: „... ein neues Jahrtausend junger Völker bricht an, eine neue Form der Staatsgestaltung ersteht im Sozialismus, der den Millionenmassen dieser heranwachsenden Völker, die blühen und sich entwickeln wollen, das Leben gibt, dann ist es ein kläglicher Abgrund, der sich vor uns auftut, wenn wir ... auf die vermottete, verrottete Welt der Vergangenheit, der Gewalt und des Terrors, der Tränen, des Hungers, der Vergewaltigung und der Ausplünderung blicken, die sich unter dem Namen England, Vereinigte Staaten von Amerika oder dem Namen des bolschewistischen Reiches bergen. Hier gibt es keine Versöhnung mehr. In diesem Ringen wird die Jugend, wird das siegreich strahlende Zeichen des ehrlichen Wollens stärker sein als der Dividenden-, Zinsen- und Gewaltkult derer, die heute im Kriege gegen Adolf Hitler, Japan und Italien Benito Mussolinis stehen.

S. 417. Dieser Krieg ist nicht etwa ein Fehler der Führung, sondern dieser Krieg ist das uns vom Schicksal aufgegebene stolze Tor in die Freiheit. Er ist eine Notwendigkeit.

S. 419. „... was noch die jüngste Geschichte in Gestalt des sogenannten Versailler Vertrages uns an Elend durch das Zusammenwirken der internationalen, liberalen, demokratisch sich nennenden Welt der Juden und der Freimaurer aufgebürdet hat, das freilich soll niemals wiederkehren."

Ein in Leinen gebundener Band mit dem Titel „Tagebuch 1942/II"

S. 473. Ministerialdirektor Lehmann berichtet über den Stand der Militärjustiz und teilt die allgemeinen Grundlinien der Entwicklung der Militärjustiz mit. Der Herr Generalgouverneur wünscht, daß ihm künftig Urteile der Militärgerichte über Polen und Ukrainer im Tenor bekanntgegeben werden. Ministerialdirektor Lehmann sagt dieses zu.

Am 7. 6. 1942

S. 487. Dr. Frank an die Hitlerjugend: ...

S. 489. Dr. Frank: Ihr sollt hier die starken Wurzeln eines neuen deutschen Lebensraumes tragen, der einmal so wird, wie Württemberg oder Baden oder die Mark Brandenburg, wie Bayern oder die Ostmark. Wie Wien oder Hamburg sollen auch Krakau und Warschau, Lemberg, Lublin oder Radom hineinwachsen in die deutsche Gemeinschaft des Lebens und des Heimatempfindens.

Am 7. 6. 1942

S. 493. Dr. Frank an den Reichsjugendführer Axmann: ...

S. 494. ... Dieses Land ist und bleibt für alle Zukunft deutsch.

Ein in Leinen gebundener Band mit dem Titel „Tagebuch 1942/III"

Großkundgebung der NSDAP-Distriktsstandortführung Galizien in Lemberg. Am 1. 8. 1942 in Krakau

S. 795. Dr. Frank: Das ist ja das Schöne an diesem Krieg, daß das, was wir einmal haben, wir nie wieder hergeben.

S. 796. Daher will ich zur Judenfrage nur das eine sagen: Dieses Problem lösen wir. Es wird kein Jude mehr nach Deutschland gehen.

S. 798. Wir müssen uns darüber klar werden, daß dieser ganze Krieg den Sinn hat, den Lebensraum unseres Volkes in natürlicher Weise zu vergrößern.

S. 800. Wir sind heute an der Weichsel und am Dnjestr und vielleicht morgen an der Wolga in derselben Lage,

(USSR 233) 2233-PS
14

wie einmal vor 800 Jahren unsere Vorfahren an der Elbe waren. Damals ragte der slawische Gürtel weit hinein in das heutige Deutsche Reich. Die haben damals auch nicht gezagt und gezittert, sondern haben erklärt, dieses Land wird zuerst vom deutschen Schwert und dann vom deutschen Pflug endgültig deutsch gemacht. Und es ist geglückt.

Sitzung zur Besprechung von Sonderproblemen des Distrikts Lublin am 4. 8. 1942 in Krakau

S. 830. Staatssekretär Krüger fährt dann fort, daß der Reichsführer zunächst als Nahplan bis Abschluß des nächsten Jahres in den beiden Kreisen (Zamosc und Lublin-Land) folgende volksdeutschen Gruppen einsiedeln wolle: 1000 bäuerliche Herdstellen (1 Herdstelle für 1 Familie von ca. 6 Köpfen). für Bosniendeutsche. 1200 sonstige Herdstellen, 1000 Herdstellen für Bessarabiendeutsche, 200 für Serbiendeutsche, 2000 für Leningraddeutsche, 4000 für Baltendeutsche, 500 für Wolhyniendeutsche und 200 Herdstellen für Flamen, Dänen und Hollanddeutsche, insgesamt 10000 Herdstellen für 50000 bis 60000 Köpfe.

S. 832. Der Herr Generalgouverneur ordnet an, daß der Umsiedlungsplan von den zuständigen Stellen in Gemeinschaftsarbeit eingehend besprochen wird und erklärt, seine Bereitwilligkeit, den ausgearbeiteten Plan Ende September nach zufriedenstellender Regelung aller damit zusammenhängenden Fragen, vor allem einer Gewährleistung von Ruhe und Ordnung, zu genehmigen, damit Mitte November, als dem günstigsten Zeitpunkt, mit der Umsiedlung begonnen werden könne.

Arbeitstagung politischer Leiter der NSDAP am 5. 8. 1942 in Krakau

S. 866. Dr. Frank: Die Situation hinsichtlich der Polen ist insofern eigenartig, als wir einerseits das Deutschtum — ich spreche ganz offen — so vorwärtstreiben müssen, daß das Gebiet des Generalgouvernements in irgendwie absehbaren Jahrzehnten rein deutsches Siedlungsland wird — als wir andererseits in den jetzigen Kriegsläuften darauf angewiesen sind, die Fremdvölkischen hier im Raume die Arbeit vollführen zu lassen, die sie im Dienste Großdeutschlands vollführen müssen.

S. 867. Die Ukrainer bilden dabei eine besondere Ausnahme. Ich muß feststellen, daß im Interesse der deutschen Politik ein Spannungsverhältnis zwischen Polen und Ukrainern aufrechterhalten bleibt. Die 4,5 oder 5 Millionen Ukrainer, die wir im Lande haben, sind als Gegenpakt gegen die Polen außerordentlich wichtig. Ich habe daher auch immer versucht, sie in irgendwie gearteter politischer, zufriedener Stimmung zu halten, um ja zu verhüten, daß sie mit den Polen zusammengehen.

S. 868. Über die Juden brauche ich nichts Besonderes weiter zu sagen. Sie haben ihre gesamte Arbeitskraft uns zur Verfügung zu stellen ... vor allem müssen wir uns darüber klar sein, daß hier ein Mitleid fehl am Platz wäre. Sie haben es auch nicht anders verdient, sind sie es doch, die den Krieg begonnen haben ...

S. 892. Es ist schön, wenn ich feststellen kann, daß über 800000 Arbeitskräfte aus dem Generalgouvernement allein in den letzten $1^1/_2$ Jahren der deutschen Landwirtschaft und Wirtschaft zugeführt werden konnten. Das ist die mit Abstand höchste Zahl an fremdvölkischen Arbeitern, die aus einem Lande in Deutschland untergebracht wurden.

S. 896. Was war das doch vor 1939 für ein Drecksvolk von Juden, das sich hier breitmachte. Und wo sind die Juden heute? Man sieht sie kaum mehr. Wenn man sie sieht, dann arbeiten sie.

S. 898/899. Nicht, weil ich Sorge hätte, wie die Auslandspresse schreibt, daß wir uns alle vor den Polen sehr fürchten, oder wie man neulich geschrieben hat, weil ich die SA. eingerichtet hätte aus Sorge, daß uns eines Tages die Polen aus dem Lande hinaushauen würden. Das möchte ich erleben! Ich kann nur sagen: schon der Versuch dazu würde bedeuten, daß Polen auch noch den letzten Rest von Lebenskraft verlieren würde.

Besprechung mit Gauleiter Sauckel am 18. 8. 1942 in Krakau

S. 918. Dr. Frank: Ich freue mich, Ihnen amtlich melden zu können, daß wir bis jetzt über 800000 Arbeitskräfte ins Reich vermittelt haben. ... Sie haben neuerdings das Ersuchen um die Vermittlung von weiteren 140000 Arbeitskräften gestellt. Ich habe die Freude, Ihnen amtlich mitteilen zu können, daß wir entsprechend unserem gestrigen Übereinkommen 60% dieser neuangeforderten Kräfte bis Ende Oktober und die restlichen 40% bis Ende des Jahres ins Reich abgeben werden.

S. 920. Dr. Frank: Über die Zahl der jetzigen 140000 hinaus können Sie aber im nächsten Jahr mit einer weiteren Arbeiterzahl aus dem Generalgouvernement rechnen, denn wir werden zur Erfassung Polizei einsetzen.

S. 921. Ich will Ihnen vertraut sagen, daß wir 600000 Tonnen Getreide an das Deutsche Reich abliefern sollen.

Abschließende Betrachtungen zur Entwicklung des letzten Vierteljahres

S. 968. Dr. Frank: Ich habe seit 1920 der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei stets meinen Dienst geweiht. ... Als Nationalsozialist habe ich die Ereignisse vom November 1923 mitgemacht und dafür den Blutorden bekommen. Nach der Wiedererrichtung der Bewegung im Jahre 1925 begann meine eigentliche größere Wirksamkeit in der Bewegung, die mich zunächst in zunehmendem und später fast ausschließlichem Maße als Rechtsbeistand des Führers und der Reichsleitung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei zum betonten Vertreter der Rechtsinteressen des werdenden Dritten Reiches sowohl in rechtsideologischer wie rechtspraktischer Beziehung werden ließ. ... Die Kulmination dieses Werkes erblicke ich in dem großen Leipziger Reichswehr-Prozeß, in dem es mir gelang, die Zulassung des Führers zu dem berühmten Legalitätseid zu erwirken — ein Umstand, der der Bewegung die Möglichkeit in juristischer Beziehung verschaffte, sich großzügig zu entfalten. Wohl in Anerkennung dieser Leistungen hatte der Führer mich schon 1926 zum Führer des Nationalsozialistischen Juristenbundes, 1929 zum Reichsleiter des Reichsrechtsamtes der Reichsleitung der NSDAP., 1933 zum Bayerischen Justizminister, im gleichen Jahr zum Reichsjustizkommissar, 1934 zum Präsidenten der von mir gegründeten Akademie für deutsches Recht, im Dezember 1934 zum Reichsminister ohne Geschäftsbereich und 1939 endlich zum Generalgouverneur für die besetzten polnischen Gebiete berufen.

So war, bin und werde ich bleiben der ausgeprägte Jurist der Kampfzeit des Nationalsozialismus. ...

S. 983. Ich bekenne mich nach wie vor als Nationalsozialist und als treuer Gefolgsmann des Führers Adolf Hitler, dem ich nun seit 1919 diene ...

Kressendorf, am 28. 8. 1942. gez. Frank.

S. 986. Am 24. 8. 1942 hatte ich dem Führer meinen Rücktritt als Generalgouverneur angeboten. Am 31. 8. 1942 ließ mir der Führer durch Reichsminister Lammers mitteilen, daß er meinen Rücktritt als Generalgouverneur nicht annehme.

H1494 — 0040

2233-PS (USSR 223)
15

H1494 – 0041

Ein in Leinen gebundener Band mit dem Titel „Tagebuch 1942/IV"

Am 26. 10. 1942 in Krakau

S. 1151. Dr. Frank: Wenn man bedenkt, daß 540 Millionen Zloty Noten der Bank Polski, die in den eingegliederten Ostgebieten eingelöst wurden, ohne jede Gegenleistung des Reiches vom Generalgouverneur übernommen wurden, so ist das ein Tribut von über einer halben Milliarde, den das Generalgouvernement, abgesehen von den sonstigen finanziellen Leistungen, an das Reich entrichtet hat.

Gouverneurssitzung am 7. 12. 1942 in Krakau

S. 1277. Maßnahmen zur Erzeugungsschlacht 1942/43. Dr. Fischer: Wenn der neue Ernährungsplan durchgeführt werden soll, so bedeute das allein für die Stadt Warschau und ihre nächste Umgebung, daß 500000 Menschen keine Verpflegung mehr bekämen.

Arbeitstagung der politischen Leiter des Arbeitsbereiches Generalgouvernement der NSDAP am 14. 12. 1942 in Krakau

S. 1329. Dr. Frank: Sie wissen, daß wir über 940000 polnische Arbeiter ans Reich abgegeben haben. Damit steht das Generalgouvernement absolut und relativ an der Spitze aller europäischen Länder. Diese Leistung ist enorm, sie wurde auch von Gauleiter Sauckel als solche anerkannt.

S. 1331. Dr. Frank: Ich werde versuchen, aus dem Reservoir des Gebietes alles herauszuholen, was noch herausgeholt werden kann. Wenn Sie bedenken, daß es mir möglich war, an das Reich 600000 t Brotgetreide zu liefern, daß dazu noch 180000 t für die hier liegende Wehrmacht kommen, weiter eine Fülle von vielen Tausenden Tonnen betragenden anderen Leistungen wie Saatgut, Fett, Gemüse, außerdem die Lieferung von 300 Millionen Stück Eiern an das Reich usw., so können Sie ermessen, welche Bedeutung in diesem Gebiet für das Reich besteht. Um Ihnen die Bedeutung der Ablieferung von 600000 t Brotgetreide aus dem Generalgouvernement klarzumachen, seien Sie darauf hingewiesen, daß das Generalgouvernement mit dieser einen Leistung allein zwei Drittel der Erhöhung der Brotration im Großdeutschen Reich für die laufende Ernährungsperiode deckt. Diese ungeheure Leistung kann von uns mit Fug und Recht festgestellt werden.

S. 1332. Nun hat diese Ablieferung an das Reich die eine große Schattenseite, daß das uns auferlegte Lieferungssoll die wirkliche Ernährungsbedürftigkeit des Gebietes überschreitet und wir deshalb vor folgendem Problem stehen: Können wir schon ab Februar über 2 Millionen der fremdvölkischen Bevölkerung dieses Raumes aus der allgemeinen Ernährungsfürsorge völlig ausschalten oder nicht?

Ein in Leinen gebundener Band mit dem Titel „Arbeitssitzungen 1942"

Arbeitssitzung der Distriktsstandartenführer am 18. 3. 1942 in Krakau

S. 12. Kundt-Radom: . . . ein Sonderdienstmann sei erschossen worden . . . zur Zeit finde von seiten der Polizei eine Vergeltungsaktion in den Dörfern dieser Gegend statt. Eine bestimmte Zahl von verdächtigen Leuten sei verhaftet worden, und 50 von ihnen wurden an die Wand gestellt.

S. 58. Dr. Frank (Reichsleiter): Um die Kirche brauchen wir uns nicht zu kümmern. Ich lasse die Kirchen gar nicht erst zu uns herein, ein Kirchenproblem wird bei uns nicht bestehen. Wenn die Wehrmacht Kirchen im Generalgouvernement hat — zivile deutsche Kirchen wird es im Generalgouvernement nicht geben. Bis jetzt ist auch an mich noch kein Antrag gestellt worden. Wenn ein Deutscher künftig kirchliche Bedürfnisse hat, so soll er sich gefälligst in die Heimat begeben. Wir sind hier sozusagen ein glücklicher Garten, wir haben mit diesem Problem nicht zu rechnen.

S. 63. Im übrigen geht der Kampf um die Durchsetzung unserer Ziele eiskalt weiter. Sie sehen, wie die staatlichen Organe arbeiten, Sie sehen, daß man vor nichts zurückschreckt und ganze Dutzende von Elementen an die Wand stellt. Das ist schon deshalb notwendig, weil hier eine einfache Überlegung sagt, daß es nicht unsere Aufgabe sein kann, in einem Zeitpunkt, in dem das beste deutsche Blut geopfert wird, fremdvölkisches Blut zu schonen. Denn daraus könnte eine der größten Gefahren entstehen. Man hört ja heute schon in Deutschland, daß Kriegsgefangene etwa bei uns in Bayern oder in Thüringen vollkommen selbständig große Güter verwalten, während sämtliche kampffähigen Männer aus einem Dorf an der Front stehen. Wenn sich dieser Prozeß fortsetzen sollte, dann würde allmählich eine Unterwanderung des Deutschtums eintreten. Man soll diese Gefahr nicht gering schätzen. Deshalb muß alles, was sich noch an polnischer Führungskraft zeigt, immer wieder mit rücksichtsloser Energie vernichtet werden. Das braucht man nicht an die große Glocke zu hängen, es geschieht stillschweigend.

S. 64. Und wenn wir uns den Luxus gestatten, eine Art Philharmonie den Polen zu gewähren, die wir den ausländischen Journalisten zeigen, so bedeutet das gar nichts. Die Leute machen Musik in unserem Sinne, und wenn wir sie nicht mehr brauchen können, lösen wir dieses Institut auf . . . Wir unterhalten Landschulen und technische Fachschulen, wir lassen Medizinalpraktikanten ausbilden, die aber keinen akademischen Rang oder Titel erhalten können . . .

Polizeisitzung am 18. 6. 1942 in Krakau

S. 27. Der Herr Generalgouverneur bezeichnet Warschau als das Hauptzentrum aller Fälscherkünste. Man müßte zur Erfassung aller arbeitsunlustigen Menschen eine große blitzartige Gemeinschaftsaktion vorbereiten, jeden erfassen und sofort im Waggon zum Transport ins Reich verladen.

S. 27. Amtschef Dr. Hummel (Warschau) weist darauf hin, daß der Distrikt Warschau bisher 45000 Arbeitskräfte für das Reich gestellt habe. Eine Änderung der Werbemethoden sei zweckmäßig; bisher arbeite man ziemlich ungeschickt, da man gleich brutal vorgehe. Auch der Herr Generalgouverneur ist der Meinung, daß die Arbeitskräfte, die sich freiwillig zur Arbeit im Reich gemeldet hätten, bereits abgeschöpft seien. Nunmehr könne man mit dem System der freiwilligen Meldung nichts mehr erreichen.

S. 32. Auf die Frage von Staatssekretär Dr. Bühler, ob eine Aussicht auf eine schnellere Verminderung der Ghettobevölkerung bestehe, erwidert Staatssekretär Krü-

(USSR 223) 2233-PS 16

ger, daß man darüber wohl im Laufe des August einen Überblick haben werde. Das Problem der Judenaussiedelung dränge zu einer Entscheidung. Für die Durchführung einer solchen Aktion sei die Gestellung von ausreichenden Transportzügen notwendig. Trotzdem für die nächsten 14 Tage eine restlose Zugsperre verordnet sei, habe er in Verhandlungen mit Präsident Gerteis erreicht, daß für den Abtransport von Juden ab und zu Züge bereitgestellt würden. Nach Ablauf der Sperrfrist müsse die Judenaktion verstärkt durchgeführt werden.

Ein in Leinen gebundener Band mit dem Titel „Regierungshauptabteilungs-Sitzungen 1942"

Regierungssitzung am 24. 8. 1942. Neuer Erfassungs- und Ernährungsplan des Generalgouvernements

S. 15. Dr. Frank: Bei allen Schwierigkeiten, die Sie hier irgendwo in Gestalt von Krankheiten Ihrer Arbeiter, beim Zusammenbrechen Ihrer Genossenschaften usw. feststellen, müssen Sie immer daran denken, daß es noch viel besser ist, wenn ein Pole zusammenbricht, als daß der Deutsche unterliegt. Daß wir 1,2 Millionen Juden zum Hungertod verurteilen, sei nur am Rande festgestellt. Es ist selbstverständlich, daß ein Nichtverhungern der Juden hoffentlich eine Beschleunigung der antijüdischen Maßnahmen zur Folge haben wird.

Ein in Leinen gebundener Band mit dem Titel „Arbeitssitzungen 1943"

Polizeisitzung am 25. 1. 1943 in Warschau. Geheime Reichssache

S. 5. Staatssekretär Krüger: Wir wissen genau, daß die Arbeitsleistung der Fremdvölkischen von Tag zu Tag zurückgeht. Es ist nicht damit getan, daß sie lohn- oder tarifmäßig von uns etwas besser gestellt werden. Letzten Endes geht ja die Arbeitskraft durch den Magen; sie können nur arbeiten, wenn man ihnen etwas zu essen gibt. Wir leben ja im Generalgouvernement nicht unter normalen Verhältnissen im Hinblick auf unsere Währung. Für die 33 Zloty, die heute vielleicht ein Fremdvölkischer im Generalgouvernement verdient, kann er sich praktisch nichts mehr kaufen. Das Geld geht ja zum größten Teil für Miete, Licht, Kohle, Gas usw., also für das Wesentlichste, was der Mensch für sich und seine Familie braucht, drauf.

S. 13. Die nächste grundsätzliche Frage, die auch zur Sicherheitslage gehört, ist die Aufgabe des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums . . . Ich als Vertreter des Reichskommissars habe mich oft gefragt: ist es richtig, daß diese Umsiedlungen jetzt vorgenommen werden, oder ist es auf Grund der politischen Zusammenhänge zweckmäßiger, diese Frage zurückzustellen. Daß der Raum des Generalgouvernements deutsch besiedelt werden muß und wird, darüber besteht wohl kein Zweifel. Grundsätzlich können ja überhaupt Deutschland und auch Europa nur aus dem Osten heraus leben.

S. 15. Es handelt sich vor allem um die Distrikte Lublin und Galizien. Dort sagt man, es sei zur Zeit nicht angebracht, daß man eine Ansiedlung vornehme.

S. 16/17. Als wir jetzt kurzerhand noch vor Weihnachten die ersten etwa 4000 im Kreis Zamosc angesiedelt haben, hatte ich Gelegenheit, mit diesen Menschen zu sprechen. Daß wir uns mit der Besiedlung dieses Raumes nicht zu Freunden der Polen machen, ist selbstverständlich. Mit der Ansiedelung der Volksdeutschen in diesem Gebiet sind wir gezwungen, den Polen zu verjagen... Wir werden diejenigen wegnehmen, die in diesem neuen Siedlungsgebiet eine Belastung darstellen . . . Sie werden abgeschoben, zunächst in Konzentrationslager gebracht und dann weiter für die Arbeit im Reich vermittelt. So hat sich diese erste ganze Aktion, polnisch-propagandistisch gesprochen, auch wieder ungünstig ausgewirkt. Denn der Pole hat gesagt: Nachdem der Jude vernichtet worden ist, versucht man mit den gleichen Methoden, den Polen aus diesem Raum herauszubringen und ihn ebenso zu liquidieren wie den Juden.

S. 16. Dr. Frank: Ich werde in der zweiten Hälfte des Monats Februar, wenn es mir irgend möglich ist, diese Siedlung im Distrikt Lublin besuchen.

S. 19. Dr. Krüger: Durch diese Aussiedelung ist also, wie ich sagte, eine große Unruhe im polnischen Raum entstanden. Dr. Frank: Wir werden uns über jeden einzelnen Fall der Umsiedelung fürderhin genau so unterhalten, wie im Falle Zamosc, so daß also Sie, Herr Staatssekretär, bei mir erscheinen und mir Bericht erstatten.

S. 31. Gouverneur Dr. Fischer: Zweifellos sei die Ermordung deutscher Soldaten auf die Aktion vom 10./18. Januar zurückzuführen. Eine unmittelbare Folge dieser Aktion seien auch die Überfälle auf die deutschen Kinos und auf den Hauptbahnhof. Er sei mit der Wehrmacht und mit seinen Mitarbeitern der festen Überzeugung, daß angesichts der Art und der Durchführung der Aktion in Warschau die Sicherheitslage zweifellos verschärft worden sei. Bei dieser Aktion seien überhaupt nicht asoziale Elemente verhaftet worden, sondern man habe die Leute von der Straße, aus den Kinos, aus Kirchen und Häusern herausgeholt, dabei seien dann auch in verschiedenen Fällen von deutschen Dienststellen ausgestellte Ausweise zerrissen worden . . .

Eine sehr starke Beunruhigung sei durch die Umsiedlung im Kreise Zamosc eingetreten. In diesem Zusammenhang habe auch eine Verschickung von Kindern nach Warschau eine Rolle gespielt. Diese Verschickung, die zunächst nur geringen Umfanges gewesen sei, habe zu einer großen Unruhe geführt. Zahlreiche Polen hätten sich über diesen Fall auf den Straßen unterhalten und darüber Bemerkungen gemacht. Ein im Rundfunk gegebenes Dementi habe wenigstens für die Stadt Warschau sehr gut gewirkt. Einige Tage später seien aber wieder Kinder aus Zamosc in Warschau angekommen, die ein volksdeutscher Bürgermeister in seinem Dorf nicht habe unterbringen können. 45 Kinder seien dann in ein Lazarett gelegt worden. Aus Berichten von Kreishauptmännern sei zu entnehmen, daß infolge dieser Umsiedlung die Haltung der Bauern sehr labil sei; wenn nicht bald eine Beruhigung einträte, dann könnte es möglich sein, daß der Bauer seine bisher gezeigte Willfährigkeit zur Mitarbeit aufgäbe.

S. 35/36. Gouverneur Zörner: Die Sicherheitslage im Distrikt Lublin habe infolge der Aktion, die in Cholm durchgeführt worden sei, eine wesentliche Besserung erfahren. Man habe verschiedene Banden gefaßt und auch in ihrer Bekämpfung Erfahrungen sammeln können. Leider sei es bei der Aktion auch vorgekommen, daß polnische oder ukrainische Wald- und Holzarbeiter als Banditen angesehen worden seien. Die Judenevakuierung sei bei den meisten Deutschen als eine notwendige Maßnahme hingenommen worden. Leider hätten zum Schluß überstürzte Maßnahmen dazu geführt, daß zahlreiche Juden in die Wälder gegangen seien und sich den Ban-

H1494 – 0042

2233-PS
17
(USSR 223)

H1494 – 0043

diten angeschlossen hätten. So habe man z. B. in Pulawy festgestellt, daß eine Bande aus 3 Russen und 24 Juden bestanden habe . . . Bei der Polizeiaktion seien leider im Kreise Pulawy 18 polnische Heger mit ihren Familien beseitigt worden. Auch sei es zu Beginn der Aktion sehr oft vorgekommen, daß Bauern, die auf den Bahnhöfen ihr Kontingent abliefern wollten, als Geiseln festgenommen worden und am nächsten Tage erschossen worden seien.

S. 38. Im Kreise Zamosc blieben nach der Umsiedlung noch 50 % Polen zurück. . . . Während die Volksdeutschen eigentlich früher nicht belästigt worden seien, sei es nach der Neusiedlung verschiedentlich zu Überfällen auf Ansiedler und zu Brandstiftungen gekommen. Angesichts der Umsiedlung im Kreise Zamosc werde auch ein großer Teil der dem Distrikt zur Verfügung stehenden Ordnungspolizei und Gendarmerie der Bandenbekämpfung entzogen. Ferner sei die Auswirkung auf die Nachbarkreise sehr schlecht, und hinsichtlich der Frühjahrsbestellung müsse man die größten Bedenken hegen.

S. 39. Staatssekretär Krüger: Der Befehl für die Umsiedlung sei vom Reichskommissar gegeben worden, und über die Frage habe seinerzeit unter Vorsitz des Generalgouverneurs eine grundsätzliche Besprechung auf der Burg (Krakau) stattgefunden.

S. 46. Gouverneur Kundt: Man habe für gewisse Verfehlungen der Baudienstpflichtigen die Todesstrafe eingeführt. So notwendig diese Strafe im gegebenen Fall auch sein möge, so sei er doch mit dem zuständigen Staatsanwalt und den Baudienstführern übereingekommen, von dieser Todesstrafe nur in bestimmten Fällen Gebrauch zu machen, damit nicht Baudienstpflichtige, die zum Tode verurteilt worden seien und sich geflüchtet hätten, frei herumliefen oder sich einer Bande anschlössen.

S. 51. Dr. Krüger: Bezeichnet als wünschenswert, daß endlich hinsichtlich der zu erfassenden polnischen Arbeitskräfte eine endgültige Zahl gegeben werde. Wie notwendig das sei, zeige z. B. die Tatsache, daß die Menschen auf dem Lande schon fortliefen, wenn ein Polizeibeamter erscheine. Das habe ihm auch der Bevollmächtigte Pehle bestätigt; als er in einem Dorf erschienen sei, hätten die Bauern ihre Fahrzeuge stehen lassen und seien mit Frau und Kind geflüchtet. Auf seine Frage sei ihm geantwortet worden, daß er als derjenige angesehen werde, der die Arbeitererfassung durchzuführen habe.

S. 53. Dr. Frank: „. . . möchte ich eines betonen: zimperlich dürfen wir nicht sein, wenn wir die Zahl von 17000 Erschossenen hören. Diese Erschossenen sind eben auch Kriegsopfer . . . Wir wollen uns daran erinnern, daß wir alle miteinander, die wir hier versammelt sind, in der Kriegsverbrecherliste des Herrn Roosevelt figurieren. Ich habe die Ehre Nummer 1 zu sein. Wir sind also sozusagen Komplicen im welthistorischen Sinne geworden. Gerade deshalb müssen wir uns zusammenfinden, wir müssen zusammen fühlen und es wäre lächerlich, wenn wir irgendwelche Streitigkeiten über Methoden austragen wollten.

Arbeitssitzung am 14. 4. 1943 in Krakau

Anwesend: Dr. Frank und andere.

S. 3. Dr. Bühler: Ich kann schon heute sagen, daß der polnische Arbeiter im Generalgouvernement schlechter versorgt ist, als der ausländische Arbeiter im Reich, als der Ostarbeiter in den Reichsländern, als der polnische und auch der sowjetische Kriegsgefangene, ganz zu schweigen von den Verbrauchersätzen, welche der tschechischen Bevölkerung im Protektorat und der polnischen Bevölkerung in den angegliederten Ostgebieten zugestanden werden. Trotzdem wird von der polnischen Bevölkerung der gleiche Arbeitserfolg verlangt wie in diesen Gebieten.

S. 20. Präsident Naumann: Für das Wirtschaftsjahr 1943/44 führt folgende Summen aus:

. . . .

1500 t Süßwaren für die Deutschen

. . . .

36000000 Liter entrahmter Frischmilch

15100000 Liter Vollmilch für die Deutschen

S. 24. Man habe im vergangenen Jahr einen echten Eingriff in die Viehbestände des Generalgouvernements von über 20% gemacht. Rinder, die eigentlich für die Produktion von Milch und Butter notwendig seien, habe man im vergangenen Jahre abgeschlachtet, um die Lieferungen an Reich und Wehrmacht und die Fleischversorgung einigermaßen aufrechterhalten zu können. Wenn man 120000 t Fleisch erfassen wolle, dann müsse man in die verbleibende Menge von Vieh einen echten Eingriff von 40% vornehmen. Das würde bedeuten, daß am Ende des Wirtschaftsjahres 1944 nur noch 600000 Rinder im Generalgouvernement vorhanden wären.

S. 31. Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Präsident Naumann, daß bei Getreide im Jahre 1940 383000 t, im Jahre 1941 685000 t und im Jahre 1942 1,2 Millionen t erfaßt worden seien, daraus sei schon zu erkennen, daß man von Jahr zu Jahr die Erfassung verschärft habe und immer mehr an die Grenze des Möglichen herankomme. Man wolle jetzt wieder 200000 t mehr erfassen und werde damit an der äußersten Grenze angelangt sein. Man könne den Hunger des polnischen Bauern nur noch so weit verschärfen, daß er kräftig genug bleibe, um sein Feld zu bestellen und die daneben noch von ihm verlangten Arbeiten, wie z. B. die Holzabfuhr für die Forstverwaltung, durchzuführen.

Arbeitssitzung am 15. 4. 1943 in Krakau. Sicherheitslage des Generalgouvernements

S. 3. Dr. Krüger: Von größter Wichtigkeit sei weiter die wesentliche Verschlechterung der Ernährungslage der Fremdvölkischen.

S. 8. Staatssekretär Dr. Bühler: Die übrigen Mittel der Bekämpfung seien wohl nicht von Dauererfolg begleitet. Die Durchkämmaktionen schufen wohl für einige Tage Ruhe, nach kurzer Zeit aber baue sich die Widerstandsbewegung neu auf. Das System der Geiselfestnahme und Erschießungen, das immer noch geübt wird, könne keine grundsätzliche Beruhigung bringen.

S. 9. Auf den Einwand des SS-Brigadeführers Dr. Schöngarth, daß er keine Geiselerschießungen angeordnet habe, erwidert Staatssekretär Dr. Bühler, daß nach ihm gewordenen Berichten sowohl im Falle der Tötung eines Landkommissars wie eines Kreishauptmanns 30 Geiseln erschossen worden seien.

S. 10. Staatssekretär Krüger: Eine politische Beruhigung der Bevölkerung liege durchaus im Rahmen des Möglichen, wenn vor allem demjenigen Teil der Bevölkerung, der in deutschen Diensten stehe, die Ernährung ihrer Familien sichergestellt werde. Heute werde der polnische Arbeiter von den ihm zugeteilten Nahrungsmitteln nicht satt, seine Arbeitsleistung lasse immer mehr nach, und er sei gezwungen, zwei oder drei Tage in der Woche in seiner Arbeit auszusetzen, um sich Nahrungsmittel auf illegalem Wege zu beschaffen.

S. 12. Präsident Dr. Struve: Im übrigen sei die Tatsache festzustellen, daß eine Reihe von Polizeimaßnahmen den Arbeitsämtern zur Last gelegt werde, für die diese keine Verantwortung trügen.

(USSR 223) 2233-PS

Arbeitssitzung am 31. 5. 1943 in Krakau
Polizei- und Sicherheitslage. Geheim

Anwesend: Dr. Frank und andere.

S. 5. Staatssekretär Dr. Bühler: . . .

S. 10. . . . Die Regierung des Generalgouvernements sei sich bereits seit längerer Zeit darüber im klaren, daß die Sätze der Ernährungsrationen, die den Fremdvölkischen gegeben würden, unter keinen Umständen länger beibehalten werden können, ohne daß man die Bevölkerung zur Selbsthilfe greifen lasse oder in den Aufstand treibe. . . . Die Schwierigkeiten der Ernährungslage, die sich naturgemäß schlecht auf die Stimmung der Bevölkerung auswirken, die enorme Preissteigerung, die zum Teil übertriebene und engherzige Gehalts- und Lohnpolitik hätten dazu geführt, daß Teile der polnischen Bevölkerung zur Verzweiflung getrieben worden seien. Daß auch die Umsiedlung im Distrikt Lublin besonders unglückliche Folgen gehabt habe, sei erwiesen . . . Dazu seien einige Aktionen im Generalgouvernement gekommen, die sich überaus ungünstig für die Stimmung der Bevölkerung ausgewirkt hätten, so besonders im Januar 1943 die große Arbeitererfassungsaktion, bei der planlos Leute von den Straßen, aus den Kirchen und Wohnungen weggeholt worden seien.

S. 13. Staatssekretär Krüger: . . .

S. 15. Die Entjudung . . . sei für die Polizei eine der schwierigsten und unangenehmsten Aufgaben gewesen, habe aber auf Befehl des Führers durchgeführt werden müssen, weil es im europäischen Interesse notwendig sei.

S. 16. Ein weiterer Unsicherheitsfaktor sei die Umsiedlung. Die erste Ansiedlung sei im Kreise Zamosc des Distriktes Lublin durchgeführt worden. Der Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums habe diesen Kreis zum deutschen Siedlungsgebiet erklärt. Schätzungsweise seien 8000–12000 Menschen dort angesiedelt worden.

S. 23. General Hänicke: Es werde davon gesprochen, man müsse über die betroffenen Gebiete den Ausnahmezustand verhängen. Es handelt sich hier um eine politische Angelegenheit, und er warne davor, diesen Ausdruck auch nur zu gebrauchen, denn die englischen Zeitungen würden sofort darauf hinweisen, daß man gezwungen sei, im Generalgouvernement den Ausnahmezustand zu verhängen. . . . Der Ausdruck „Ausnahmezustand" dürfe also nie fallen. Wenn er praktisch durchgeführt werde, so beruhe das auf einer Abmachung zwischen den beteiligten Stellen.

Ein in Leinen gebundener Band mit dem Titel „Regierungssitzungen 1943"

Regierungssitzung am 20. 4. 1943 in Krakau

Anwesend: Dr. Frank und andere.

S. 7. Staatssekretär Dr. Bühler: Der Herr Generalgouverneur hat vor wenigen Wochen den einmillionsten Arbeiter für das Reich verabschiedet. Zur Zeit sind wieder bereits 110000 für das Reich gewonnen.

S. 33. SS-Brigadeführer Dr. Schöngarth: Einen solchen Druck, wie ihn das polnische Volk erleidet, habe noch nie ein Volk erleiden müssen.

Regierungssitzung am 22. 7. 1943 in Krakau

Anwesend: Dr. Frank und andere.

S. 47. Dr. Frank: Wenn im Zusammenhang mit der Befriedungsaktion im Distrikt Lublin in größerem Umfange wiederum Evakuierungen vorgenommen werden müßten, so möchte ich dabei betonen, daß alle diese Maßnahmen gemessen an dem, was nur ein einziger massierter Bombenangriff auf eine deutsche Großstadt des Rheinlandes an Elend und Evakuierungsmaßnahmen herabprasseln läßt, gar nichts bedeutet.

Arbeitssitzung am 22. 9. 1943 in Krakau. Tagung des Kriegswirtschaftsstabes und Verteidigungsausschusses

Anwesend: Dr. Frank und andere.

S. 41. General der Polizei, SS-Obergruppenführer von dem Bach-Zelewski: . . .

S. 46. . . . Ich bin der Überzeugung, daß man im Grund genommen keinen Raum nur mit Polizei und Wehrmacht schützen kann. Das gibt es auf der ganzen Welt nicht, weder in Kroatien noch in Serbien, noch in Frankreich. In erster Linie wird ein Raum durch politische Maßnahmen befriedet, wie Wehrmacht und Polizei können diese Maßnahmen nur unterstützen.

S. 49. Sie kennen seit Jahren den von mir immer wieder mit Leidenschaft und Nachdruck vertretenen Grundsatz der Einheit der Verwaltung . . . daß es geglückt ist, gerade im Zusammenhang mit meiner grundsätzlichen Aussprache mit dem Führer vom 9. Mai dieses Jahres, die über zwei Stunden dauerte und unter vier Augen stattfand, wiederum das vollste Einvernehmen des Führers mit meinen Anschauungen herbeizuführen, hat mir beim Führer den Ehrentitel des großen Realpolitikers des Ostens eingetragen. Insbesondere war meine Besprechung vom 23. Juni mit dem Reichsführer SS und Chef der deutschen Polizei Himmler in diesem Zusammenhang von größter Bedeutung . . . und ihren Niederschlag in dem Übereinkommen zwischen dem Staatssekretär der Regierung und dem Staatssekretär für das Sicherheitswesen, das Sie im Verordnungsblatt des Generalgouvernements vom 15. 7. gelesen haben, gefunden hat.

S. 52. Eine Ernteablieferung von 730000 Tonnen Getreide allein aus dem Generalgouvernement, wie sie im Jahre 1942 erfolgte, ist fürwahr eine Wundertat, die uns noch von niemandem nachgemacht wurde.

S. 52. . . . ins Reich wurden aus unserem Gebiet über 1,3 Millionen Arbeiter verschickt – ein Ergebnis, das ebenfalls einzigartig dasteht.

S. 54. Ich glaube, daß wir im wesentlichen, wenn auch nicht wieder auf die Hungerexportzahl 730000 Tonnen, so doch auf 500000 Tonnen kommen werden, die wir dem Reich zur Verfügung zu stellen gedenken.

S. 74. Generalleutnant Becker: In den Gebieten, die man als Heimat der Banden erkannt habe, also im Bilgorajer Wald, hart nördlich und südlich davon, hätten Evakuierungen stattfinden müssen. Damit sei seiner Ansicht nach der Boden für einen vollen Erfolg geschaffen worden.

S. 74. In diesem Zusammenhang stellt der Herr Generalgouverneur fest, daß die Evakuierungsmaßnahmen im vollen Einvernehmen zwischen Reichsführer SS Himmler und ihm erfolgt seien.

H1494 – 0044

2233-PS (USSR 223)
19

H1494 – 0045

Regierungssitzung am 26. 10. 1943

Anwesend: Dr. Frank und andere.

S. 87. Dr. Frank: Irgendwie eine Wiederaufrichtung des polnischen Staates auch nur in Erwägung zu ziehen, ist für die Polen Wahnsinn. Von dieser historischen Stätte aus möchte ich erklären, daß für den Führer und das deutsche Volk sämtliche historischen Probleme, die mit dem Polentum zusammenhängen, gelöst sind, und daß es uns gar nicht interessiert, wenn irgendwo in der weiten Welt über vergangene Dinge phantasievoll debattiert wird.

S. 81. Der Chef der Regierung des Generalgouvernements, Staatssekretär Dr. Bühler, verliest einen großen Rechenschaftsbericht über die Arbeit und die Leistungen des Generalgouvernements im Dienste des Krieges und des Reiches.

S. 120. Trotz dieses ständig wachsenden eigenen Wirtschaftsvolumens hat das Generalgouvernement noch gewaltige Mengen von Arbeitskräften in das Reich abgestellt.

Im Jahre 1939 wurden 40000, im Jahre 1940 302000, im Jahre 1942 390000 Arbeitskräfte nach Deutschland abgegeben. Insgesamt wurden vom September 1939 bis Ende August 1943 1124000 Arbeitskräfte nach dem Reich vermittelt. Das sind Zahlen, die für sich sprechen.

Regierungssitzung am 16. 12. 1943 in Krakau

Anwesend: Dr. Frank und andere.

ohlenbusch!

S. 175. Die Maßnahmen der Polizei auf dem Gebiete des Standrechts und der Exekution hätten sich vorteilhaft ausgewirkt; der deutschen Herrschaft bleibe vorerst auch kein anderer Weg übrig als diese harten Maßnahmen.

S. 176. Zu überlegen wäre, ob man nicht aus Zweckmäßigkeitsgründen die Exekutionen möglichst dort vornehmen lasse, wo das Attentat auf einen Deutschen erfolgt sei. Vielleicht müsse man auch überlegen, ob man nicht dafür besondere Exekutionsstätten schaffen wolle, denn es sei festgestellt worden, daß die polnische Bevölkerung zu den jedermann zugänglichen Exekutionsorten ströme, um die blutgetränkte Erde in Gefäße zu füllen und diese in die Kirche zu bringen.

S. 179. SS-Obergruppenführer Koppe: . . .

S. 180. . . . Für das Eisenbahnattentat habe man 150 und für die beiden deutschen Beamten 50 polnische Terroristen entweder am Tatort oder in allernächster Nähe hingerichtet. Man müsse bedenken, daß bei einer Erschießung von 200 Menschen mindestens 3000 Personen (engste Angehörige) betroffen würden . . .

S. 182. Die Widerstandsorganisationen und die Banden zielten darauf ab, das frühere Polen wieder zu errichten.

S. 184. Der Schwerpunkt liege beim Angriff; in Zukunft würden Straßenkontrollen, Zugkontrollen, Hausdurchsuchungen, Razzien in Wohnungen und Gasthäusern durchgeführt werden. Man müsse auch dazu kommen, eine Stadt wie Warschau im Bedarfsfalle vollkommen abriegeln zu können.

Seinen Männern habe er die Aufgabe erteilt, vorbereitende Angriffs- und Einsatzpläne für jede Stadt und auch für das flache Land auszuarbeiten. Bei Luftangriffen werde der größte Teil der Polizei und der Feuerlöschpolizei aus der Stadt herausgebracht, um dann nach dem Angriff mit voller Einsatzstärke eingreifen zu können. Er habe auch angeordnet, daß seine Führer und Unterführer im Sprengdienst ausgebildet werden. Einige hundert Kilo Sprengstoff seien bereits zu geballten Ladungen verarbeitet.

S. 185. Der Herr Generalgouverneur spricht SS-Oberführer Koppe Dank und Anerkennung für seine tatkräftige Arbeit aus und gibt seiner Befriedigung Ausdruck, daß an der Spitze des Polizeiwesens im Generalgouvernement ein Fachmann von großer Qualität stehe. Er verspricht SS-Obergruppenführer Koppe die tatkräftige Mitarbeit aller Dienststellen des Generalgouvernements und gibt ihm die besten Wünsche für ein gutes Gelingen seiner Arbeit mit auf den Weg.

Ein in Leinen gebundener Band mit dem Titel „Tagebuch 1943/I"

Arbeitssitzung am 2. 2. 1943

Zur Beratung steht der Entwurf einer Verordnung über die Arbeitsmeldepflicht.

S. 78/80. Der Herr Generalgouverneur ist willens, gegebenenfalls bei der Wehrmacht für die Durchführung dieser Maßnahmen einige Kompanien zu erbitten, die dann die nichtarbeitswilligen Teile der Bevölkerung erfassen könnte.

Polizei und Sonderdienst seien leider für die Erfüllung einer solchen Aufgabe zu schwach. Er beauftrage deshalb Staatssekretär Dr. Bühler, einen entsprechenden Vorschlag auszuarbeiten.

Besprechung bei Dr. Frank am 3. 2. 1943

S. 98. Weiter nimmt Staatssekretär Krüger zur Frage der Umsiedlung Stellung. Er gibt zu, daß man angesichts der Vorkommnisse im Kreise Zamosc weitere Umsiedlungen kaum vor[illegible]en könne.

Gouverneurbesprechung mit Dr. Frank am 22. 2. 1943

S. 116/117. Staatssekretär Bühler berichtet: Er habe dabei insbesondere auf die Umsiedlungsaktion im Distrikt Lublin bzw. im Kreise Zamosc hingewiesen, die offenbar immer noch nicht beendet sei. Diese Aktion habe im gesamten Gebiet zu einer Unruhe geführt, die noch im Wachsen sei. Es zeigt sich, daß diese Maßnahme große wirtschaftliche, vor allem ernährungswirtschaftliche Schäden im Gefolge habe. Der Herr Generalgouverneur: Im übrigen sei es aber der Wunsch des Führers, daß allmählich im Generalgouvernement die deutsche Besiedlung ihren Anfang nehmen solle. Daher dürfe man dieses Problem nicht allein von dem Gesichtspunkt des Nutzens und Schadens, sondern müsse es nur von dem Gesichtspunkt der Vordringlichkeit aus betrachten . . . Gegenüber dem Hinweis des Amtschefs Engler darauf, daß man im Gefolge der Umsiedlung mit einem Ausfall landwirtschaftlicher Produktion in einer Menge von etwa 100000 t rechne, gibt der Herr Generalgouverneur zu bedenken, daß ja die Deutschen, wenn sie dort richtig wirtschaften könnten, auch vielleicht noch höhere Ergebnisse erzielen würden.

(USSR 223) 2233-PS
20

Ein in Leinen gebundener Band mit dem Titel „Tagebuch 1943/III"

Großkundgebung der NSDAP am 19. 6. 1943 in Warschau

S. 565. Dr. Frank: Die polnische Republik oder ein irgendwie gearteter eigener polnischer Staat wird niemals wieder erstehen.

Ein in Leinen gebundener Band mit dem Titel „Tagebuch 1943/IV"

Empfang von 30 Reichsrednern im Königssaal zu Krakau am 2. 8. 1943

S. 781/789. Dr. Frank (Ansprache): Bei uns stehen die Dinge ganz klar. Einem, der sagt, was mag mit der NSDAP werden, können wir erwidern: Die NSDAP wird den Juden bestimmt überleben. Hier haben wir mit $3^1/_2$ Millionen Juden begonnen, von ihnen sind nur noch wenige Arbeitskompanien vorhanden, alles andere ist — sagen wir einmal — ausgewandert.

Ein in Leinen gebundener Band mit dem Titel „Tagebuch 1943/V"

Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler und Ministerialrat Dr. Weh am 2. 10. 1943 in Krakau

S. 1012. Gegenstand der Besprechung ist der von Dr. Weh dem Generalgouverneur vorgelegte Entwurf einer Verordnung über die Bekämpfung von Angriffen gegen das deutsche Aufbauwerk im Generalgouvernement.

Nach kurzer Erläuterung durch Staatssekretär Dr. Bühler und Dr. Weh stellt der Herr Generalgouverneur seine Bedenken zurück und unterzeichnet den Verordnungsentwurf.

S. 1035. Dr. Frank: Mit einer am 10. Oktober in Kraft getretenen Verordnung habe er unter Zurückstellung aller hemmenden formalen Bedenken der Sicherheitspolizei außerordentliche Vollmachten an die Hand gegeben.

S. 1036/1038. SS-Oberführer Bierkamp: Auf der anderen Seite habe nun die Widerstandsbewegung ihre Verbände nach Warschau hineinverlegt und wolle nun Terror mit Gegenterror beantworten. Gewagt haben sie es aber bisher noch nicht, jedoch habe man Handzettel des Inhalts: „Wir setzen Terror gegen Terror, die deutschen Unterdrücker werden weichen müssen" bereits gefunden.

Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler, Präsident Ohlenbusch, Pressechef Gassner und Oberlandesverwaltungsrat Weirauch am 23. 10. 1943 in Krakau

S. 1093. Gegenstand der Besprechung ist ein an den Herrn Generalgouverneur gerichtetes Schreiben des Vorsitzenden des Polnischen Hauptausschusses Grafen Ronikier, in dem dieser seinem Bedauern über die neuerdings erfolgten Erschießungen von polnischen Volkszugehörigen Ausdruck gibt und angesichts der schmerzlichen Erregung in der polnischen Bevölkerung eine Teilnahme an dem Erntedankfest davon abhängig macht, daß für die Zukunft gewisse Garantien gegen solche polizeilichen Maßnahmen gegeben würden.

Der Herr Generalgouverneur weist Oberlandesverwaltungsrat Weirauch an, dem Grafen Ronikier zu eröffnen, daß er sich am gleichen Tage bis 18 Uhr zu entscheiden habe, ob er an dem morgigen Erntedankfest mit den Mitgliedern des Polnischen Hauptausschusses teilnehmen wolle. Werde diese Erklärung innerhalb der gesetzten Frist nicht abgegeben, so werde er die ihm geeignet erscheinenden Schritte ergreifen und sich auch nicht scheuen, den Polnischen Hauptausschuß aufzulösen.

S. 1094. Anschließend findet eine kurze Besprechung der von SS-Oberführer Bierkamp neuerdings ergriffenen Maßnahmen statt.

Staatssekretär Dr. Bühler hält es für geboten, diejenigen Polen, die erschossen werden sollen, vorher in einem geordneten Standgerichtsverfahren abzuurteilen. Auch müsse es fürderhin vermieden werden, diese Polen als Geiseln zu bezeichnen; denn die Erschießung von Geiseln sei immer ein beklagenswerter Vorgang und gebe dem Ausland nur Argumente gegen die deutsche Führung im Generalgouvernement.

Gouverneurssitzung am 27. 10. 1943 in Krakau

S. 1165. Die Sicherheitspolizei habe viele Leute, die seit dem 10. Oktober auf Grund der Verordnung vom gleichen Tage strafbare Handlungen begangen haben, in Händen. Diese seien zum Tode verurteilt und würden als Sühne für Verbrechen erschossen. Ihre Namen würden der Bevölkerung durch Plakate bekanntgegeben und ihr mitgeteilt, daß die und die Leute Begnadigung zu erwarten hätten, wenn nicht andere weitere Morde an Deutschen vorkämen. Für einen ermordeten Deutschen würden 10 dieser Polen hingerichtet und analog sei es bei den Ukrainern.

Leitz-Ordner-Band vom 1. Januar bis 28. Februar 1944

Deutsche Landwirtschaftliche Führertagung am 12. 1. 1944 in Zakopane

S. 13. Dr. Frank: Wenn man sinnlos mit Gewalt Hunderte und Tausende polnischer Bauern von ihren Höfen vertreibt, dann braucht man sich nicht zu wundern, wenn sie als Räuber in die Wälder gehen.

S. 15. Wir Deutsche in diesem Land machen nur 1% der Gesamtbevölkerung aus, eingerechnet Polizei und alles andere, und wir regieren 99%.

S. 22. Wenn wir den Krieg einmal gewonnen haben, dann kann meinetwegen aus den Polen und den Ukrainern und dem, was sich herumtreibt, Hackfleisch gemacht werden, es kann werden, was will.

H1494 – 0046

2233-PS (USSR 223)
21

H1494 – 0047

Dr. Frank an die Politischen Leiter der Distriktsstandortführung am 14. 1. 1944 in Krakau

S. 29. Sie kennen meinen Grundsatz, der da lautet: Führerprinzip und Einheit der Verwaltung. Meine Autorität in diesem Raum ist die Autorität des Führers.

Tagung der Politischen Leiter der NSDAP am 15. 1. 1944 in Krakau

Dr. Frank: Ich habe mich nicht gescheut, zu erklären, daß, wenn ein Deutscher erschossen würde, bis zu hundert Polen erschossen würden.

Dr. Frank an die Pressevertreter am 25. 1. 1944 in Berlin

S. 4. Vergessen Sie nie, daß bei günstigster Zählung das Verhältnis von Deutschtum und fremdvölkischer Bevölkerung im Generalgouvernement 1 zu 99 steht, daß nämlich auf 16 Millionen der Bevölkerung des Gesamtgebietes knapp 250000 Deutsche kommen.

S. 5. Juden haben wir im Generalgouvernement zur Zeit vielleicht noch 100000.

S. 6. Wenn Sie nun sagen: aber wir hören immer von Ausrottung der Intelligenz der Polen, die so notwendig wäre, so kann ich darauf nur entgegnen: Wer von Ausrottung der Intelligenz spricht, der weiß gar nicht, daß die Intelligenz gottlob von akademischem Abschlußexamen unabhängig ist.

S. 18. Wir haben auch Fehler gemacht, so den Fehler, daß wir glaubten, wir könnten jetzt mit Gewalt Deutsche in diesen Raum einsiedeln.

Dr. Frank an die Standortführer am 30. 1. 1944 in Lemberg

S. 13. Ich stelle fest, daß das polnische Problem für Europa mit der Übernahme der Führung dieses Raumes durch das siegreiche Deutschland für alle Zukunft gelöst ist.

Unterredung des Herrn Generalgouverneurs mit Reichsführer SS Himmler in Anwesenheit des SS-Obergruppenführers Koppe am 12. 2. 1944 in Posen

Unmittelbar nach der Begrüßung trat der Reichsführer SS Himmler mit mir und SS-Obergruppenführer Koppe in die Unterredung ein. Der Reichsführer fragte mich gleich zu Beginn, wie ich mit dem neuen Staatssekretär für das Sicherheitswesen, SS-Obergruppenführer Koppe, zusammenarbeite. Ich gab meiner tiefen Befriedigung darüber Ausdruck, daß sowohl zwischen mir und SS-Obergruppenführer Koppe wie zwischen Staatssekretär Dr. Bühler und ihm ein selten schönes Verhältnis kameradschaftlicher Zusammenarbeit herrsche.

Dr. Frank am 17. 2. 1944 in Krakau. — Eine Rede

Es ist Luxus, irgendetwas zu tun, was besser nach dem Sieg geschehen wird. Die Frage, wie dieser Raum einmal besiedelt wird, ist klar. So gescheit bin ich auch, daß ich weiß, daß hier nicht die Polen bleiben werden . . .

Sie wissen auch, wie schwer unser Kampf mit der Kirche ist. Sie füllt ihre Gotteshäuser in zunehmendem Maße, versteht es, wie eine Schlange in schlauer und kluger Weise ihre Feindseligkeit zu verstecken . . .

Im Juni waren es 25 Jahre, seit ich den Führer kenne, und seit 25 Jahren bin ich nun bei ihm; in vielen und schweren Stunden sind wir einander verbunden. Ich gehöre zum Kreis der wenigen Repräsentanten der allerersten Entwicklung des Nationalsozialismus. Ich war dabei, als das Parteiprogramm formuliert wurde, ich kenne die Vorbereitungen zur ersten Parteiversammlung im Mathäserbräu, ich weiß die Geschichte der Bewegung von den ersten Anfängen an. Für mich ist die Rückschau auf die 25 Jahre dieses Werkes ein Rückblick auf eine der großartigsten Entwicklungsepochen unseres Volkes und heut auch der Weltgeschichte. Daß die Feinde, die wir in Deutschland hatten, sich international organisiert haben und internationalen Rückhalt haben, erkennen wir daran, daß die Durchsetzung des Führerprogramms im weltgeschichtlichen Sinne zu der gleichen Front der Feinde führt, die wir im Jahre 1918 als Sieger über uns sehen: die Juden, die Jesuiten und die Freimaurer, diese unsere Feinde sind heute im Weltdrama wieder da.

Leitz-Ordner vom Februar 1944 begonnen

Regierungssitzung am 19. 4. 1944 in Krakau

Anwesend: Dr. Frank und andere.

S. 9. Präsident Struwe: An fremdvölkischen Arbeitskräften seien von den Arbeitseinsatzbehörden vermittelt worden:

Für das Generalgouvernement:		Für das Reich:
477000	1940	300000
734000	1941	223000
979000	1942	398000
840000	1943	184000

(USSR 223) 2233-PS

22

Leitz-Ordner-Band vom 1. März bis 31. Mai 1944

Arbeitstagung der Redner der NSDAP am 4. 3. 1944 in Krakau

S. 26. Dr. Frank: Wenn heute da und dort ein Wehleidiger mit Tränen in den Augen den Juden nachtrauert und sagt: Ist das nicht grauenhaft, was den Juden gemacht worden ist, dann muß man den Betreffenden fragen, ob er heute noch derselben Meinung ist. Wenn wir heute diese 2000000 Juden in voller Aktivität und auf der anderen Seite die wenigen deutschen Männer im Lande hätten, würden wir nicht mehr Herr der Lage sein. Die Juden sind eine Rasse, die ausgetilgt werden muß; wo immer wir nur einen erwischen, geht es mit ihm zu Ende.

Eine Rede am 18. 3. 1944 im Reichshof

S. 38. Dr. Frank: Wenn ich zum Führer gekommen wäre und ihm gesagt hätte: Mein Führer, ich melde, daß ich wieder 150000 Polen vernichtet habe — dann hätte er gesagt: Schön, wenn es notwendig war. —

S. 39. Millionen und aber Millionen dieser Fremdvölker werden zur Arbeit geschickt. Hier marschiert das Generalgouvernement wie immer an der Spitze, denn es hat fast 2 Millionen Arbeitskräfte ins Reich abgegeben. Im Grunde genommen sind die Polen, wenn man sie brav und nett behandelt, die zuverlässigsten Arbeitskräfte in ganz Europa, und zwar gerade für dauernde einfache Arbeit.

Besprechung mit Dr. Senkowsky am 24. 3. 1944

S. 5. Dr. Frank: Das Existenzminimum des polnischen und ukrainischen Beamten und Angestellten sei unverantwortlich schlecht und sie seien nicht einmal in der Lage, die ihnen amtlich zugeteilten Lebensmittel einzukaufen.

Besprechung mit Fürsterzbischof Sapieha am 5. 4. 1944 in Krakau

S. 6. Sapieha: Das Leben der ganzen Bevölkerung sei ziemlich schutzlos. Es sei vorgekommen, daß es unteren Verwaltungsstellen überlassen gewesen sei, Polen zu erschießen oder nicht.

Arbeiterverschickung nach dem Reich sei in schlimmer Weise durchgeführt worden. Fürsterzbischof Sapieha kommt dann auf die Verhaftung und Erschießung von polnischen Pfarrern zu sprechen. Er bezeichnet viele von ihnen als ganz unschuldig. 20 Priester seien in Auschwitz bereits zu Tode gekommen, während weitere 20 noch in Haft säßen.

S. 7. Der Herr Generalgouverneur: Die geringe Zahl von 20 toten und 20 verhafteten Priestern könne er als Beweis anführen, daß es trotz allem geglückt sei, den Polen ein kirchliches Leben zu ermöglichen.

Arbeitsbesprechung am 12. 4. 1944 in Krakau

Anwesend: Dr. Frank und andere.

S. 6. In diesem Zusammenhang kommt Präsident Gerteis auf die Behandlung der Polen im Reich zu sprechen. Diese Behandlung, die immer noch schlechter sei als diejenige jedes anderen ausländischen Arbeiters, habe dazu geführt, daß sich so gut wie kein Pole mehr freiwillig für die Arbeit in Deutschland melde. Es seien 21 Punkte, in denen die polnischen Arbeiter im Reich schlechter behandelt würden als andere ausländische Arbeiter.

Am 17. 4. 1944 gibt Staatssekretär Dr. Bühler dem Herrn Generalgouverneur Kenntnis davon, daß nach ihm gewordenen Berichten die deutschen Truppen in den Gebieten des Distriktes Galizien, die vorübergehend von den Russen besetzt gewesen seien, schwer gehaust und gerade die Verwaltungseinrichtungen zerstört hätten. Vielleicht sei dieses Verhalten der Truppen auf eine falsche Befehlsgabe zurückzuführen. Vielleicht werde es notwendig sein, den Truppen entsprechende Weisungen zu erteilen. Der Generalgouverneur ist nicht gewillt, sich in Dinge einzumischen . . . daß ein Befehl an die Truppe ergangen sei, den Russen nur verbrannte Erde zurückzulassen, sei wohl wichtig. Wenn man schon gezwungen sei, Gebiete zu räumen, dann könnte man keinen Unterschied zwischen dem Generalgouvernement und anderen Gebieten machen.

Tagung der NSDAP am 14. 5. 1944 in Krakau

S. 14/15. Dr. Frank: Und wenn ein Pfarrer kommen sollte und uns den letzten Segen geben wollte, dann werden wir sagen: Lieber Freund, laß deine Jesusgeschichte. Wir haben ja unmittelbar den Träger eines Glaubens erlebt.

Arbeitsbesprechung der NSDAP am 16. 5. 1944 in Krakau

S. 7. Dr. Frank: Im Laufe der kommenden Jahrzehnte werde sicherlich eine Intensivierung der deutschen Siedlungen stattfinden. Es sei sonnenklar, daß das Weichselland genau so deutsch werde wie das Rheinland.

S. 8. Man sei gezwungen, zweideutig zu sein: Auf der einen Seite müsse man als Nationalsozialist sagen, wie wäre das schön, wenn man restlos alles anders machen könnte. Die Partei brauche sich um diese politischen Notwendigkeiten nicht zu kümmern. Sie könne sagen, schön, das sei alles politisch notwendig, aber in der Schublade sei das Programm.

16 Millionen bei der Arbeit halten, und auf der anderen Seite müsse man

Leitz-Ordner-Band vom 1. August bis 14. Dezember 1944 mit dem Titel „Tagebuch"

3. 8. 1944

21.10 Uhr: Der Herr Generalgouverneur führt ein Telephongespäch mit Generaloberst Guderian und bittet ihn nochmals dringendst um Hilfe für die Stadt Warschau. Generaloberst Guderian teilt darauf folgendes mit: Der Herr Generalgouverneur könne sich darauf verlassen, daß alles geschehen werde, was nur menschlich möglich sei, um der Stadt Warschau zu helfen . . . An der Stadt Warschau solle dann mit aller Härte ein Verdikt vollzogen werden.

22 Uhr: Telephongespräch mit Staatssekretär Dr. Bühler. Generaloberst Guderian habe ihm (Dr. Frank) gesagt,

H1494 – 0048

2233-PS
23

(USSR 223)

H1494 – 0049

der Führer sei fest entschlossen, den Aufstand in Warschau mit allen Mitteln niederzuschlagen . . . Die Luftwaffe könne erst eingreifen, wenn klar sei, welche Teile der Stadt in deutscher Hand und welche in der Hand der Aufständischen seien.

22.15 Uhr: Telephongespräch mit Gouverneur Dr. Fischer. Der Herr Generalgouverneur gibt Gouverneur Fischer Kenntnis von dem mit Generaloberst Guderian geführten Telephongespräch.

5. 8. 1944. Der Herr Generalgouverneur richtet folgendes Fernschreiben an Reichsminister Dr. Lammers: Die Stadt Warschau steht zum größten Teil in Flammen. Die Niederbrennung von Häusern ist auch das sicherste Mittel, den Aufständischen Schlupfwinkel zu entziehen. Nach diesem Aufstand und seiner Niederschlagung wird Warschau dem verdienten Schicksal seiner völligen Vernichtung mit Recht anheimgefallen sein oder unterzogen werden.

Auszug aus der Zeugenaussage des Hans Frank

Ausgesagt in Nürnberg, Deutschland, am 8. 10. 1945, 15.45—16.15 Uhr, vor Oberstleutnant Thomas S. Minke, IGD, OUSCC.

Außerdem anwesend: Bernard Reyman, Dolmetscher und der Gemeine Clair Van Vieck, Gerichts-Berichterstatter.

F.: Sie haben mehrfach Ihr Tagebuch erwähnt. Können Sie sich daran erinnern?

A.: Ja.

F.: Links hinter Ihnen stehen zwei Kisten, die angeblich Ihr Tagebuch enthalten. Ich möchte Ihnen gern den Inhalt der beiden Kisten zeigen und Sie fragen, ob Sie diesen für identisch mit Ihren Tagebüchern erklären.

A. (nachdem er die Bücher untersucht hat): Ja.

F.: Es bezieht sich auf 8 grau und rot eingebundene Bücher. Identifizieren Sie diese 8 Bücher mit Ihrem Tagebuch?

A.: Ich denke, daß sie es sind, ja.

F.: Sehen Sie sich die Bücher genau an und überlegen Sie sich, ob Sie irgendeinen Zweifel haben.

A.: Ja, ich selbst habe sie den Amerikanern gegeben.

F.: Ich zeige Ihnen eine Reihe anderer Dokumente in graugrünen Umschlägen. Gehören diese auch zu Ihrem Tagebuch?

A.: Ich will nichts verheimlichen. Es handelt sich um ein historisches Dokument.

F.: Identifizieren Sie diese Bände, diese graugrünen Bände, auch als Ihr Tagebuch?

A.: Ja.

F: Es sind da noch andere rot und grau eingebundene Bände, insgesamt 12, in der einen Kiste. Identifizieren Sie diese als Ihr Tagebuch?

A.: Ja, das stimmt. Ich persönlich habe sie ausgehändigt.

F.: Außerdem sind da 19 Bände in der zweiten Kiste, auch rot und grau eingebunden. Bilden auch diese einen Teil Ihres Tagebuches?

A.: Ja. Ich selbst habe sie an die Amerikaner ausgeliefert.

F.: Das wären also insgesamt 31 Bände in den roten und grauen Einbänden, dazu noch die 5 grünlich eingebundenen Bände.

A.: Ja.

F.: Sind alle die in diesen Tagebüchern gemachten Angaben wahr und richtig und nach bestem Wissen und Gewissen gemacht?

A.: Nach meinem besten Wissen, besonders nach meinem besten Wissen.

H1494-0049A

2233-PS

(USSR-223)

USSR 223

H1494-0049B

H1494 – 0050

CCCP-226
H-1494 d

JUGOSLOVENSKI DOKUMENAT

J/ 4-6

082538

H1494 – 0051

1 page

H1494 – 0052

II/1 - Бр 31

J/46

ЗАПИСНИК

Састављен на дан 26 фебруара 1945 год. на лицуместа злочина у воњаку пок. Тодора Гичића на брду Хисару у Лесковцу.

Од стране Окружног повереништва за утврђивање злочина ратних од стране окупатора његовних помагача присутни су:
Секретар повереништва: Драгиша Кнежевић
Записничар: Војислав Тасић

Крајем новембра 1941 год. у борби са партизанима убијен је неки немачки командант у близини Лебана. Здецембра исте године у Лесковац дошла два партизана, али су били примећени од стране једног припадника С.Д.С., којшје о своме обавестио Немце. Немцису отворипаљбу на партизане, а ови на њих. У овој борби погинулису још два Немца. На дан 4 децембра Немци су заједно са агентима Предстојништва градске полиције и припадницима С.Д.С. блокирали Лесковац, похватали великом бројем цигане, мали број Срба и Јевреја и затворили их као таоце. Поред њега дотерани су и цигани из села Винарца и Печењевца, такође као таоци. 11 децембра 1941 год., почевши од 6 сати ујутру па све до 4 часова по подне, Немци су на својим камионима одвлачили затворене таоце угрупама од по двадесеторо са завезаним рукама до подножја брда Хисара, а одатле их терали пешице преко брда стазом која се налази између виле Косте Вранкића и виле Чанковића до воњака пок. Тодора Гичића. Овде су их постројавали пред ископаним ракама, стрељали и најзад бацали ураке и исте закопали.

Воњак Гичића налази се 500 метара од Лесковца на брду Хисару.

Секретар Окр. повереништва са записничарем установио је, да се у воњаку Гичића још и данас виде 9 закопаних рака у којима се налазе стрељани таоци. Није извршена ексхумација, јер је индититет жртава утврђен увиђају. Раке су широке 2,5, а дугачке 7 метара и налазе се у средини воњака постављене по 4 у једном реду. После овога извршено је снимање воњака, рака и пута којим су дотеривани таоци. Беле линије на снимцима означују средину сваке раке.

Оверавају

Записничар,
Вој. Тасић

Секретар Окр. повереништва,
Јанићевић

INTERNATIONAL MILITARY TRIBUNAL
NUREMBERG, GERMANY
USSR Exhibit 226
Filed Feb 15, 1946

A 082539

H1494 – 0053

Da je ovaj zapisnik sacinjen od strane islednih organa Okruznog poverenistva za utvrdjivanje ratnih zlocina u Leskovcu, - OVERAVA:

25 avgusta 1945
u Beogradu

ДРЖАВНА КОМИСИЈА ЗА УТВРЂИВАЊЕ ЗЛОЧИНА ОКУПАТОРА И ЊИХОВИХ ПОМАГАЧА

Predsednik Drzavne Komisije,

(Dr. Dusan Nedeljkovic)
Profesor Univerziteta

INTERNATIONAL MILITARY TRIBUNAL
FOR GERMANY
Exhibit
Filed

A 082540

H1494 – 0054

Filed 11th February 1946
I. D. Williamson
for General Secretary

Международный военный трибунал

H-1494-e

ДОКУМЕНТЫ ОБВИНЕНИЯ

ПО ДЕЛУ № 1

Главный обвинитель
от СССР

СССР №228

A 082541

H1494 – 0055

USSR. 228

У Д О С Т О В Е Р Е Н И Е

Я, полковник вооруженных сил СССР - Дмитрий Карев, Помощник Главного Обвинителя от СССР и начальник документальной части Советского Обвинения на Нюрнбергском процессе, настоящим удостоверяю, что подлинные аффидевиты, письменные заявления и протоколы допросов свидетелей, фотокопии, с которых были пред"явлены Международному Военному Трибуналу как документы за №№: СССР-151, СССР-152, СССР-153, СССР-154, СССР-228, СССР-229, СССР-230, СССР-231, СССР-149, СССР-295, - хранятся в делах Прокуратуры СССР.

ПОЛКОВНИК: Карев /Д.КАРЕВ/

2 августа 1946 г.
г.Нюрнберг.

А 082542

H1494 – 0056

1. USSR-228

Aussagen

des Generalleutn. der deutschen Wehrmacht Tilkenbrock, Hans, des ehem. Chefs der Abw. Abt. I. im Amt Ausl./Abw. im O.K.W.

vom 12. Dezember 1945

Ich habe zum ersten male über die Vorbereitungen Deutschlands zum Krieg gegen die Sowjet Union unter folgenden Umständen erfahren.

Ende Dezember 1940, oder Anfang Januar 1941, genau entsinne ich mich nicht, sollte ich zusammen mit dem Admiral Canaris beim Feldmarschall Keitel in Berchtesgaden erscheinen. Bei diesem Vortrag war auch General Jodl anwesend.

Als wir mit dem Vortrag zu Ende waren, lud General Jodl Canaris und mich in sein Büro ein und sagte, daß er uns etwas mitzuteilen habe.

Da Gespräch mit ihm dauerte nur einige Minuten.

A082543

Tilkenbrock

H1494 - 0057

INTERNATIONAL MILITARY TRIBUNAL
NURNBERG, GERMANY
USSR Exhibit 228
Filed Feb 13, 1946

A 082544

H1494 – 0058

NSSR-028

Jodl sagte uns, daß es im Sommer 1941 zum Kriege zwischen Russland und Deutschland kommen werde, und daß die Abwehr in ihrer Arbeit sich danach richten müsse.

Indem Jodl von dem bevorstehenden Kriege gegen Russland als von einer endgültig entschiedenen Frage sprach, erklärte er, daß der deutsche Generalstab jetzt kein Interesse an einzelnen Angaben über die Rote Armee habe, und daß er im Zusammenhang damit uns nur eine Aufgabe stelle, zu beobachten, was bei den Russen an der deutsch-russischen Grenze an grösseren Veränderungen vor sich gehe. Jodl sagte uns auch, daß Hitler der Meinung sei, daß die Sowjet Union nach den ersten erfolgreichen Schlägen an der Grenze wie eine Seifenblase platzen würde, und daß der Sieg über Russland gesichert sei. Damit war unser Gespräch mit Jodl beendet.

Vor diesem Gespräch mit Jodl hatten wir nicht von jemandem etwas über Vorbereitungen des Krieges gegen Russland

A 082545

Tiekentrock

H1494 – 0059

gehört. Allerdings hatte die Abteilung
Fremde Heere Ost im Generalstab des
Heeres ab August – September 1940
ihre Spionageaufträge bzw. die H.S.S.R.
an die Abwehr wesentlich verändert. Diese
Aufträge standen ohne Zweifel im
Zusammenhang mit den Vorbereitungen
des Krieges gegen Russland. Genaueres habe
ich im Januar 1941 über den Zeitpunkt
des deutschen Angriffs gegen die Sowjet-
Union erfahren, und zwar durch Canaris.
Welche Quellen Canaris dabei benutzte,
weiss ich nicht, aber er hat mir gesagt,
dass der Angriff gegen die Sowjet Union
auf den 15. Mai festgelegt sei. Damals
sagte Canaris mir auch, dass alle
Massnahmen zur Vorbereitung dieses An-
griffs mit dem Decknamen „Plan
Barbarossa" bezeichnet würden.
Im März 1941 war ich beim Gespräch
zwischen Canaris und dem Chef der Spio-
nageabteilung (Abw. II) Oberst Lahousen
anwesend, wobei die Rede von den
Vorbereitungsmassnahmen für den Plan

A 082546

H1494 – 0060

Barbarossa war. Bei diesem Gespräch
handelte es sich um einen schriftlichen
Befehl, den Lahousen über diese Angele-
genheit hatte. Als Chef Abw. I habe ich
in der Zeit vom Februar 41 bis 22 Juni 41
mehrmals dienstlich über den Plan
Barbarossa mit dem Chef Obergquartier
meister IV Generalleutnant v. Tippelskirch
und dem Chef des Abt. Fremde Heere Ost,
Oberst Kinzel, gesprochen. Diese Gespräche
betrafen Präzisierung von verschiedenen
Aufträgen für Abwehr bezüglich der Sowjet
Union und zwar die Nachprüfung von
alten Nachrichtenunterlagen über die Rote
Armee und ebenfalls die Präzisierung
der Angaben über die Dislokation der
Sowjettruppen in der Zeit der Vorberei-
tung des Überfalls auf die Sowjet Union.
Zur Durchführung dieser Aufträge wurde
von mir eine bestimmte Anzahl von
Agenten hinter die deutsch-russische
Demarkationslinie angesetzt. Die Spi-
onageorgane bemühten sich auch einen
Teil von deutschen Staatsangehörigen,
die in verschiedenen Angelegenheiten

A 082547

Canaris

H1494 – 0061

228

nach der U.S.S.R. reisten und befragten auch die Personen, die früher in der U.S.S.R. waren. Ausserdem wurden alle Abwehrstellen, die sich mit der Spionage gegen Russland befassten, angewiesen, den Ansatz von Agenten gegen die Sowjet Union zu vermehren. Den betreffenden Auftrag über die Aktivierung der Agentenarbeit gegen die U.S.S.R. wurde auch allen Nachrichtendienststellen bis den in Frage kommenden Armeen und Heeresgruppen gegeben. Zum Zweck der erfolgreichen Leitung aller Frontabwehrdienststellen wurde im Mai 1941 ein Sondernachrichtenstab mit dem Deckmatrosen Walli I organisiert. Dieser Stab befand sich in der Nähe von Warschau in der Ortschaft Sulijewek. Major Baum, als bester Sachkundiger für Russland, wurde zum Chef des Stabes Walli I ernannt. Später, als nach unserem Beispiel Abw. II und Abw. III ihre eigenen Stäbe Walli II u. III organisierten, wurde dieses Organ im Ganzen als Stab Walli bezeichnet und leitete

Dilkentrock

A 082548

228

den ganzen Nachrichten, Abwehr und Sabotagedienst gegen Russland als vorgeschobener Stab. An der Spitze des Stabs Walli stand Oberstleutnant Schmalschläger.

Es ist selbstverständlich, daß um die Vorbereitung des Überfalls auf die Sowjet Union geheim zu halten, nur 2-3 verantwortliche Mitarbeiter meiner Abteilung über den Plan Barbarossa wussten.

Aus mehreren Vorträgen des Oberst Lahousen bei Canaris, denen ich auch beiwohnte, ist mir bekannt, daß diese Abteilung grosse Vorarbeiten bezüglich des Krieges gegen die Sowjet Union durchführte.

In der Zeit von Februar - Mai 41 fanden mehrere Besprechungen der führenden Persönlichkeiten der Abw. II beim Stellvertreter von Todt, General Warlimont statt. Diese Besprechungen fanden in der Kavallerieschule in Krampnitz statt.

H1494 - 0062

A 082549

Dilkentrop

H1494 – 0063

228

Bei diesen Besprechungen über die Vorbereitungen zum Kriege gegen Russland wurde die Verstärkung der Formation zu bes. Verwendung „Brandenburg 800" und ihre Aufteilung unter Heereseinheiten beschlossen.

Die Aussagen sind von mir eigenhändig geschrieben.

Filkentrock

Den Empfang der Aussagen bestätigt: [signature]
Oberstleutnant (Swertschuk)

Militärdolmetscher:
Oberleutnant (Potanowa)
Nomanowa

A 082550

H1494 – 0064

Filed Feb 12, 1946

Международный военный трибунал

H-1494 f

ДОКУМЕНТЫ ОБВИНЕНИЯ

ПО ДЕЛУ № 1

229

Главный обвинитель
от СССР

СССР № 229

A 082551

H1494-0064A

9 pages

H1494 – 0065

У Д О С Т О В Е Р Е Н И Е

Я, полковник вооруженных сил СССР - Дмитрий Карев, Помощник Главного Обвинителя от СССР и начальник документальной части Советского Обвинения на Нюрнбергском процессе, настоящим удостоверяю, что подлинные аффидевиты, письменные заявления и протоколы допросов свидетелей, фотокопии, с которых были предъявлены Международному Военному Трибуналу, как документы за №№: СССР-151, СССР-152, СССР-153, СССР-154, СССР-228, СССР-229, СССР-230, СССР-231, СССР-149, СССР-295, - хранятся в делах Прокуратуры СССР.

ПОЛКОВНИК: Д.Карев /Д.КАРЕВ/

2 августа 1946 г.
г.Нюрнберг.

А 082552

H1494 – 0066

1 229

Aussagen

des Obersten der deutschen Wehrmacht – Kitschmann Horst – des ehemaligen deutschen Militärattachés in Finnland.

vom 27. Dezember 1945

Die deutsche Regierung und das O.K.W. führten schon lange Zeit vor dem 22. Juni 1941 geheime Besprechungen mit der finnischen Regierung und dem Generalstab der finnischen Armee und bereiteten den Überfall auf die Sowjetunion vor.

Über die Vorbereitung des Angriffs der deutschen und finnischen Armee auf das Gebiet der Sowjetunion wurde mir Nachfolgendes bekannt:

Kitschmann

A 082553

INTERNATIONAL COURT OF JUSTICE
NUCLEAR TESTS CASE
USSR Exhibit 299
Filed Feb 12, 1974

A0825554

H1494 - 0067

Als ich im Oktober 1941 als stellvertretender Militärattaché nach Helsinki kam, hatte ich Besprechungen mit Major von Albedyll - dem Gehilfen des deutschen Militärattachés - der vorher in der Attaché Abteilung des O.K.H., Generalstab des Heeres tätig war.

Albedyll machte mich mit der Lage Finnlands und seiner militärpolitischen Stellung bekannt, da der Militärattaché, Generalmajor Rössing, schwer erkrankt war und sich zu der Zeit zur Kur in Meran in Tirol befand.

Im Laufe dieser Besprechungen erzählte mir Albedyll, daß Generalmajor Rössing bereits im September 1940 im Auftrage Hitlers und des deutschen Generalstabes eine Reise des Reichsmarschalls Mannerheim, Generalmajor Talvela,

Fortsetzung

H1494 – 0068

A 082555

H1494 – 0069

nach Berlin ins Führerhauptquartier veranlaßte. Bei diesem Besuch kam es zu einer Vereinbarung zwischen dem deutschen und finnischen Generalstab über eine gemeinsame Vorbereitung des Angriffs und der Kriegführung gegen die Sowjetunion.

Nach meiner Erinnerung erzählte mir General Talvela anläßlich meines Besuchs in seinem Stabsquartier bei der Stadt Amms im November 1941 auch selbst, daß er im persönlichen Auftrage Marschall Mannerheims bereits im September 1940 als Erster die Fühlung mit dem O.K.W. über eine gemeinsame Vorbereitung des Angriffs auf die Sowjetunion durch Deutschland und Finnland nahm.

Wie ich weiter durch Albedyll erfuhr, fanden

Kitzelmann

A 082558

H1494 – 0070

229

im Februar oder März 1941 weitere Besprechungen im Führerhauptquartier über die Vorbereitung des Angriffs und die Durchführung des Krieges gegen die Sowjetunion statt. An diesen Besprechungen nahmen finnischerseits der Chef des Generalstabes der finnischen Armee, Generalleutnant Heinrichs, und der Vertreter desselben Stabes, Generalleutnant Öhquist, teil.

Auf diese Weise wurde infolge der Besprechungen, die seit September 1940 zwischen den Regierungen Finnlands und Deutschlands und ihren Oberkommandos erfolgten, eine völlige Übereinstimmung über die gemeinsame Vorbereitung des Krieges gegen die Sowjetunion erreicht, auf Grund deren, wie bekannt, deutsche und finnische Truppen im Juni 1941 zum Angriff auf das Gebiet der Sowjetunion antraten.

Kitschmann

A 082557

H1494 – 0071

Im Oktober 1941 erfuhr ich [illegible] in einem Gespräch mit dem [illegible] Gehilfen des deutschen Militärattachés in Finnland, Major Schlüter, also der Kommandeur der 163. Division, Generalleutnant Engelbrecht, bereits Anfang Juni 1941 vor dem Beginn der Kriegshandlungen an der Ostfront von Norwegen kommend zur Vorbereitung der Operationen gegen die russischen Truppen und die Besetzung der Halbinsel Hanko nach Finnland kam. Bereits einige Tage vor Ausbruch des Krieges wurden die Einheiten der Division Engelbrecht durch Schweden in den Raum von Hanko umtransportiert.

Der Chef der deutschen Militärmission in Finnland, General der Infanterie Erfurth, war mit mir gleichzeitig zu einem Empfang beim deutschen Gesandten in Finnland, von Blücher, eingeladen. Im Beisein Blüchers erwähnte Erfurth wie er bereits 14 Tage vor dem Beginn

H1494 – 0072

der Kriegshandlungen gegen die Sowjetunion auf Befehl des deutschen Generalstabes in Civil in Helsinki zur Verbindungnahme mit dem Hauptquartier Mannerheims eintrag. Gleichzeitig und mit demselben Auftrag wurde der finnische Generalleutnant Öhquist nach Berlin als Chef der finnischen Militärmission beim Führerhauptquartier entsandt.

Im Gespräch über den Auftrag des deutschen Generals Erfurth in Finnland erzählte mir Albedyll, daß an den Besprechungen zwischen den Vertretern des deutschen und finnischen Oberkommandos in der ersten Hälfte des Monats Juni 1941 in der Behandlung der Vorbereitung des Angriffs gegen die Sowjetunion außer General Erfurth auch Generaloberst von Falkenhorst, der spätere Oberbefehlshaber der Lapplandarmee in Finnland und sein Chef des Stabes, Generalmajor Buschenhagen, teilnahmen.

Kitschmann

A082559

H1494 – 0073

Als ich mich vor meiner Abreise nach Finnland in Berlin über die Berichterstattung des deutschen Militärattachés, Rössing, unterrichtete, stellte ich fest, daß er nicht nur Beteiligter und Organisator der geheimen Besprechungen sondern auch über alle praktischen Pläne und Maßnahmen zur Vorbereitung des Angriffs gegen die Sowjetunion im Bilde war und diese in seiner Stellung als deutscher Militärattaché in Finnland förderte.

Nach dem Überfall Deutschlands und Finnlands auf die Sowjetunion war die ganze Tätigkeit des Militärattachés Rössing darauf

Kitschmann

A 082560

H1494 – 0074

gerichtet den Krieg weiter durchzuführen und Finnland auf dem diplomatischen Wege zu beeinflussen an der Seite Deutschlands im Kriege gegen die Sowjetunion zu bleiben. Als deutscher Militärattaché in Finnland führte ich die Politik Hitlers während des Krieges gegen die Sowjetunion mit allen Mitteln durch.

Die Aussagen sind von mir eigenhändig niedergeschrieben.

Mikelmann

Der Umfang der Aussagen

bestätigt: Offizier der Abwehr –
Oberstleutnant
(Barabaschkow)

Militärdolmetscher
Oberleutnant –
(Sternowa)

A 082561

H1494 – 0075

Filed 11th February 1946
[illegible]
for General Secretary

Международный военный трибунал

H-1494 g

ДОКУМЕНТЫ ОБВИНЕНИЯ

ПО ДЕЛУ № 1

230

Главный обвинитель
от СССР

13

СССР № 230

A 082562

H1494-0075A

13. Photostats of
1 certificate.

H1494 - 0076

У Д О С Т О В Е Р Е Н И Е

Я, полковник вооруженных сил СССР - Дмитрий Карев, Помощник Главного Обвинителя от СССР и начальник документальной части Советского Обвинения на Нюрнбергском процессе, настоящим удостоверяю, что подлинные аффидевиты, письменные заявления и протоколы допросов свидетелей, фотокопии, с которых были предъявлены Международному Военному Трибуналу как документы за №№: СССР-151, СССР-152, СССР-153, СССР-154, СССР-228, СССР-229, СССР-230, СССР-231, СССР-149, СССР-295, - хранятся в делах Прокуратуры СССР.

ПОЛКОВНИК: Карев /Д.КАРЕВ/

2 августа 1946 г.
г.Нюрнберг.

А 082563

H1494 – 0077

7 USSR-230

Aussage

des Generalleutnant des deutschen Heeres a.D. Franz von Bentivegni – gegenwärtig Chef der Abteilung Abwehr III im Amt Ausland, Abwehr im OKW.

Berlin, 28. September 1945.

Über die Vorbereitungen des militärischen Überfalls Deutschlands gegen die Sowjetunion habe ich erstmalig im August 1940 von Chef des deutschen Abwehr, Admiral Canaris, gehört. In einer privaten Unterredung, die im Dienstzimmer von Canaris stattfand, eröffnete er mir, daß Hitler die Durchführung der Maßnahmen im Sinne der Weisung des Feldzuges gegen

von Bentivegni

A 082564

H1494 – 0078

A 082563

INTERNATIONAL MILITARY TRIBUNAL
NURNBERG, GERMANY
USSR Exhibit 230
Filed Feb 14, 1946

H1494 – 0079

2, 230

nach Osten, über den er bereits in einer Rede im Jahre 1938 vor den Gauleitern in Berlin gesprochen hätte, nunmehr beschlossen hat. Weiterhin sagte mir Canaris, daß schon jetzt diese Absicht Hitlers praktisch Gestalt annähme. Eine größere Anzahl deutscher Divisionen würde nämlich aus dem Westen an die Ostgrenze verlegt und gemäß einem besonderen Befehl Hitlers in die Nähe des gegen Rußland geplanten Aufmarschgebiets untergebracht. Am Schluß unserer Unterredung wies mich Canaris auf die außerordentliche Geheimhaltung seiner Mitteilung über die geplante

A 082566

von Bentivegni

Vorbereitung

H1494 – 0080

Vorbereitung des Überfalls auf die Sowjetunion hin. Ferner teilte mir etwa im Oktober 1940 ebenfalls Canaris in einer privaten Unterredung mit, daß Feldmarschall von Brauchitsch und General Halder nach einem Befehl Hitlers den Gesamtplan der Vorbereitung eines Krieges gegen die Sowjetunion ausgearbeitet hätten. Daß alle mit der Vorbereitung des Überfalls auf die UdSSR verbundenen Maßnahmen mit dem Kennwort „Plan Barbarossa" bezeichnet werden, hatte mir Canaris damals

von Blutivegni A 082567 nicht

H1494 – 0081

4 230

nicht gesagt. Der Decknamen wurde mir erst später aus anderen Quellen bekannt. Es war aus den zu meiner Kenntnis gelangenden dienstlichen Meldungen ersichtlich, wie der Plan, von dem mir Canaris mitgeteilt hatte, sich allmählich abwickelte. Es wurden weitere Truppenverbände nach dem Osten verlegt und in der Nähe der deutsch-sowjetischen Grenze Versorgungslager mit großen Mengen an Munition, Verpflegung, Brennstoff und Gerät eingerichtet.

A 082568

Von Bentivegni

Fm

H1494 – 0082

5, 230

Im Zusammenhang damit bekam ich etwa im November 1940 die Anweisung von Canaris, die Abwehrtätigkeit an den Stellen der Konzentrierung der deutschen Truppen an der deutsch-russischen Grenze zu aktivieren. Gemäß dieser Anweisung habe ich damals den Abwehrstellen in Danzig, Königsberg, Posen, Krakau, Breslau und Wien einen entsprechenden Befehl gegeben. Bereits im November 1940 schaltete ich mich in die Vorbereitung dieses Krieges ein, ohne

A 082569

von Blankivegni

offiziell

H1494 – 0083

offiziell von bevorstehenden Kriege zwischen Deutschland und der Sowjetunion unterrichtet zu sein. Eine offizielle Unterrichtung erfolgte Ende Januar oder Anfang Februar 1941 im Anschluß an die täglich stattfindende allgemeine Besprechung bei Canaris. Nach dieser allgemeinen Besprechung behielt Canaris lediglich die Abteilungschefs seines Amtes zurück. Er gab ihnen bekannt, daß nach einer Mitteilung des Feldmarschall Keitel, Hitler den Befehl an die Wehrmachtteile gegeben habe,

A082570

von Bentivegni

H1494 – 0084

7 230

habe, den Krieg gegen die Sowjetunion vorzubereiten. Die Vorbereitungen sollten Anfang Mai 1941 beendet sein.

Im Zusammenhang mit dieser Mitteilung wies Canaris die Abteilungschefs an, die entsprechenden Vorbereitungsmaßnahmen zum Überfall auf die Sowjetunion auch seitens der Abwehr zu treffen, gemäß den jedem Abteilungschef erteilten persönlichen Aufträgen. Gleichzeitig wies er auf strengste Geheimhaltung hin.

Bei dieser geheimen Besprechung waren anwesend: Chef der Abteilung

A 082571

von Bentivegni

Ausland

H1494 – 0085

8 230

Ausland und gleichzeitig Stellvertreter von Canaris, Admiral Bürkner, Chef der Abwehrabteilung I, Oberst Pickenbrock (heute General), Chef der Abwehrabteilung II, Oberst Lahousen, Chef der Zentralabteilung, gleichzeitig Chef des Stabes bei Canaris, Oberst Oster und ich Bentivegni.

Im Mai 1941 gab mir Oberst Oster in meinem Dienstzimmer einen schriftlichen Befehl des Wehrmachtführungsstabes an das Amt Ausland/Abwehr zur Kenntnis. Hiernach sollte das Amt dem Wehrmachtführungsstab einen Vorschlag für einen zeitlich be-

A 082572

von Bentivegni

H1494 – 0086

9 230

begrenzte Nachrichtensperre unter besonderer Berücksichtigung des diplomatischen Verkehrs einreichen. Dieser Befehl trug den Vermerk: „Betrifft Barbarossa." Bei der Übergabe des Befehls erklärte Oberst Oster, daß „Barbarossa" alle Maßnahmen umfaßte, die im Zusammenhang mit der Vorbereitung Deutschlands zum Kriege gegen die Sowjetunion stehen. Der Befehl war von stellvertretendem Chef des Wehrmachtführungsstabes, General Warlimont, unterschrieben. In

von Bentivegni A 082573 meiner

H1494 – 0087

10 230

meiner Dienststellung hatte ich keine Möglichkeit, den Plan „Barbarossa" selbst kennenzulernen. Der Sinn dieses Plans wurde mir durch einzelne schriftliche und mündliche Mitteilungen sowie durch Mitteilungen dienstlicher und außerdienstlicher Art bekannt. Es gab zahlreiche solcher Mitteilungen, sodass ich mich im einzelnen jetzt nicht mehr erinnern kann. Ich wusste aber, dass der Plan Barbarossa alle militärischen und wirtschaftlich-politischen Vorbereitungen Deutschlands zum

A 082574

von Bentivegni

H1494 – 0088

zum Kriege gegen die UdSSR umfaßte.

Was die von mir geleitete Abwehr III betrifft, so habe ich im März 1941 von Canaris folgende Richtlinien bezüglich der Vorbereitung zur Ausführung des Plans „Barbarossa" erhalten:

a) Vorbereitung aller Gliederungen der „Abwehr III" zur aktiven Spionageabwehrtätigkeit gegen die Sowjetunion, wie zum Beispiel: Aufstellung der notwendigen Abwehrtrupps und ihre Verteilung auf die Armeen, die zum Einsatz im Osten bestimmt

A 082575

von Bentivegni

waren

H1494 – 0089

waren; Lähmung der Tätigkeit der Sowjetischen Nachrichtendienststellen.

b) Irreführung der ausländischen Nachrichtendienste durch eigene Agenten im Sinne der angeblichen Besserung der Beziehungen mit der Sowjetunion und der Vorbereitung des Schlages gegen Großbritannien.

c) Abwehrmaßnahmen zur Geheimhaltung der Vorbereitungen zum Kriege gegen die Sowjetunion und Sicherung der geheimen Beförderungen der Truppen nach dem Osten.

A 082576

von Bentivegni Im

H1494 – 0090

Im Mai 1941 waren im Grossen die abwehrmässigen Massnahmen, die zur Durchführung des Planes „Barbarossa" dienten, besprochen. Gelegentlich meines Vortrages bei Admiral Canaris bei Feldmarschall Keitel habe ich diesen darüber vorgetragen. Er war mit den getroffenen Massnahmen einverstanden.

Die Aussagen sind so wie niedergeschrieben.

von Bentivegni.

Der Empfang der Aussagen bestätigt:

Offizier der Abwehr
Major (Kusjmirskiw)
Militärdolmetscher
Leutnant (Bubnow)

A 082577

H1494 – 0091

Filed 11th February 1946
I.D. Mr. Shoranth
for General Secretary

Международный военный трибунал

H-1494-h

ДОКУМЕНТЫ ОБВИНЕНИЯ

ПО ДЕЛУ № 1

231

Главный обвинитель
от СССР

СССР № 231

A-082578

H1494-0091A

7 Photostats

H1494 – 0092

У Д О С Т О В Е Р Е Н И Е

Я, полковник вооруженных сил СССР - Дмитрий Карев, Помощник Главного Обвинителя от СССР и начальник документальной части Советского Обвинения на Нюрнбергском процессе, настоящим удостоверяю, что подлинные аффидевиты, письменные заявления и протоколы допросов свидетелей, фотокопии, с которых были предъявлены Международному Военному Трибуналу как документы за №№: СССР-151, СССР-152, СССР-153, СССР-154, СССР-228, СССР-229, СССР-230, СССР-231, СССР-149, СССР-295, - хранятся в делах Прокуратуры СССР.

ПОЛКОВНИК: Карев /Д.КАРЕВ/

2 августа 1946 г.
г.Нюрнберг.

А 082579

H1494 – 0093

USSR 231

Aussagen

des Obersten der deutschen Wehrmacht

Stolze, Erwin

gewesenen stellvertretenden Chefs der Abteilung Abwehr II im Amt Ausland/Abwehr im O. K. W.

25. Dezember 1945

Im März oder April 1941 hatte mich mein Chef – Chef der Abw II – Oberst (jetzt General) v. Lahousen in sein Dienstzimmer befohlen und mir mitgeteilt, daß in Kürze ein militärischer Überfall Deutschlands auf die Sowjet-Union bevorstehe. Im Zusammenhang hiermit befahl er mir alle Unterlagen über die Sowjet-Union, über die Abw II verfügte, für die erforderlichen Sabotagemaßnahmen gegen die UdSSR auszuwerten.

Hierbei erklärte mir Lahousen, daß seine Mitteilung über die Vorbereitung des Überfalls auf die Sowjet-Union strengstens geheimzuhalten sei.

Weiterhin erhielt ich von Lahousen die Weisung, eine

Stolze

A 082580

H1494 – 0094

Sondergruppe unter meiner Leitung aufzustellen. Diese Gruppe erhielt die Deckbezeichnung „A" und war ausschließlich für die Vorbereitung der Sabotage- und Zersetzungsarbeit im sowjetischen Hinterland bestimmt.

Um die gleiche Zeit hatte mich Lahousen mit einem Befehl des Wehrmacht-Führungsstabes bekannt gemacht, der Richtlinien für die Unterwühlungstätigkeit auf dem Sowjetgebiet nach dem Überfall Deutschlands auf Rußland enthielt. Der Befehl war vom Feldmarschall Keitel nach Abzeichnung durch General Jodl (oder im Auftrage Keitels von General Warlimont – genau kann ich mich nicht entsinnen) unterzeichnet und führte erstmalig das Kennwort „Barbarossa". Späterhin wurden alle Vorbereitungsmaßnahmen zum Kriege gegen die Sowjet-Union mit dem Decknamen „Plan Barbarossa" bezeichnet.

In diesem Befehl wurde darauf hingewiesen, daß zur Unterstützung eines blitzartigen Schlages gegen die Sowjet-Union, Abw II ihre Unterwühlungsarbeit gegen Rußland mit Hilfe eines W-Mann-Netzes auf die Entfachung des Nationalhasses zwischen den Völkern der S.U. zu steuern habe.

Um die obengenannten Weisungen Keitels und Jodls auszuführen, hatte ich mit den im Dienste der deutschen Abwehr stehenden ukrainischen Nationalisten Fühlung und mit Angehörigen anderer national-faschistischer Gruppen Verlin-

Kotze

A 082781

H1494 – 0095

231

dung aufgenommen.

Ich halte unter anderem persönlich den Anführern der ukrainischen Nationalisten – Melnyk (Decknamen „Konsul I") und Bandera – die Weisung gegeben, sogleich nach dem Überfall Deutschlands auf Rußland provokatorische Putsche in der Ukraine zu organisieren mit dem Ziele, die Sowjettruppen in ihrem unmittelbaren Hinterlande zu schwächen, sowie auch die internationale öffentliche Meinung im Sinne einer sich angeblich vollziehenden Zersetzung des sowjetischen Hinterlandes zu beeinflussen.

Es wurden von Abw II auch spezielle Sabotagetruppe für die Unterwühlungstätigkeit in den baltischen Republiken der S.U. vorbereitet.

Den für den Einsatz in Litauen bestimmten deutschen Agenten wurde z. B. die Aufgabe gestellt, den Eisenbahntunnel und die Brücken bei Wilna zu besetzen. Die für den Einsatz in Lettland bestimmten aus deutschen Agenten bestehenden Sabotagetruppe sollten die Brücken über die westliche Düna besetzen. Alle auf solche Weise besetzten strategisch wichtigen Objekte sollten von unseren Sabotagetruppe vor Zerstörung gesichert und bis zum Eintreffen der regulären deutschen Truppen gehalten werden.

Gleichzeitig begann ich zusammen mit Lahausen mit der Aufstellung und Personalbesetzung der Abw II-Kommandos

Stolze

A 082582

H1494 – 0096

231

und = Trupps bei den deutschen Heeresgruppen und Armeen, die an den Ostgrenzen Deutschlands zusammengezogen waren. Diese Dienststellen hatten die Aufgabe, die Sabotagearbeit im Hinterland der Sowjettruppen zu organisieren und durchzuführen.

Es ist mir ebenfalls bekannt, daß die deutschen Abwehrstellen „Königsberg", „Warschau", „Krakau" und die „Kriegsorganisation Finnland" im Zusammenhang mit der Vorbereitung des Angriffes auf Rußland vom Chef des deutschen Abwehrdienstes Admiral Canaris die Anweisung erhalten hatten, die Spionagetätigkeit gegen die Sowjet-Union auf das höchste zu steigern.

Zur erfolgreichen Führung aller abwehrdienstlichen Tätigkeit für die für das Eindringen in die UdSSR abgestellten Truppen hatte die deutsche Abwehr Ende Mai 1941 eine besondere Abwehrstelle, den sogenannten „Stab Walli" in der Nähe von Warschau aufgestellt.

Außerdem wurde ein besonderer militärischer Verband – das Lehr-Regiment z.b.V 800 „Brandenburg", welches unmittelbar dem Chef der Abw II Lahousen unterstellt war, – für die Kampftätigkeit auf dem Sowjet-Gebiet vorbereitet.

Zu den Aufgaben dieses im Jahre 1940 aufgestellten Sonder-Verbandes gehörte die Besetzung kriegswichtiger Objekte – Brücken, Tunnels, wehrwichtiger Werke – und ihr Halten bis zum Eintreffen der Spitzentruppen der deutschen Wehrmacht.

Zur Durchführung dieser Aufgaben hatte das Regiment, das

Katze

A 082583

H1494 – 0097

231

hauptsächlich aus Auslandsdeutschen bestand, im Gegensatz zu den internationalen Regeln der Kriegsführung weitgehend Uniformen und Waffen der Feindmächte für die Tarnung der Einsätze angewandt.

Im Laufe der Vorbereitung des Angriffes Deutschlands auf Rußland hatte die Führung des Regiments „Brandenburg" ebenfalls Uniformstücke und Waffen der Roten Armee gesammelt und einzelne Trupps aus den Deutschen, die die russische Sprache beherrschten, zusammen gestellt.

Das ist alles, was ich im Großen über die Maßnahmen der Abw II zum Zeitpunkt des Überfalls auf die Sowjet-Union zu sagen hätte.

Ich muß noch hinzufügen, daß alle Maßnahmen, die von der Führung der Abw II im Zusammenhang mit dem „Plan Barbarossa" vorgesehen waren, vom Admiral Canaris dem Feldmarschall Keitel vorgelegt wurden. Letzterer hat – nach Mitteilung von Lahousen – diese Vorschläge genehmigt.

Aus der Anzahl anderer Maßnahmen der obersten deutschen Kriegsführung in Bezug auf die Verwirklichung des „Planes Barbarossa" ist mir eine Beratung der Vertreter aller deutschen Wehrmachtteile bekannt, die Anfang Mai 1941 unter Leitung des stellvertretenden Chefs des deutschen Wehrmachtführungsstabes – General Warlimont – in Krampnitz bei Potsdam stattfand.

Stotze

A 082584

H1494 – 0098

231

Außer General Warlimont und seinen Mitarbeitern wohnten der Beratung bei: Chef der Abteilung der Wehrmachtspropaganda – Oberst (später General) von Wedel, Vertreter der Abwehr- u. a. Oberst Rudolf, Oberst Lahousen und ich – sowie auch Vertreter der drei Wehrmachtsteile, an deren Namen ich mich nicht entsinnen kann.

Warlimont leitete diese Beratung im Namen des Generals Jodl und schlug vor, besonders wirksame Maßnahmen zur Tarnung der Vorbereitung des Überfalls auf die Sowjet-Union auszuarbeiten.

Die Beratung kam im Laufe der Aussprache zu der Ansicht, daß die Vorbereitung zum Überfall auf die Sowjet-Union am besten durch eine vorgetäuschte Durchführung der Maßnahmen zur Verwirklichung des „Planes Seelöwe", d. h. des Landungsplanes auf die britischen Inseln getarnt werden könne.

Zu diesem Zweck war die Verlegung eines bedeutenden Teiles der deutschen Kriegsmarine in die Häfen an der französischen und deutschen Nordseeküste, sowie die Zusammenziehung der Luftwaffenverbände auf den französischen Fliegerhorsten vorgesehen.

Die Zusammenziehung größerer deutscher Truppenmassen an der sowjetisch-deutschen Grenze sollte als ein Ablenkungsmanöver zur Tarnung der Maßnahmen zur Verwirklichung des „Planes Seelöwe" gelten.

Lotze

A 082585

H1494 – 0099

231

Die bei dieser Beratung ausgearbeiteten Vorschläge wurden Keitel und Jodl und von diesen sodann Hitler vorgelegt.

Ich erfuhr von Lahousen, daß der vorgelegte Plan von Hitler im großen genehmigt und zur Ausführung bestimmt wurde.

Die Aussagen sind von mir eigenhändig verfaßt worden.

Stolze

Der Empfang der Aussagen bestätigt:

Offizier der Abwehr
Oberstleutnant [signature]
/Buraschnikow/

Militärdolmetscher
Hauptmann [signature]
/Kopelansky/

A 082586

H1494-0100

INTERNATIONAL MILITARY TRIBUNAL
NURNBERG, GERMANY
USSR Exhibit 231
Filed Feb 11, 1946

A 0825587

212-231

H-1494(a-k)

H1494-0101